



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

131. Sitzung

Hannover, den 13. Juni 2017

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten	13141
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	13141

Tagesordnungspunkt 2:

Regierungserklärung des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zum Thema „Beschäftigung auf Rekordniveau - Herausforderungen der Zukunft angehen“ - Drs. 17/8241	13142
Olaf Lies , Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.....	13142
Dirk Toepffer (CDU).....	13149
Gerd Ludwig Will (SPD).....	13154
Dr. Stefan Birkner (FDP).....	13156
Maaret Westphely (GRÜNE)	13161

Tagesordnungspunkt 3:

Abschließende Beratung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 17/7673 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 17/8227 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/8272	13163
Dr. Stefan Birkner (FDP).....	13163
Ottmar von Holtz (GRÜNE).....	13165
Jörg Hillmer (CDU).....	13166
Ulf Prange (SPD)	13167
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić , Ministerin für Wissenschaft und Kultur.....	13169
Beschluss	13169
(Erste Beratung: 125. Sitzung am 05.04.2017)	

Tagesordnungspunkt 4:

Abschließende Beratung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/7414 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 17/8228 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/8271.....	13170
Heinrich Scholing (GRÜNE).....	13170
Dr. Marco Genthe (FDP)	13171, 13176
Marco Brunotte (SPD).....	13172, 13175
Otto Deppmeyer (CDU).....	13173, 13175
Helge Limburg (GRÜNE)	13176, 13177
Antje Niewisch-Lennartz , Justizministerin	13177
Beschluss	13178
(Erste Beratung: 122. Sitzung am 01.03.2017)	

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Familienpflegezeit für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/8172.....	13179
Cornelia Rundt , Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	13179
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)	13180
Angelika Jahns (CDU)	13181
Kathrin Wahlmann (SPD)	13182
Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	13184
Ausschussüberweisung	13185

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Justiz - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/8188 13185

Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin. 13185

Andrea Schröder-Ehlers (SPD) 13187

Dr. Marco Genthe (FDP) 13188

Lutz Winkelmann (CDU) 13189

Helge Limburg (GRÜNE) 13191

Ausschussüberweisung 13192

Tagesordnungspunkt 7:

Abschließende Beratung:

Ministerpräsident Stephan Weil muss das Verhältnis der Landesregierung zu DITIB klären - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/7423 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 17/8121 13192

Ulf Thiele (CDU) 13192, 13196, 13201

Stefan Politze (SPD) 13195

Belit Onay (GRÜNE) 13197

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin
..... 13198, 13200

Dr. Stefan Birkner (FDP) 13199

Beschluss 13202

(Erste Beratung: 124. Sitzung am 03.03.2017)

Tagesordnungspunkt 8:

Abschließende Beratung:

Konsequent gegen gefährliches Verhalten im Straßenverkehr - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/6247 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 17/8168 13202

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)
..... 13202, 13204, 13206

Jan-Christoph Oetjen (FDP)
..... 13203, 13204, 13210, 13212

Rainer Fredermann (CDU)
..... 13205, 13207, 13210

Ulrich Watermann (SPD) 13207

Karsten Becker (SPD) 13208, 13211

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 13211

Beschluss 13213

(Erste Beratung: 104. Sitzung am 19.08.2016)

Tagesordnungspunkt 39:

Erste Beratung:

Förderung für Niederdeutsch und Saterfriesisch verstetigen und weiter ausbauen - Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/8226 13213

Ulf Thiele (CDU) 13213

Renate Geuter (SPD) 13215

Jan-Christoph Oetjen (FDP) 13217

Elke Twesten (GRÜNE) 13218

Ausschussüberweisung 13219

Tagesordnungspunkt 10:

Abschließende Beratung:

Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages - Beschlussempfehlung des Ältestenrates - Drs. 17/8229 13219

Beschluss 13219

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Elke Westen (GRÜNE)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Stephan Weil (SPD)

Finanzminister
Peter-Jürgen Schneider (SPD)

Staatssekretär Frank Doods,
Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Cornelia Rundt (SPD)

Staatssekretär Jörg Röhmann,
Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Kultusministerin
Frauke Heiligenstadt (SPD)

Staatssekretärin Erika Huxhold,
Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Olaf Lies (SPD)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Christian Meyer (GRÜNE)

Justizministerin
Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)

Staatssekretärin Stefanie Otte,
Justizministerium

Ministerin für Wissenschaft und Kultur
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)

Staatssekretärin Andrea Hoops,
Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Stefan Wenzel (GRÜNE)

Staatssekretärin Almut Kottwitz,
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 13.33 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie zu nicht immer gewohnter Stunde hier im Plenarsaal begrüßen. Gemeinsam mit den beiden Schriftführerinnen wünsche ich Ihnen einen guten Tag.

(Zurufe: Guten Tag, Herr Präsident!)

Ich eröffne die 131. Sitzung im 47. Tagungsabschnitt des Landtages der 17. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus gegebenem Anlass darf ich Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am 10. Juni 2017 verstarb der ehemalige Abgeordnete Heinz-Joachim Otto im Alter von 83 Jahren. Heinz-Joachim Otto gehörte dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied der SPD-Fraktion von 1970 bis 1977 an. Während dieser Zeit war er Mitglied im Kultusausschuss. Für seine Verdienste wurde Herrn Otto im Dezember 1977 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Wir werden den Kollegen in guter Erinnerung behalten und widmen ihm ein stilles Gedenken. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, das Plenum ist nahezu optimal besetzt, sodass ich die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen kann.

Heute hat auch jemand Geburtstag, nämlich unser Kollege Axel Brammer.

(Beifall - Einige Mitglieder des Landtages gratulieren dem Abgeordneten persönlich)

Lieber Herr Brammer, ich übermittle Ihnen im Namen des ganzen Hauses herzliche Glückwünsche. Gesundheit und Wohlergehen für das vor Ihnen liegende neue Lebensjahr! Wir wünschen Ihnen das in toto; einige sogar höchstpersönlich, aber alle Wünsche kommen von Herzen. Alles Gute!

Meine Damen und Herren, zur Tagesordnung: Die Einladung für diesen Tagungsabschnitt sowie die Tagesordnung einschließlich des Nachtrages und der Informationen zu den von den Fraktionen um-

verteilten Redezeiten liegen Ihnen vor. Ich stelle das Einverständnis des Hauses mit diesen geänderten Redezeiten fest. Oder gibt es Widerspruch? - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Wie mir mitgeteilt wurde, sind die Fraktionen übereingekommen, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 9 und 39 zu tauschen. Demnach soll heute als vorletzter Tagesordnungspunkt der Entschließungsantrag „Förderung für Niederdeutsch und Saterfriesisch verstetigen und weiter ausbauen“ behandelt werden.

Der Entschließungsantrag, der das Werk des Orgelbauers Arp Schnitger zum Gegenstand hat, soll als letzter Tagesordnungspunkt für Donnerstag vorgesehen werden.

Ich sehe ihr Einverständnis. Das Präsidium wird für heute Nachmittag für sprachkompetente Leitung sorgen, wenn es dann Plattdeutsch zugeht.

Die heutige Sitzung kann gegen 19.50 Uhr enden.

Im Ältestenrat hatte ich in Aussicht gestellt, dass im Rahmen dieses Tagungsabschnitts noch einmal Gelegenheit zu einer Baustellenbesichtigung gegeben werden sollte. Leider lässt sich dies wegen umfangreicher Materialanlieferungen und mit Blick auf die Sicherung notwendiger Abläufe jetzt jedoch nicht einrichten. Ich gehe davon aus, dass Sie Verständnis dafür haben, dass die Fortschritte auf der Baustelle Vorrang haben. Ob dieser Mitteilung müssen Sie sich aber keine Sorgen machen: Es erhöht sich die Wahrscheinlichkeit dramatisch, dass Sie alle noch in diesem Jahr in den neuen Plenarsaal kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Initiative „Schulen in Niedersachsen online“ werden in den kommenden Tagen Schülerinnen und Schüler der Realschule aus Syke mit einer Online-Redaktion live aus dem Landtag berichten. Die Patenschaft dafür hat unser Kollege Dr. Marco Genthe übernommen.

(Beifall)

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr die Schriftführerin Frau Rakow, die zu meiner Linken sitzt, mit.

Schriftführerin Sigrid Rakow:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es haben sich entschuldigt: von der Landesregierung Herr Innenminister Boris Pistorius, von der Fraktion der CDU Frau Mechthild Ross-Luttmann, Herr Adrian

Mohr, Frau Heidemarie Mundlos und von der Fraktion der FDP Frau Almuth von Below-Neufeldt.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Rakow. - Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum

Tagesordnungspunkt 2:

Regierungserklärung des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zum Thema „Beschäftigung auf Rekordniveau - Herausforderungen der Zukunft angehen“ - Drs. 17/8241

Herr Minister Lies hatte darum gebeten, diese Regierungserklärung abzugeben. - Herr Minister, ich erteile Ihnen das Wort.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, viele haben es am Wochenende gelesen: Norddeutschland laufe Gefahr, wirtschaftlich an Boden zu verlieren. Die Zukunft gehöre der Digitalisierung. Die Bedeutung von Logistik und Handel nehme ab. - Diese Botschaften hat am Wochenende das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut in einer Studie veröffentlicht.

Fast zeitgleich warnte der Bankenverband BVR in seiner Frühjahrserhebung vor einem sich verschärfenden Fachkräftemangel. DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben kommentierte: „Der Fachkräftemangel zementiert sich als Top-Risiko aus Sicht der Unternehmen“.

Meine Damen und Herren, diese beiden Botschaften möchte ich hier so nicht stehenlassen. Sie erzeugen ein falsches Bild von unserem Land und der zukünftigen Entwicklung. - Wir haben eine Beschäftigung auf Rekordniveau! Wir gehen aber auch die Herausforderungen der Zukunft an!

Niedersachsen wird diese beiden existenziellen Herausforderungen meistern: den Strukturwandel durch Digitalisierung und den Nachwuchsmangel an Fachkräften. Dessen bin ich gewiss,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

weil ich weiß, was wir geleistet haben, weil ich weiß, was wir zurzeit leisten, aber auch weil ich weiß, was wir noch leisten werden.

Lassen Sie mich anfangen, wo wir uns gerade befinden - im Hier und Jetzt. Heute Morgen hat das Kabinett auf der IdeenExpo getagt. „Mach doch einfach“ lautet das diesjährige Motto der IdeenExpo. Es gab einen intensiven Rundgang des gesamten Kabinetts, das so die Chance hatte, sich über die verschiedenen Unternehmen, die sich dort präsentiert haben, zu informieren.

Wir haben dort die Information bekommen - man muss sich das einmal vorstellen -, dass alleine gestern 70 000 Besucher dort waren. Am Wochenende waren es doppelt so viele Besucher wie bei der letzten IdeenExpo zwei Jahre zuvor. Wir können davon ausgehen, dass wir die Zahl von 350 000 Besucherinnen und Besuchern toppen - vor allem sind es Schülerinnen und Schüler -, die wir 2015 zu verzeichnen hatten.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Und das wolltet ihr einstellen! Das ist unglaublich!)

Dieses Motto der IdeenExpo lädt zum Selbermachen und Ausprobieren ein, weil Naturwissenschaften und Technik spannend sind.

Das ist übrigens ein gemeinsames Projekt, weil es ja schon seit vielen Jahren läuft. Es ist aber kein niedersächsisches Projekt, sondern ein Projekt, das national wahrgenommen wird, nicht zuletzt durch den Bericht in der „Tagesschau“, durch die vielen Schülerinnen und Schüler, die aus den anderen Bundesländern - - -

(Jörg Bode [FDP]: In der „Tagesschau“ war mein Sohn!)

- Ich höre gerade, der Sohn von Jörg Bode war im Fernsehen. Großartig!

Die IdeenExpo ist also ein Riesenerfolg und wird national wahrgenommen. Ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler kommt nicht aus den Schulen Niedersachsens, also sozusagen aus der Nachbarschaft, sondern aus vielen anderen Bundesländern. Das macht dieses bundesweit größte Jugend-Event seiner Art aus. Es lockt Menschen nach Hannover, die sich für naturwissenschaftliche und technische Berufe interessieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist auch die IdeenExpo ein wichtiger Baustein in der Fachkräftesicherung des Landes.

Das klingt an sich sehr trocken; das gebe ich zu. Ich möchte daher alle, die bisher noch nicht die Gelegenheit hatten, die IdeenExpo zu besuchen, ermuntern, sich einmal selbst ein Bild davon zu machen.

Wir haben das heute gemacht. Wenn man sieht, mit wie viel Begeisterung diese Schülerinnen und Schüler ausprobieren und das Motto „Mach doch einfach“ wirklich umsetzen und sich nicht - wie es oft vielleicht der Fall ist - nur theoretisch über Berufe informieren, dann merkt man, dass das der absolut richtige Weg ist. Wenn man in diese wirklich begeisterten Gesichter guckt, merkt man, dass das funktioniert, dass es angenommen wird, dass es Spaß macht und dass wir damit die Chance haben, junge Menschen für Berufe zu begeistern, für die wir sie ohne diese IdeenExpo und ohne das Engagement dort nicht hätten begeistern können.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Wer hat's erfunden?)

- Es ist nicht neu. Es ist ein gemeinsamer Erfolg. Das habe ich gerade gesagt. Es ist von der Landesregierung in der alten Zeit gegründet und von uns fortgesetzt worden.

(Zurufe von der CDU)

- In der Zeit der alten Landesregierung.

Es ist ein positiver Erfolg, den wir für uns als Niedersachsen insgesamt verbuchen können. Das ist etwas, worauf wir gemeinsam stolz sein dürfen. Das darf man auch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein Projekt der Firma Volkswagen, die ich ganz am Ende besucht habe, zeigt, wohin es geht. Es ist der erste Beleg dafür, dass die These des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitutes nicht stimmt. Wir fangen früh an, junge Menschen, Schülerinnen und Schüler, für die Digitalisierung zu begeistern.

Das Projekt von Volkswagen, das wir dort auf der IdeenExpo sehen konnten, werden wir in den Grundschulen zukünftig auch durchführen. Schülerinnen und Schüler sollen schon in der Grundschule die Chance haben, sich der Digitalisierung und der IT-Technologie zu nähern, und zwar spielerisch - aber nicht in der Form, dass sie eine Programmiersprache lernen, sondern mit Begeisterung für neue Technologien. Das ist ein großer Erfolg. Es zeigt, dass wir genau diese Elemente, die wir alle zwei Jahre auf der IdeenExpo sehen, konsequent in unsere Vorstellungen übernehmen.

Wir begeistern junge Menschen, und zwar früh in der Schule, schon in der Grundschule, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich möchte deshalb dem Team um Volker Schmidt das allergrößte Kompliment aussprechen. Die IdeenExpo ist beispielgebend. Wir in Niedersachsen können zu Recht stolz darauf sein.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen Fachkräfte, damit sich Niedersachsens Arbeitsmarkt auch in Zukunft so robust präsentieren kann wie im Augenblick. Die aktuellen Zahlen, die ich Ihnen präsentieren möchte, sprechen für sich:

2016 waren im Durchschnitt 4 Millionen Menschen in Niedersachsen erwerbstätig, davon mehr als 2,84 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig. Das, meine Damen und Herren, ist Rekordniveau. In den letzten zehn Jahren sind in Niedersachsen mehr als 460 000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden, davon alleine in den letzten fünf Jahren 300 000.

Die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen ist auf einem Tiefststand. Allein in den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Arbeitslosen in Niedersachsen um knapp ein Drittel reduziert. Im Mai 2017 hatten wir in Niedersachsen nur noch knapp 240 000 Arbeitslose. Das sind immer noch zu viele; auch bei diesen Menschen müssen wir uns gerade weil sie im SGB I-Bereich sind - genau überlegen, wie wir das Problem lösen. Aber es ist eine sehr positive Entwicklung.

Die Arbeitslosenquote, meine Damen und Herren, ist so niedrig wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Sie liegt bei 5,6 %. In sieben Kommunen Niedersachsens liegt sie sogar unter 4 %. In einem Drittel Niedersachsens herrscht de facto Vollbeschäftigung.

Auch bei den Langzeitarbeitslosen sehen wir eine positive Entwicklung: Immer weniger Menschen sind länger als ein Jahr ohne Job. Auch hier ist die Zahl innerhalb der letzten zehn Jahre gesunken, und zwar um mehr als 40 % auf unter 90 000.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen sind gut, sie sind sogar sehr gut. Aber ich bin Realist genug, um diese Daten einschätzen zu können. Denn genau diese Zahlen sind unsere Herausforderung

für morgen. Wir dürfen uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen.

Wir müssen die Sorgen der Unternehmen ernst nehmen. Sie fürchten, dass ihnen in Zukunft nicht genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen werden. Wir haben diese Zeichen bereits bei Regierungsantritt erkannt. Deshalb arbeitet die Landesregierung, deshalb arbeitet mein Haus bereits seit 2013 an der Bekämpfung des Fachkräftemangels.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Vorher nicht?)

Damals haben wir gemeinsam mit allen relevanten Arbeitsmarktpartnern unsere Fachkräfteinitiative gestartet. Und ja, wir sind auf dem richtigen Weg.

Die Arbeitswelt wird weiblicher. Immer mehr Frauen arbeiten. Ihre Beschäftigungsquote ist allein in den vergangenen zehn Jahren um gut zehn Prozentpunkte auf mittlerweile deutlich über 50 % gestiegen. Damit sind in Niedersachsen mehr als 250 000 Frauen mehr erwerbstätig als vor zehn Jahren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und die Arbeitswelt wird älter. Immer mehr Menschen haben die Chance, auch mit 60 oder 65 noch zu arbeiten - auch, weil sich immer mehr Unternehmen erfahrene Arbeitskräfte wünschen und sich des Themas Gesundheitsmanagement annehmen. Der Anteil der Beschäftigten in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen hat sich in der letzten Dekade mehr als verdoppelt.

Meine Damen und Herren, die Arbeitswelt wird auch bunter. Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund streben auf den Arbeitsmarkt. Die Erwerbstätigenquote in diesem Bereich lag 2014 mit 64,5 % rund zehn Prozentpunkte höher als noch im Jahr 2006.

Immer mehr junge Arbeitskräfte, die auf den Arbeitsmarkt strömen, sind hoch motiviert und qualifiziert. In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger um rund 60 % auf 39 200 im Jahr 2015 angewachsen. Insgesamt wurde im Wintersemester 2015/2016 mit mehr als 200 000 Studierenden in Niedersachsen ein neuer Rekordwert erreicht.

Sehr froh sind wir auch über die unverändert hohe Zahl an Auszubildenden in Handwerk und Gewerbe. Aber, meine Damen und Herren, uns treibt auch eine Sorge um, weil diese Zahl zurückgeht. Die duale Ausbildung ist *das* Standbein des nie-

dersächsischen Mittelstandes und ein Sprungbrett in eine wirklich große und gute berufliche Zukunft - sei es als Facharbeiter oder Geselle, sei es als Techniker oder Meister, sei es über die Offene Hochschule auf dem direkten Weg zu Weiterbildung und Akademisierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir müssen noch verstärkt Werbung dafür machen, dass die duale Ausbildung genau dieses Sprungbrett ist. Aber wir müssen auch aufpassen, dass wir die Akademisierung von Berufen nicht zu weit treiben und sie am Ende sozusagen als einzige Alternative dasteht.

(Christian Dürr [FDP]: Ihr müsst auch eure Politik entsprechend ändern!)

- Ja, eindeutig; da sind wir uns einig. Das ist der falsche Weg; das sehe ich genauso.

(Zustimmung bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Wir dürfen in der Öffentlichkeit nicht das Bild vermitteln, dass Qualifizierung erst mit der Akademisierung anfängt. Das ist ein falsches Bild. Darauf werden sehr intensiv hinweisen müssen, und zwar nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch in unserem täglichen Handeln.

Die Fachkräfteinitiative Niedersachsen zeigt also Wirkung. Sie leistet einen wichtigen Beitrag, das vorhandene Potenzial an Arbeitskräften besser auszuschöpfen.

Meine Damen und Herren, fest steht: Wir brauchen auch in Zukunft Fachkräfte. Wenn wir über das Thema Fachkräfte sprechen, sollten wir uns eines wichtigen Potenzials bewusst sein, das auch bei uns in Niedersachsen noch schlummert: Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat kürzlich errechnet, dass bundesweit 2,1 Millionen Teilzeitbeschäftigte ihre Wochenarbeitszeit erhöhen wollen. Zusätzlich wollen bundesweit 1,8 Millionen Minijobber ihre Wochenarbeitszeit erhöhen. Wenn Sie diese Zahlen jetzt auf Niedersachsen herunterbrechen, wären das rund 210 000 Teilzeitbeschäftigte und 180 000 Minijobber, die in Niedersachsen mehr arbeiten möchten. Meine Damen und Herren, hier sind auch die Arbeitgeber gefordert, dieses Potenzial zu heben und zu nutzen. Auch diese Chance sollten wir nicht verstreichen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dazu, meine Damen und Herren, gehören sicherlich auch die Themen Weiterbildung und Qualifizierung. Denn wir alle wissen, dass nicht jeder sofort für die Aufgabe, für die er gebraucht wird, auch einsetzbar ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt einen Blick in die nähere Zukunft werfen. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt wird sich fortsetzen. Die Bundesagentur für Arbeit rechnet für das gesamte Jahr 2017 in Niedersachsen mit einem - auch im Bundesvergleich - starken Rückgang der Arbeitslosigkeit. Nach der neuen Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wird die Arbeitslosenzahl in Niedersachsen auch im Jahresmittel 2017 bei knapp 240 000 liegen. Das wären abermals 15 000 Männer und Frauen oder 6 % weniger als 2016. Und es wäre der stärkste Rückgang der Arbeitslosenzahlen seit 2011.

Auch der Beschäftigungsaufbau wird seinen Wachstumspfad fortsetzen: Die Wissenschaftler sagen allein für Niedersachsen eine Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Stellen im laufenden Jahr um 2,9 % voraus. Das ist Platz 2 im Ländervergleich. Stärker soll das Beschäftigungswachstum nur in Berlin ausfallen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten würde damit auf das neue Rekordniveau von 2,92 Millionen anwachsen. Das sind nochmals über 80 000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen beschrieben, was war und was ist und was dieses Jahr noch bringen wird. Jetzt lassen Sie mich kurz skizzieren, was die niedersächsische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in den nächsten Jahren kennzeichnen wird und welche Herausforderungen auf uns zukommen.

Wir werden vor allen Dingen unsere traditionellen Schwerpunkte weiter stärken. Niedersachsens Küste ist das Tor zur Welt. Wir arbeiten weiter an der Stärkung unserer Seehäfen. Wir werden weiter, auch mit den Instrumenten der Digitalisierung, dafür sorgen, dass wir im Wettbewerb Vorteile haben und sich damit die positive Entwicklung als Tor zur Welt fortsetzt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Europa trifft sich in Niedersachsen. Als logistisches Herz Europas halten wir unsere Infrastruktur konsequent auf dem neuesten Stand und bauen sie dort aus, wo es

notwendig ist - etwa bei der A 20, der A 39, der Schleuse Lüneburg oder bei der Ertüchtigung des Schienenverkehrs, z. B. mit dem Ausbau der Alpha-E-Trasse.

(Christian Dürr [FDP]: Sehen das die Kollegen der Grünen auch so?)

Wir brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Bundeslandes weiter auszubauen.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP sowie Zustimmung bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Aber warum klatschen die Grünen nicht?)

Meine Damen und Herren, Niedersachsen hat so viel Energie wie kein anderes Land. Wir sind führend in der Energiewirtschaft und beispielgebend für ganz Europa. Niedersachsen ist das Land der On- und Offshoreenergie; es ist das Land der Windenergie. Meine Damen und Herren, wir werden es in den nächsten Jahren erleben: Die Industrie folgt der Energie. Und wir haben mit den Erneuerbaren die besten Voraussetzungen, um genau daraus einen Vorteil für die Beschäftigung in unserem Land zu generieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Niedersachsen ist einladend. Kein anderes Bundesland bietet Unternehmen so günstige Ansiedlungsmöglichkeiten und jungen Familien gleichzeitig so viel Lebensqualität. Niedersachsen ist damit attraktiv für Fachkräfte - für die, die bleiben wollen, und für die, die wir hinzugewinnen können. An der Stelle hilft uns übrigens auch der starke Tourismusstandort Niedersachsen. Hier, wo es attraktiv ist, hier, wo wir Arbeitsplätze schaffen können, wollen die Menschen auch leben. Das ist eine Chance, die wir in vielen Regionen unseres Landes nutzen können.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die große Herausforderung der Zukunft - das zeigt die genannte Studie richtig auf - ist die Digitalisierung. Die Digitalisierung hat längst alle Bereiche des täglichen Lebens erfasst. Unser Ziel ist es, unsere Stärken mit der Digitalisierung zu verzahnen und Niedersachsen damit zukunftsfest zu machen.

Vor allem für die ländlichen Räume in Niedersachsen ist der digitale Wandel eine enorme Chance; denn er hilft dabei, Standortnachteile auszuglei-

chen, und macht Standortvorteile nutzbar. Räumliche Distanzen verlieren an Bedeutung. Ländliche Räume können dadurch zu den Gewinnern der Digitalisierung werden. Digitalisierung bringt zusätzliche Wertschöpfung in die ländlichen Räume. Davon profitieren kleine und mittlere Unternehmen und Start-ups und wirken so als Motor der weiteren Entwicklung.

Ich darf an dieser Stelle ein Beispiel nennen, einfach weil es so herausragend ist. Das ist der Landkreis Uelzen, der beim Ausbau des Breitbandes in hoher Geschwindigkeit vorangeschritten ist und damit für uns ein Musterprojekt war. Dort hat man sehr früh gesagt: Nur wenn wir den Glasfaserausbau flächendeckend voranbringen und die bestehenden infrastrukturellen Anbindungs Nachteile durch die großen Vorteile der Digitalisierung ausgleichen, machen wir unsere Region zukunftsfest. - Und so reagieren viele Landkreise in unserem Land: Sie machen sich mit dem zügigen Ausbau der Digitalisierung zukunftsfest, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Mit 50 Mbit/s?)

Das zeigt sich auch bei den Stichworten „Wirtschaftlichkeitslücke“ und „Betreibermodell“. Dabei ist das Betreibermodell gerade nicht das 50 Mbit/s-Übergangsmodell, sondern das absolut richtige Zukunftsmodell, nämlich Glasfasertechnik.

(Christian Dürr [FDP]: Das Übergangsmodell sitzt auf dem Platz des Ministerpräsidenten!)

Wenn man über Niedersachsen redet, ist es ganz wichtig, das Land nicht schlechtzureden, sondern seine Vorteile in den Vordergrund zu stellen. Laut Breitbandatlas der Bundesregierung liegen wir bei der Versorgung mit mindestens 50 Mbit/s - diesen Schwellenwert muss man erst einmal erreichen - in der Spitzengruppe der Flächenländer. Und wir liegen sogar recht deutlich vor dem Freistaat Bayern, der ja von allen immer als leuchtendes Beispiel genannt wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Klar ist aber auch, dass das nicht reicht. Das ist eine Übergangstechnologie, die dazu führen kann, dass sich in überschaubarer Zeit zumindest eine Grundversorgung realisieren kann. Wir alle wissen aber genau, dass wir in unserem Land den flächendeckenden Gigabit-Ausbau brauchen; da sind

wir uns, glaube ich, völlig einig. Wir müssen auch sehen, wo wir anfangen, nämlich bei den Gewerbegebieten und bei den Schulen. Wir müssen Themen wie die Telemedizin voranbringen, die zeigen, dass gerade der ländliche Raum darauf angewiesen ist, dass wir die Digitalisierung mit dem Glasfaserausbau voranbringen.

Die Anforderungen an die Datenmengen steigen, der Bedarf wächst immer weiter und wird den flächendeckenden Ausbau einer glasfaserbasierten Breitbandinfrastruktur notwendig machen, also mit einem Glasfaseranschluss oder vielleicht in der Übergangszeit mit einem Anschluss mit vergleichbarer Leistungsfähigkeit, wie wir ihn im Kabelnetz mit dem Koaxkabel haben, das zumindest in die Größenordnung dieser Leistungsfähigkeit kommt.

Damit werden in Zukunft Übertragungsraten im Gigabit-Bereich, also 1 000 Mbit/s und mehr, möglich. Und das, meine Damen und Herren - das merke ich auch an der Stimmung -, ist doch unser gemeinsames Ziel. Darauf muss sich auch die Förderung der Zukunft konzentrieren. Es wäre ein völlig falscher Weg - auch wenn es in Brüssel im Moment noch so diskutiert wird - zu sagen, die nächste Stufe ist 100 Mbit/s. - Die nächste Stufe ist keine Frage von Bandbreite, die nächste Stufe ist eine Frage von Technologie, und diese Technologie kann nur Glasfaser sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, kann ich für Niedersachsen nur sagen: Das Problem ist im Moment nicht die Frage der Finanzierung, das Problem ist die Frage der Regulierung. Wir haben erlebt, dass die derzeitige Regulierung, die das Kupfernetz sozusagen immer noch bevorteilt, der Bremser für den Ausbau einer größeren digitalen Infrastruktur wie Glasfaser ist. Ich habe vor zwei Wochen, als ich in Brüssel war, sehr intensive Gespräche mit den Vertretern der Generaldirektion geführt. Sie unterstützen uns dabei und sagen: Das ist der richtige Weg! Der nächste Schritt muss sein: Weg von Bandbreiten wie 100 oder 200 Mbit/s! Die nächste Maßgabe muss Glasfaser sein, und zwar einhergehend mit dem 5G-Ausbau. - Das ist die Anforderung, die wir für Niedersachsen stellen müssen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich bitte einige Ziele für die kommenden Jahre formulieren, die eng mit dem Thema Digitalisierung verbunden sind:

Die Welt wird nach Niedersachsen blicken; denn wir machen Niedersachsen zum zentralen europäischen Entwicklungsort für autonomes Fahren. Mit dem europaweit größten Testfeld in der Region Braunschweig haben wir bereits vorgelegt. Wir haben ein Testfeld über 280 km im Raum Hannover-Braunschweig-Salzgitter, das die Autobahnen, die Bundesstraßen, aber auch das Stadtgebiet Braunschweig involviert. Das sichert Arbeitsplätze in der Automobilindustrie der Zukunft. Das ist der Weg, den Niedersachsen dabei geht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben das Ziel, Niedersachsen zum Weltmarktführer in der Entwicklung und in der Produktion von Batteriezellen zu machen, mindestens erst einmal zum Marktführer in Europa, weil wir natürlich Nachholbedarf haben. Mit dem weltgrößten Batteriehersteller BYD in Shenzhen und anderen Herstellern werden Perspektiven für eine Produktion von Batteriezellen z. B. für Elektroautos in Europa ausgelotet. Unser Ziel ist es, die Entwicklung und die Produktion in Niedersachsen zu etablieren. Dazu bieten sich Standorte wie Salzgitter, aber auch Emden an. Wir haben ideale Voraussetzungen an vielen Standorten in unserem Land. Und unsere Produkte, meine Damen und Herren, unsere Produktion und Fertigung werden im Energieland Nummer eins aus erneuerbaren Energien gespeist. Es macht keinen Sinn, die Zukunftstechnologie der Batterie mit Kohlestrom zu fertigen! Das Ganze macht nur Sinn in einem Land der Erneuerbaren - und das ist Niedersachsen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch damit sichern wir Technologie und Arbeitsplätze in unserem Land. Der Wandel vollzieht sich. Die Elektromobilität wird von zunehmender Bedeutung sein. Volkswagen hat das Ziel, bis 2025 ungefähr 20 % seiner Produktion auf Elektromobilität umzustellen. Das dürfen wir nicht als Gefahr sehen. Das müssen wir als Chance begreifen, um gemeinsam mit Herstellern und Zulieferindustrie dafür zu sorgen, dass die Wettbewerbschancen des Standorts weiter steigen. Die Zukunftsprodukte müssen hier entwickelt und hier gefertigt werden.

Wir als Politik müssen die Rahmenbedingungen dafür setzen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden beim Thema Energiespeicherung weltweit beispielgebend sein. Im Frühjahr dieses Jahres hat die japanische Wirtschaftsförderorganisation NEDO entschieden, in Varel im Landkreis Friesland einen riesigen hybriden Batteriespeicher mit 24 Millionen Euro zu fördern. Das Gemeinschaftsprojekt des niedersächsischen Energieversorgers EWE und japanischer Unternehmen soll in Zeiten der erneuerbaren Energien mit schwankender Einspeisung, die wir alle kennen, die Stabilität der Stromversorgung absichern.

Das Feld der Digitalisierung der Energiewende ist für deren Erfolg entscheidend. Uns kann es mit genau dieser Kompetenz gelingen, die wir gerade oben im Norden und gerade auch im Oldenburger Bereich haben, Produkte für den Weltmarkt zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, es geht mit den Themen „Power to Gas“, „Wasserstoff“ und „Brennstoffzellentechnologie“ weiter. Genau daran sehen wir - wir hatten jetzt wieder die Konferenz dazu -: Wir hier in Niedersachsen haben gemeinsam mit dem Bund auf den Weg gebracht, dass bei Alstom in Salzgitter die Zukunftstechnologie entstehen wird: Dort werden Brennstoffzellenzüge gebaut. Die Elektrifizierung erfolgt nicht mehr über die Stromleitung. Vielmehr ist die Brennstoffzelle bei 50 % nicht elektrifizierter Strecken eine kluge Lösung. Das ist Zukunftspolitik mit Zukunftsprodukten für Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wie erfolgreiche Ansiedlungspolitik aussieht, kann man übrigens am Beispiel des Deutschen Offshore-Industriezentrums in Cuxhaven beobachten. Hier schafft der Weltkonzern Siemens rund 1 000 neue Arbeitsplätze, hinzu kommen hoffentlich noch einige weitere in den Zulieferbetrieben. Meine Damen und Herren, auch hier setzt die Politik an. Es war diese Landesregierung, die 2013 mit großem Nachdruck und in Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Ländern dafür gesorgt hat, dass wir die Chance haben, auch weiterhin Offshorewindparks zu bauen. Wir werden diejenigen sein, die jetzt - hoffentlich wieder gemeinsam - dafür Druck machen, dass der 2030er-Deckel wegfällt. Offshorewindenergieanlagen liefern günstige

Energie - und davon müssen wir mehr bauen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das sichert Arbeitsplätze und schafft übrigens auch in anderen Regionen Niedersachsens und Deutschlands weitere Arbeitsplätze.

Mit China Postal Service will der drittgrößte Logistikkonzern weltweit mit knapp 900 000 Beschäftigten den Flughafen Hannover-Langenhagen zu seiner Europazentrale machen. Starten will China Postal Service im Sommer mit zwei Frachtmaschinen pro Woche zwischen Hannover und Shanghai, später sollen es drei pro Tag werden.

Übrigens, meine Damen und Herren, zu Investitionen aus China: Wir hatten die Gelegenheit - Christian Calderone war mit dabei -, sozusagen 50 Jahre Boge in Damme zu feiern. Gemeinsam haben wir gesehen, dass es richtig war, dass vor drei Jahren ein großer chinesischer Investor bei einem Unternehmen in Niedersachsen eingestiegen ist. Das hat nicht Arbeitsplätze gekostet, sondern Investitionen ausgelöst und Arbeitsplätze gesichert.

Bei Bosch in Hildesheim erleben wir zurzeit das Gleiche: Was Bosch nicht mehr wollte - Starter und Generatoren -, kann mit dem Konsortium der chinesischen Investoren sichergestellt werden: Zusätzliche Innovation, Sicherung von Arbeitsplätzen - das ist die Aufgabe, die damit vor uns steht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Herausforderungen durch die Digitalisierung sind riesengroß. Sie treffen die großen Konzerne, die sie leichter in den Griff kriegen. Sie treffen vor allen Dingen aber auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie das Handwerk, die wir mit Beraternetzwerken unterstützen müssen, damit wir ihnen helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Natürlich betrifft das auch Start-ups. Wir brauchen mehr junge, neue Unternehmen, weshalb wir die Start-up-Förderung auf den Weg gebracht und ausgeweitet haben. Für Niedersachsen heißt das Clusterförderung. Dort, wo Schwerpunkte liegen, müssen wir ausbauen. Oldenburg ist stark in der Digitalisierung der Energiewende, sodass wir dort auch entsprechende Start-up-Unternehmen brauchen. In Osnabrück befinden sich starke Bereiche der Agrar- und Ernährungsindustrie, deshalb brau-

chen wir dort auch eine Förderung von solchen Start-ups. Im Göttinger Raum ist die Gesundheitsbranche stark, im Braunschweiger Raum die Mobilität. Lassen Sie uns diese Stärken nutzen und für Start-ups weiterentwickeln! Das schafft jungen Menschen, die ihr eigenes Unternehmen gründen wollen, die richtigen Voraussetzungen und die richtigen Zukunftsperspektiven.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will an eine jüngst vorgelegte Studie erinnern. Darin heißt es, Norddeutschland laufe Gefahr, wirtschaftlich an Boden zu verlieren. Die Zukunft gehöre der Digitalisierung. Die Bedeutung von Logistik und Handel nehme ab. Der Fachkräftemangel zementiere sich als Top-Risiko aus Sicht der Unternehmen. - Aber wir verlieren eben nicht an Boden! Das Gegenteil ist richtig! Die Digitalisierung ist unsere Chance, das Thema Fachkräftemangel ein ganzes Stück weit zu kompensieren. Innovation und Digitalisierung machen es möglich, dass wir am Ende mit weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern - das wird so sein - Wirtschaftskraft, Wachstum und Wohlstand in unserem Land sichern. Digitalisierung ersetzt vielleicht nicht immer die Fachkräfte, aber sie kann sie unterstützen und auch dafür sorgen, dass sich die Qualität der Arbeit weiter verbessert.

Ich darf Sie nun abschließend an unsere Stärken erinnern. Unsere Stärken sind die Mobilität, die Agrar- und Ernährungsindustrie, die Logistik und die Energiebranche.

Die Zukunft der Mobilität liegt in der Elektromobilität und im autonomen Fahren.

Die Agrar- und Ernährungsindustrie ist in unserem Land schon heute Treiber im Bereich der Digitalisierung, was von vielen noch unterschätzt wird.

Das Zukunftsprojekt „digitaler Hafen Norddeutschland“ wird die Leistungsfähigkeit steigern. Ich werde nicht aufhören, dafür zu werben und daran zu arbeiten, dass wir dazu kommen, dass sich die drei norddeutschen Containerhäfen Hamburg, Bremerhaven und Wilhelmshaven gemeinsam aufstellen und nicht miteinander konkurrieren. Gemeinsame Stärke muss das Ziel unserer Politik sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit Blick auf den JadeWeserPort, der sich übrigens in den letzten Wochen durch die neuen Anläufe

positiv entwickelt, will ich ein Signal für die Zukunft setzen. Ich glaube, dieses Signal tragen wir alle gemeinsam. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir im nächsten Jahr die Grenze von 1 Million TEU erreichen können. Wenn wir sie im nächsten Jahr erreicht haben - ehrlicherweise: egal, wer dann an der Regierung ist -, dann sollten wir gemeinsam dafür sorgen, dass wir auch die nächste Ausbaustufe planen und bauen. Das muss unser gemeinsames Ziel sein, das völlig losgelöst von den politischen Mehrheiten erklärt wird; denn wir haben ein Ziel vor Augen: die Stärkung der Wirtschaftskraft in unserem Land. Das gilt für den JadeWeserPort in gleichem Maße, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Zukunft der Energiewende liegt in der intelligenten Vernetzung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung. Wir sind das Land der erneuerbaren Energien. Das ist, glaube ich, mehr als deutlich geworden.

Ich, meine Damen und Herren, bin davon überzeugt: Dem Norden gehört die Zukunft. Wir werden weiter - dessen sind wir uns bewusst - beweisen, dass diese Studie, die dort in Hamburg auf den Weg gebracht wurde, falsch ist und sich nicht bestätigen wird. Wir werden weiter intensiv an der erfolgreichen Entwicklung unseres wunderbaren Landes arbeiten. Wir können stolz auf das Erreichte sein, aber wir ruhen uns nicht darauf aus.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, ich danke dem Herrn Minister für die Regierungserklärung.

Wir kommen zur Besprechung. Ich stelle fest, dass die Regierungserklärung 28 Minuten gedauert hat. Nach unseren Gepflogenheiten erhalten für die nun folgende Aussprache die beiden großen Fraktionen die gleiche Zeit und die beiden nicht ganz so großen Fraktionen die Hälfte dieser Zeit. Es ergeben sich also folgende Redezeiten: für die Fraktionen der CDU und der SPD jeweils 28 Minuten, für die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der FDP jeweils 14 Minuten.

Wortmeldungen liegen mir bereits vor. Es möchte für die CDU-Fraktion unser Kollege Toepffer beginnen. Herr Toepffer, bitte sehr!

Dirk Toepffer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben hier viel Positives vorgetragen, zu dem Sie aber aus unserer Sicht - das will ich zusammenfassend sagen - nicht erkennbar beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Diese Regierungserklärung war vor allem eines: Sie war der Versuch abzulenken - abzulenken von den unglaublichen Vorwürfen, die im Zusammenhang mit Vergabeverfahren gegen das engste Umfeld des Ministers und damit auch gegen den Minister selbst erhoben werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Johanne Modder [SPD]: Ist das nicht ein bisschen billig?)

- Liebe Frau Modder, ich kann es Ihnen nicht ersparen. Das werden Sie sich jetzt noch 27 Minuten lang anhören müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Johanne Modder [SPD]: Wenn Sie nicht mehr drauf haben!)

Herr Minister, ich habe gehört, einige in Ihrer Fraktion halten diese Regierungserklärung für mutig. Wir hingegen fragen uns: Für wie schlicht halten Sie Parlament und Öffentlichkeit, dass Sie glauben, man würde Ihnen bei diesem Trick auf den Leim gehen?

Die Taktik ist so simpel wie durchschaubar: „Seht her, was ich alles Gutes vollbracht habe - da kommt es doch auf ein paar Mauscheleien im Ministerbüro nicht an.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Widerspruch bei der SPD)

Herr Minister, das funktioniert nicht! Stattdessen haben Sie mit dieser Regierungserklärung zu diesem Zeitpunkt die Generaldebatte über Ihre Person und das, was Sie bisher geleistet haben, eröffnet - eine Debatte, die wir gern führen wollen.

Beginnen wir historisch, betrachten wir den Abgeordneten Olaf Lies und die zurückliegende 16. Wahlperiode! Das war die Zeit, in der Sie die Ansprüche formuliert haben, an denen wir Sie heute messen wollen. Wir erinnern uns an die Debatten über die Einführung eines Mindestlohns. Wir erinnern uns an Ihren Kampf für Arbeitsplätze an der deutschen Nordseeküste

(Helge Limburg [GRÜNE]: Sehr gut!
Genau!)

und Ihre Versprechungen gegenüber den Beschäftigten der Nordseewerke. Und wir erinnern uns daran, dass Sie mit Missständen in der niedersächsischen Fleischwirtschaft endgültig aufräumen wollten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Genau so!)

Das war Ihre Agenda beim Amtsantritt 2013 und wird von Frau Modder ja auch gerade bestätigt.

Und was haben Sie daraus gemacht?

(Helge Limburg [GRÜNE]: Jede Menge! - Johanne Modder [SPD]: Sie haben das nur ausgeblendet! Herr Bode hat gar nichts gemacht!)

Über den Mindestlohn wurde zwischenzeitlich in Berlin entschieden. Was in Niedersachsen blieb, war ein Vergabegesetz, das nun überflüssigerweise den Mindestlohn bei öffentlichen Ausschreibungen regelt, das darüber hinaus die niedersächsische Wirtschaft mit einer unglaublichen zusätzlichen Bürokratie belastet und das außerhalb der Bürokratie keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen hat.

(Zustimmung Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Herr Minister, ebenso bescheiden war Ihr Einsatz für die Leiharbeiter in der niedersächsischen Fleischwirtschaft. Hier ist erst jetzt wirklich Abhilfe geschaffen worden, und zwar wieder in Berlin mit einem Gesetz, das die Generalunternehmerhaftung für Löhne in den Schlachtbetrieben einführt.

Sie, Herr Minister, haben nicht zu diesem Gesetz beigetragen. Ich zitiere die *Süddeutsche Zeitung* vom 1. Juni 2017:

„So bemerkenswert wie der Inhalt ist an diesem Gesetz aber auch sein Entstehen. Denn es ist das Ergebnis eines vertraulichen Zirkels von Abgeordneten um den Unionspolitiker Schiewerling.“

(Johanne Modder [SPD] lacht)

Sie, Herr Minister, waren nicht Teil dieses Zirkels. Man hat das Problem auch so gelöst - ganz ohne Ihren Einsatz.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und wirklich drastisch fällt die Bewertung Ihres Einsatzes für die Beschäftigten der Nordseewerke

aus. Bei Übernahme der Regierungsgeschäfte im Jahr 2013 gab es noch 750 Beschäftigte, deren Arbeitsplätze Sie retten wollten. Zwei Jahre später waren es noch 188. Im Herbst 2015 wurden dann ganze 51 Mitarbeiter beim Nachfolgeunternehmen beschäftigt. 110 Mitarbeiter wechselten zu einer Transfergesellschaft, die Ende Februar 2016 den Betrieb einstellte. - 51 Gerettete von 750, Herr Minister, das ist Ihre Bilanz!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist insgesamt die traurige Bilanz Ihrer zentralen Versprechen zu Beginn der Amtsgeschäfte.

Aber auch, wenn wir Ihre Versprechen hinter uns lassen: Bei anderen Themen wird die Bilanz auch nicht besser. Schauen wir auf Ihr Agieren im Fall Homann. Die Homann-Manager wollten einfach nicht mehr mit Ihnen reden. Das führte dann zu Berichten wie dem in der *NOZ* vom 27. April 2017:

„Minister Olaf Lies sieht sich von Müller-Manager Heiner Kamps düpiert.“

Herr Minister, statt sich beleidigt in die Ecke zu stellen, sollten Sie darüber nachdenken, warum man Sie offensichtlich für so unwichtig hält, dass man auf Gespräche mit Ihnen verzichten kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Das ist unfassbar, Herr Toepffer!)

Für dieses Phänomen will ich Ihnen ein weiteres Beispiel nennen.

(Johanne Modder [SPD]: Haben Sie schon mal mit dem Landrat vor Ort gesprochen? Unfassbar!)

Da machen Sie sich vor wenigen Tagen mit Teilen Ihrer Fraktion und der Landespresse auf den Weg, um den JadeWeserPort zu besuchen,

(Zuruf von der CDU: Donnerwetter!)

einem Hafen, von dem Sie regelmäßig behaupten - eben auch wieder -, dass Sie sich für seine Auslastung weltweit erfolgreich eingesetzt haben.

(Zurufe von der SPD: Ja, natürlich! Hat er ja auch!)

Nun sollte man doch meinen, dass dieser Einsatz von dem Betreiber des Hafens, der Firma Eurogate, honoriert wird. Aber was passiert stattdessen? - Ich zitiere die *NWZ* vom 10. Juni 2017:

„Kaum tauchten die Parlamentarier mit fünf niedersächsischen Journalisten auf, sorgten

Mitarbeiter des Hafensbetreibers Eurogate für einen Eklat. Mit rüden Worten wurden alle Korrespondenten aus dem Konferenzraum geworfen, in dem die Abgeordneten aktuelle Informationen erhalten sollten.“

(Björn Thümler [CDU]: Unfassbar!)

Unglaublich! - Es wird aber noch schlimmer. Ich zitiere weiter:

„Wie peinlich. Denn Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD), dessen Ministerium Aufsicht über Eurogate führt, solidarisierte sich sofort mit den Journalisten - und ging ebenfalls.“

Das ist nun wirklich peinlich, und zwar deshalb, weil wir erwartet hatten, dass dieser Minister statt zu flüchten zum Telefon greift und in einem persönlichen Gespräch mit irgendwelchen Verantwortlichen von Eurogate dafür sorgt, dass das Gespräch mit den Journalisten natürlich stattfinden kann.

(Johanne Modder [SPD]: Sagen Sie mal was zu den Herausforderungen dieses Landes! - Weitere Zurufe von der SPD)

Aber vermutlich wussten Sie nicht einmal, wen Sie überhaupt anrufen sollten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Toepffer, einen Moment, bitte! - Meine Damen und Herren besonders auf der linken Seite des Hauses, ich bitte um Ruhe. Sie wollen doch alle dem Redner zuhören.

(Johanne Modder [SPD]: Nein! - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Nö!)

Das gilt auch für die rechte Seite. - Wenn Sie das nicht möchten, gibt es eine ganz einfache technische Möglichkeit. Ansonsten steht ja im Abgeordnetengesetz, was wir alle zu tun haben.

Bitte!

Dirk Toepffer (CDU):

Man kann diesen Vorgang als Kleinigkeit abtun. Aber daran wird so wunderbar deutlich, woran es dem Minister fehlt. Wenn es nicht einmal gelingt, mit Managern zu reden, die den Minister auf zahlreichen Delegationsreisen begleitet haben, deren Unternehmen diesem Minister - nach seinen Aussagen - so viel zu verdanken haben, wenn selbst

da der Einfluss bei absolut Null ist, wie wollen Sie denn in Niedersachsen überhaupt noch etwas durchsetzen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Minister, ähnliche Erlebnisse hatten wir ja auch immer wieder beim Thema VW. So waren wir beispielsweise fassungslos, als die Deutsche Presse-Agentur während einer Plenarsitzung - vom Minister unbemerkt - den Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen im Konzern verkündet hat. Und wir waren erst recht fassungslos, dass es dem Minister bis zum Schluss des Sitzungstages nicht gelungen ist, irgendeine Führungskraft des Konzerns zu erreichen, um den Wahrheitsgehalt dieser Meldung zu überprüfen.

(Zurufe von der SPD)

Später hat es uns aber nicht mehr überrascht, dass Sie auf das weitere Geschehen infolge von Dieselgate überhaupt keinen erkennbaren Einfluss genommen haben. Vielleicht wollten Sie das auch gar nicht. Stattdessen haben Sie widerspruchslos zugelassen, dass eine VW-Managerin und Parteifreundin nach zwölf Monaten Tätigkeit mit mehr als 12 Millionen Euro entlohnt wird. Spätestens da haben Sie Ihre Unschuld als selbsternannter Arbeiterführer verloren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Das ist eigentlich nicht Ihr Niveau, Herr Toepffer!)

Herr Minister, wer mit dem Anspruch angetreten ist, sich für einen fairen Umgang mit Beschäftigten einzusetzen, der darf auch nicht zulassen, dass über den Verlust eines Arbeitsplatzes im Losverfahren entschieden wird.

(Christian Dürr [FDP]: Ja!)

Man muss wahrlich kein Freund der Glücksspielwirtschaft sein, um eines zu erkennen: Es ist zynisch und zutiefst unmoralisch, wenn Tausende Beschäftigte in dieser Branche darauf hoffen müssen, dass ihnen das Losglück hold ist, damit sie ihren Arbeitsplatz behalten können.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es! Unmoralisch! - Zuruf von Meta Janssen-Kucz [GRÜNE])

Unabhängig von der juristischen Beurteilung: Über menschliche Schicksale darf niemals das Los entscheiden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Unmoralisch! So

gehen Sie mit Arbeitnehmern um! Mit dem Los! - Zuruf von Minister Olaf Lies)

Und weiter, Herr Minister: Sie sprachen ja eben von der Notwendigkeit von Start-ups. Vor wenigen Monaten haben Sie sich auf den Weg gemacht, um Start-ups in Niedersachsen zu fördern. Ein an sich richtiges Vorhaben, wenn auch reichlich spät in Gang gebracht. Nun denn.

Der Minister besichtigt also im März dieses Jahres ein hannoversches Start-up-Zentrum, wo man sich bemüht, Start-ups unter die Arme zu greifen. Der Minister ist von diesem Vorhaben so begeistert, dass er feststellt:

„Ähnliche Angebote brauchen wir auch im übrigen Land.“

So in der HAZ vom 7. Juni 2017.

So startet der Minister eine Initiative zum Aufbau von vier weiteren Start-up-Zentren in ganz Niedersachsen. Schade ist nur: Parallel zu den Bemühungen des Ministers teilt die Einrichtung in Hannover mit, das Zentrum stehe aufgrund finanzieller Probleme vor einer ungewissen Zukunft.

Die HAZ schrieb dazu: Falls das Zentrum schließen müsste, wäre das wohl peinlich für die Wirtschaftsförderer, und nennt nachfolgend ausdrücklich Sie, Herr Minister, dessen Pläne mit der Pleite wohl konterkariert werden würden. - Und das ist noch freundlich formuliert.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Herr Minister, bei der Vorbereitung auf diese Regierungserklärung war ich überrascht, wie häufig Sie in der Vergangenheit mit Peinlichkeiten und kleineren Skandalchen in Verbindung gebracht worden sind. Man vergisst ja so vieles.

Erinnern Sie sich noch an Hansewerk?

„Lies wegen ‚vorwärts‘-Gespräch unter Druck.“

So der NDR am 24. November 2016. Da nahm ein SPD-eigenes Unternehmen Geld dafür, dass Wirtschaftsbosse mit dem Minister reden durften, und der Minister hat es angeblich gar nicht mitbekommen. - Auch das war wirklich peinlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Minister, wie machen Sie es bloß, dass Sie so wenig bewegen, so oft mit Peinlichkeiten in Ver-

bindung geraten und trotzdem immer so erfolgreich überkommen?

(Zurufe von der SPD)

Sie propagieren die digitale Revolution in unserer Wirtschaft und kriegen den Breitbandausbau nicht in Gang.

Sie beklagen die zunehmende Zahl von Verkehrstoten auf unseren Straßen und finden keine Lösung, um die Serie schrecklicher Unfälle auf der A 2 zu beenden.

Sie versprechen den Menschen den Ausbau von A 20 und A 39 und wissen ganz genau, dass keines dieser Projekte begonnen wird, solange Rot-Grün in Hannover regiert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Lies, wie kann man als Minister überleben, wenn die Bilanz so mager und der Blick hinter die Kulisse so traurig sind?

Die Antwort findet man vielleicht im Internet. Denn auf der Website Ihres Ministeriums begegnet man einer anderen Welt - einer Welt von lauter bunten Bildern, einer Welt mit einem mal fröhlichen, mal ernststen, aber stets forschen Minister,

(Johanne Modder [SPD]: Sagen Sie mal einen Satz zu den Herausforderungen für Niedersachsen! Nichts, gar nichts!)

einem, der anpackt, der die Dinge beim Namen nennt, der sich durchsetzt - einer Scheinwelt, die so gar nichts mit der Realität zu tun hat.

Im Bereich Ihres eigenen Marketings waren Sie bislang unschlagbar - bis bekannt wurde, dass Sie sich gerade in diesem Bereich vergaloppiert haben. Ich will den Bereich der Vergabeproblematik hier nicht ausführlich beleuchten. Aber eines sei doch gesagt: Die Vorwürfe, die hier erhoben werden und größtenteils bereits eingeräumt wurden, sind keine Lappalien.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie sind im Übrigen auch nicht mit Vergabefehlern früherer Jahre zu vergleichen -

(Zurufe von der SPD: Ach nein!)

dies deshalb nicht, weil diese Vergaben aus dem engsten Umfeld des Ministers gesteuert worden sind, und dies auch deshalb nicht, weil die Strafverfolgungsbehörden offensichtlich der Meinung

sind, dass ein vorsätzliches und damit strafbares Handeln nicht ausgeschlossen werden kann.

In der Geschichte dieses Bundeslandes ist es ein völlig einmaliger Vorgang, dass gegen eine Staatssekretärin und einen Pressesprecher eines Ministers staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen fehlerhafter Vergaben aufgenommen werden.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Sagt Ihnen der Name Glaeseker noch etwas? Kennen Sie den?)

Parallel zur rechtlichen Aufklärung soll doch einmal geprüft werden, wie die fraglichen Projekte eigentlich inhaltlich zu bewerten sind.

Ich will dies beispielhaft anhand der Sieben-Städte-Tour versuchen.

Wir sind die Heimat des größten Autobauers der Welt, eines Konzerns, der sich vom Autobauer zum Mobilitätsanbieter wandeln will, eines Konzerns, der sich neu erfinden will, eines Konzerns, der die Entwicklung rund um die E-Mobilität leider lange Zeit verschlafen hat - dies auch deshalb, weil weder der Ministerpräsident noch sein Wirtschaftsminister im Aufsichtsrat dazu beigetragen haben, dass Elektromobilität im VW-Konzern vorankommt.

Stattdessen haben Sie wieder einmal nach dem Bund gerufen - Herr Lies, das tun Sie ja ganz gerne - und die unselige Kaufprämie gefordert. Erinnern Sie sich noch? Das haben Sie hier gemacht, von dieser Stelle. Da waren Sie ganz vorn dabei. Die kam dann ja auch. Auf der Website Ihres Hauses äußern Sie sich heute noch in einer Dokumentation zum Schaufenster Elektromobilität auf Seite 13 wie folgt:

„Ich bin davon überzeugt, dass Kaufanreize helfen, mehr Elektroautos in den Straßenverkehr zu bringen.“

(Minister Olaf Lies: Ja!)

Anschließend kündigen Sie dann eine niedersächsische Bundesratsinitiative zur Einführung einer staatlichen Kaufprämie an. Die Prämie ist dann auch gekommen.

Mit dem traurigen Fortgang beschäftigt sich das Mitteilungsblatt des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in seiner Juni-Ausgabe auf Seite 34:

„Handeln wir zunächst die peinliche E-Prämie ab, um das Thema schnell wieder

verlassen zu können: Mindestens 300 000 Autos sollten über die Förderung zusätzlich auf die Straße kommen. Schlappe 15 300 Anträge wurden bis Ende April 2017 eingereicht. Eine Blamage für die Initiatoren, in die sie sehenden Auges gelaufen sind.“

Zu den Initiatoren gehörte dieser Minister.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Statt wirklicher Förderung der E-Mobilität die vergabelastete Roadshow! Deren Präsentation im Internet verläuft dann wieder in bekannter Weise: wenig Text und Fakten - gerade einmal fünf Zeilen -, dafür viele bunte Bilder mit dem Minister. In dem dünnen Textbeitrag erfahren wir u. a.: 100 000 Besucher sind durch die Show für Elektromobilität begeistert worden.

Herr Minister, ich habe mir einmal die Mühe gemacht, anhand der Statistiken des Kraftfahrt-Bundesamtes festzustellen, wie weit es Ihnen gelungen ist, im letzten Jahr die Menschen in unserem Land tatsächlich für Elektromobilität zu begeistern. Das Ergebnis ist ernüchternd. Man könnte angesichts des Aufwandes auch wieder sagen: Es ist peinlich.

Im Jahr 2016, in dem Sie 100 000 Menschen in Niedersachsen mit Ihrer Roadshow für Elektromobilität begeistert haben wollen, stieg die Zahl der zugelassenen E-Autos in unserem Land um sage und schreibe 478 Fahrzeuge. Vergleicht man diese Zahl mit den prozentualen Steigerungsraten anderer Bundesländer, ergibt sich folgendes Ergebnis: Von 16 Bundesländern erreicht Niedersachsen Platz 14. Nur zwei Länder sind schlechter.

Herr Lies, dass das von Ihnen so gescholtene Bayern wieder weit vor uns liegt, das haben wir nicht anders erwartet.

(Anja Piel [GRÜNE]: Ihnen ist das aber auch nicht zu verdanken, oder?)

Aber dass das Heimatland des weltweit größten Automobilherstellers hinter Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern liegt, ist eine einzige - ebenfalls von Ihnen zu vertretende - Blamage.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Da wirkt Ihr Fazit zum Schaufenster Elektromobilität auf Seite 19 der fraglichen Dokumentation leider schon wieder peinlich:

„Das Projekt hat seine Ziele vollumfänglich erreicht und wichtige Grundlagen für eine

weitere positive Entwicklung der Elektromobilität im Gebiet der Metropolregion gelegt.“

So Ihre Worte. „Vollumfänglich erreicht“ mit Platz 14 von 16 - ein Armutszeugnis!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Sind Sie eigentlich für oder gegen die E-Mobilität?)

Aber, Herr Minister, so funktioniert es wohl, das System des Ministers Lies: selbst magere Leistungen als Erfolg verkaufen, über Unregelmäßigkeiten schnell und auch immer ein wenig zerknirscht hinwegkommen und die Öffentlichkeit größtmöglich blenden.

Aber mit diesen Leistungsdefiziten gelingt es Ihnen eben nicht, über die aktuellen Probleme in Ihrem Ministerbüro hinwegzutäuschen. Und selbst wenn die Bilanz nicht so ernüchternd wäre: Es wäre auch nicht zulässig, das eine gegen das andere aufzurechnen. Wer glaubt, Rechtsbrüche durch eine flotte Regierungserklärung überspielen zu können,

(Johanne Modder [SPD]: So etwas von albern!)

wer glaubt, so mit Rechtsstaatlichkeit umgehen zu können, der zeigt vor allem eines: Der zeigt, dass er die Ernsthaftigkeit seines eigenen Fehlverhaltens und das Ausmaß seiner eigenen Verantwortung noch immer nicht begriffen hat.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Eine peinliche Rede! Kein Satz zur Wirtschaftspolitik in Niedersachsen! Nicht einer!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Toepffer. - Es hat sich jetzt gemeldet für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Gerd Ludwig Will. Herr Will, ich erteile Ihnen das Wort. Zur Erinnerung: Bis zu 28 Minuten haben Sie Zeit. - Bitte!

Gerd Ludwig Will (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das heute war wirklich das unterste Niveau, das ich bisher in der Auseinandersetzung erlebt habe.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP - Christian Grascha

[FDP]: Da sind Sie Experte! Da kennen Sie sich aus!)

Herr Toepffer, Sie können mehr. Aber Sie können eben auch schlicht. Damit müssen Sie sich dann auseinandersetzen. Sie haben hier ein Zerrbild von Niedersachsen gezeichnet. Das hat mit der Realität überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie reden unser Bundesland kaputt. Das ist aber nicht die Aufgabe der Opposition. Sie als Opposition dürfen - und das müssen wir auch von Ihnen erwarten - hier Ihren konstruktiven Beitrag leisten.

(Ulf Thiele [CDU]: Das können Sie dann ja demnächst wieder anders machen!)

Aber anscheinend wollen Sie nicht und sehen sich auch nicht in der Lage dazu.

Woran aus unserer Sicht kein Interesse besteht, liebe Opposition, ist rückwärtsgewandter Quengelei. Was wir brauchen, ist inhaltliche Arbeit. Es geht um den Einsatz für Niedersachsen und seine Regionen. Das habe ich in Ihrem ganzen Redebeitrag völlig vermisst. An keiner Stelle haben Sie auch nur einen positiven Vorschlag gebracht.

(Zustimmung bei der SPD - Johanne Modder [SPD]: Kein Satz! Nichts! Abgemeldet!)

Meine Damen und Herren, das dürfen, ja, müssen wir auch von Ihnen erwarten. Aber scheinbar können Sie nur quengeln nach dem Motto: Warum sachlich bleiben, wenn's auch persönlich geht?

Meine Damen und Herren, Sie sind wirklich keine Herausforderung und schon gar keine Inspiration für die erfolgreiche Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, vielen Dank, sehr geehrter Herr Minister Lies, für die wichtigen Eckpunkte einer zukunftsorientierten Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik für Niedersachsen. Gerade in Zeiten guter Beschäftigung wollen wir gemeinsam an dieser Zukunftsaufgabe arbeiten.

Im Jahr 2016 - Sie haben bereits darauf hingewiesen - hatten wir den Höchststand der Erwerbstäti-

gen erreicht. Dieser Trend hat sich in diesem Jahr fortgesetzt. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2017 liegt inzwischen unter dem Wert von 1980. So lange hat das gedauert, aber so erfolgreich ist die Landespolitik in Niedersachsen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Gerade jetzt müssen wir Zukunftsimpulse für einen sich weiter gut entwickelnden Arbeitsmarkt geben. Die Qualifizierung von Arbeitsuchenden bleibt dabei eine Daueraufgabe. Dasselbe gilt übrigens auch für die Integration von Migrantinnen und Migranten in unsere Arbeitsmärkte. Dafür ist das dringend benötigte Zuwanderungsgesetz längst überfällig, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir fördern mit dieser Landesregierung eine schnellere und einfachere Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und eine Nachqualifizierung von Zuwanderern. Und wir fördern die Weiterentwicklung des unverzichtbaren dualen Ausbildungssystems - Olaf Lies hat davon gesprochen. Nicht nur in Niedersachsen, sondern auch auf Bundesebene muss angemahnt werden, dass wir dabei gemeinsame Wege beschreiten, um den Stellenwert insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu stärken. Auch dadurch sichern wir die zukünftige Deckung des Fachkräftebedarfs, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Einen weiteren Beitrag zu dieser Sicherung leistet gerade auch die IdeenExpo in Hannover, von der vorhin schon gesprochen worden ist, für junge technisch-naturwissenschaftlich interessierte Schülerinnen und Schüler. Das ist der richtige Weg zur Zukunfts- und Standortsicherung in Niedersachsen. Das ist beispielhaft für das gesamte Bundesgebiet; denn wir sind das einzige Bundesland mit einem solchen Projekt.

(Zustimmung bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir betreiben Standortsicherung für Niedersachsen, die logistische Drehscheibe für Mitteleuropa, auch durch den Ausbau der Infrastruktur. Dabei geht es in einer großen Aufholjagd vor allem um digitale Autobahnen mit einer verbesserten Ausstattung gerade der ländlichen Regionen im Land mit Breitband. Das große Interesse der Regionen, Landkreise und Kommunen daran zeigt, dass das Land mit seinen Förderprogrammen auf dem richtigen Weg ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Niedersachsen geht es wirtschaftlich wirklich gut. 2016 hatten wir ein gesundes Wachstum von 2,1 % und damit ein Wachstum, das stärker als im Bundesdurchschnitt war. Das alles ist Ihnen, Herr Toepffer, entgangen. Darauf haben Sie auch nicht abgehoben.

(Dirk Toepffer [CDU]: Das ist bekannt!)

Das kann sich im Vergleich zu Spitzenreiter Baden-Württemberg durchaus sehen lassen.

Auch die niedersächsischen Unternehmen beurteilen die wirtschaftliche Lage und die wirtschaftliche Entwicklung im Übrigen sehr positiv, wie man zuletzt der IHK-Presseveröffentlichung von Anfang 2017 entnehmen konnte.

Niedersachsen kann mit den wichtigen Branchen Fahrzeug- und Maschinenbau, Logistik, Ernährungs- und Gesundheitswirtschaft zum Vorreiter beim Thema „Digitalisierung, Industrie und Arbeit 4.0“ werden. Wir stellen fest, dass viele Großunternehmen die Potenziale der Digitalisierung für ihre jeweiligen Geschäftsmodelle aufgreifen und umsetzen. Gerade den kleinen und mittelständischen Unternehmen wollen wir allerdings bei dieser Umsetzung eine besondere Unterstützung geben; denn es ist wichtig, das auch in diesen Bereichen der Wirtschaft voranzutreiben und die Aufholjagd zu gewinnen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat bereits zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht. Sie hat z. B. eines der vom Bund geförderten Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren für Beratung und Qualifizierung nach Niedersachsen geholt. In der Generalfabrik auf dem Messegelände Hannover werden 4.0-Lösungen gezeigt, die selbst in kleinen Firmen anwendbar sind und ihnen Vorteile verschaffen werden. Die Expertenfabrik am produktionstechnischen Zentrum Hannover bietet gebündeltes Know-how für Industrie 4.0. Die Expertenfabrik Automatisierung und Big Data berät zielgerichtet. Mit derzeit 3 Millionen Euro fördert das Land in Oldenburg OFFIS beim Aufbau einer Testplattform, die KMU hilft, sich auf die Digitalisierung von technischen Verfahren und Prozessen einzustellen.

(Zustimmung bei der SPD)

Und, meine Damen und Herren, das Kompetenzzentrum Digitales Handwerk unterstützt Hand-

werksbetriebe in Niedersachsen beim Einsatz digitaler Technologien und der Optimierung innerbetrieblicher Abläufe.

Ich verweise weiter auf regionale Beratungsangebote in Niedersachsen, die zusammen mit den Kammern gemacht werden, und auf die Einrichtung und breite Aufstellung eines Digitalrats Niedersachsen mit allen wichtigen Akteuren im Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den von den Regierungsfractionen gemeinsam mit der Landesregierung zur Verfügung gestellten Mitteln soll in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern die Vernetzungsstelle Digitalisierung und gute Arbeit 4.0 aufgebaut werden. Ziel ist es, ein Informations- und Austauschangebot für die betrieblichen Interessenvertretungen zu schaffen; denn das ist überfällig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vor allem brauchen wir auf breiter Front eine Lernkultur, in der Unternehmer, Management, Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Chancen der Digitalisierung erkennen. Es bedarf nicht nur des Ziels der Vollbeschäftigung und guter Bezahlung im Rahmen unseres Firmenschildes „gute Arbeit“. Es bedarf auch der Stärkung von Arbeitnehmerrechten und Mitbestimmung. Teilhabe tut not, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wirtschaft 4.0 bedeutet nicht nur eine grundlegende technologische Veränderung, sondern auch eine tiefgreifende soziale Innovation. Wir wollen den Anschluss halten und zu anderen Bundesländern aufholen: bei technologischer und sozialer Innovation, bei Wertschöpfung und Teilhabe. Wir begrüßen die formulierten Ziele der Landesregierung sowie die eingeleiteten Maßnahmen und Zukunftsprojekte. Wir wissen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Das Land und die Menschen in Niedersachsen können damit nur gewinnen.

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen: Wenn Sie meinen, durch die Verunglimpfung eines Ministers diese Landesregierung und den Minister persönlich in Schwierigkeiten zu bringen, sind Sie völlig schief gewickelt.

(Christian Dürr [FDP]: Verunglimpfung? Durch uns? Bitte was?)

Gehen Sie mal durchs Land! Fragen Sie mal nach der Leistung dieses Ministers in der Wirtschaft, bei den Arbeitnehmern, in den Unternehmen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dieser Minister macht einen tollen Job,

(Widerspruch bei der CDU)

und das bleibt auch so! Da mögen Sie von der Opposition noch so viel in diesem Hause quengeln.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Eine ganz interessante Argumentation!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Will. - Meine Damen und Herren, es folgt jetzt die Fraktion der FDP,

(Unruhe)

aber nur, wenn Ruhe herrscht. Es spricht der Kollege Dr. Stefan Birkner. Sie haben 14 Minuten. Bitte sehr!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Will, es ist gar nicht nötig, dass andere diesen Minister in Schwierigkeiten bringen, das macht er nämlich schon ganz allein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung viel geredet, am Ende aber nichts gesagt. Das, was Sie hier abgeliefert haben, sind Allgemeinplätze und oberflächliche Rhetorik gewesen, womit Sie versuchen, statistische Daten irgendwie in einen Zusammenhang zu setzen. Das erinnert einen am Ende an die Hochglanzbroschüren von Ministerien, die man vielleicht mal durchblättert, am Ende aber schnell wieder beiseitelegt, weil man sieht, dass das nicht wirklich von Substanz geprägt ist und dass das nicht das ist, was man für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Herausforderungen benötigt.

Richtig ist - Herr Kollege Toepffer hat uns darauf schon hingewiesen -: Es liegt doch auf der Hand - gerade wenn man sich die Substanzlosigkeit vor Augen führt -, dass dies ein erkennbar untauglicher Versuch war, von den Schwierigkeiten, die

Sie sich durch die Vergabeaffäre bereitet haben, abzulenken.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im Wesentlichen, Herr Minister, haben Sie statistische Daten wiedergegeben. Dabei haben Sie nicht einmal den Versuch unternommen, auf die Wirkungszusammenhänge hinzuweisen und darauf einzugehen, was Sie möglicherweise damit zu tun haben könnten, dass diese Daten in Niedersachsen gut sind. Sie haben nicht einmal behauptet, dass Sie damit etwas zu tun haben. Das allerdings muss man anerkennen; denn diese Einsicht entspricht den Realitäten. Es ist ja nicht feststellbar, wo Sie tatsächlich mit Ihrer Politik, die Sie mit dem Herrn Ministerpräsidenten betreiben, diese positiven Effekte bewirkt haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In dem Kontext, wenn man sich diese statistischen Daten anschaut, ist auch interessant zu sehen, was Sie weglassen. Wenn Sie eine ernsthafte Diskussion über wirtschaftspolitische Rahmendaten haben wollten, gehörte zu einer ehrlichen und auch politischen Debatte dazu, über Instrumente und deren Wirksamkeit zu reden.

Was ist denn mit der Jugendarbeitslosigkeit? - Im Mai 2017 lag die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland bei 4,8 %, in Niedersachsen bei 5,0 %. Ist das der Anspruch, mit dem Sie hier Politik betreiben?

Firmeninsolvenzen im Jahr 2016: Auch hier liegt Niedersachsen über dem Bundesschnitt. Bundesweit kommen auf 10 000 Unternehmen 67 Firmeninsolvenzen. In Niedersachsen sind es 69. Andere Länder wie Bayern und Hessen liegen deutlich darunter. Wo ist hier Ihr Ansatz? Sehen Sie das Problem nicht? Oder ignorieren Sie es? Oder wollen Sie hier nur Schönfärberei betreiben?

Wir halten dem, was Sie ausgeführt haben, entgegen, dass die erfreulichen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, die ohne Zweifel zu verzeichnen sind, trotz, aber gewiss nicht wegen der rot-grünen Politik eingetreten sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Bevor ich darauf näher eingehe, möchte ich noch einen Hinweis geben, meine Damen und Herren. Sehr befremdlich und erschreckend ist, dass in Niedersachsen ein Wirtschaftsminister in einer Regierungserklärung zur Arbeitsmarktpolitik nicht mit einem Wort die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Beschäftigten, die Sozialpartner und

die Gewerkschaften erwähnt. Deren Verdienst sind diese positiven Entwicklungen. Das ist nicht der Verdienst der Politik.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es sind die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Arbeitsplätze, Wohlstand und Werte schaffen und das mit ihrem Unternehmergeist durchsetzen. Nicht ein Wort haben Sie, Herr Minister, dazu gesagt!

Da aber, wo die Landesregierung tatsächlich etwas gestalten kann - abgesehen von den behaupteten oder unterstellten Zusammenhängen -, versagt sie, beispielsweise bei der NORD/LB. Hier ist ein Abbau von 1 250 Stellen zu verzeichnen, u. a. deshalb, weil die Landesregierung einen politischen Deal zur Rettung der Bremer Landesbank getätigt hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Widerspruch bei der SPD und bei den
GRÜNEN - Gerald Heere [GRÜNE]:
Hanebüchen!)

Im Bereich der Spielhallen müssen die schon erwähnten 7 000 Arbeitnehmer um ihren Job bangen. Bei denen wird das Los darüber entscheiden, ob sie weiterhin beschäftigt sein werden. Die Landesregierung schickt 3 500 bis 4 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit, während alle anderen Bundesländer in der Lage sind, durch Härtefallregelungen spezifische Lösungen zu finden. In Niedersachsen aber Fehlanzeige! Hier entscheidet das Los über den Arbeitsplatz.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben den Fall Homann. Der Ministerpräsident lässt sich im Mai in *Focus-Online* mit den Worten zitieren: Wir geben nicht auf. Wir wollen es dem Unternehmen sehr schwer machen, sich gegen Dissen zu entscheiden. - Die Vertreter der Firma Homann erachten es nicht einmal für nötig, das Gespräch mit dieser Landesregierung zu suchen, weil sie diese nicht ernst nimmt, weil sie kein ernst zu nehmender wirtschaftspolitischer Akteur in diesem Lande ist, mit dem es sich lohnt, über solche Fragen zu reden. Auch das ein Armutszeugnis für Niedersachsen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Zuruf von der SPD: Voll lustig! - Gerd
Ludwig Will [SPD]: Keine Ahnung! -
Weitere Zurufe)

Wir erleben, dass in der Erdöl- und Erdgasindustrie 30 000 Arbeitsplätze gefährdet sind. Sie betreiben in Niedersachsen eine Fracking-Politik, mit der Sie z. B. den Standort Celle gefährden. Sprechen Sie einmal mit den Unternehmern über die Frage der Kurzarbeit und alles, was damit zusammenhängt!

(Johanne Modder [SPD]: Reden Sie mal mit den Menschen, die davon betroffen sind!)

Sie haben Fracking aus ideologischen Gründen verhindert und damit eine wichtige Basis genommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was die Öffnungszeiten an Sonntagen angeht - darüber haben wir schon beim letzten Plenum gesprochen -, sind Sie nicht in der Lage und willens - gerade die Fraktionen sind dies nicht -, noch in dieser Legislaturperiode für Rechtssicherheit zu sorgen.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Das sagt der Richtige! Sie haben das doch angerichtet mit Ihrem Gesetz! Sie haben das doch angerichtet!)

- Das hat selbstverständlich etwas mit Arbeitsplätzen zu tun, Herr Will, weil es hier um Berechenbarkeit und um die Schaffung von Arbeitsplätzen im Einzelhandel geht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das aber ist Ihnen egal. Sie gehen einfach so darüber hinweg, weil es Sie am Ende nicht interessiert.

Und Sie betreiben in Niedersachsen eine industrie-feindliche Politik. Das zeigt sich im Kleinen. Der Herr Minister Wenzel ist zwar gerade nicht hier. Reden Sie aber mal mit Industrieunternehmen gerade im mittelständischen Bereich. Die werden durch die Gewerbeaufsichtsverwaltung in einer Art und Weise traktiert, die dazu führt, dass die Unternehmen von Investitionen Abstand nehmen und nicht mehr in die Betriebe investieren, weil sie Sorge haben, dass die Gewerbeaufsicht und das Ministerium direkt in die Verfahren eingreifen, da dort eine aus deren Sicht politisch unliebsame Geschichte passiert, aber sehr wohl rechtmäßig ist. Dieses Verhalten, diese investitionsfeindliche Politik führt dazu, dass hier Arbeitsplätze gefährdet werden.

Ganz konkret hat sich die Dauer von Genehmigungsverfahren in der Gewerbeaufsicht unter der rot-grünen Landesregierung im Vergleich zum Jahr 2012 verzehnfacht. Es dauert heute bis zu zehnmal länger, bis eine Genehmigung erteilt wird. So heißt es in den Antworten auf Anfragen, die wir Ihnen gestellt haben, Herr Minister. Möglicherweise haben Sie uns aber falsch geantwortet; das wäre nicht das erste Mal. Es ist aber zutreffend.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Solch eine Politik gefährdet und vernichtet Arbeitsplätze.

Man kann es fortführen, gerade dann, wenn es um mittelständische Industriebetriebe geht: Veröffentlichung von Genehmigungsverfahren, im Zusammenhang damit Gefährdung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. - All das hindert Unternehmen daran, zu investieren.

Jetzt noch ein abschließendes Beispiel: Im Ministerium ist durch den Minister angeordnet worden, einen fertigen Planfeststellungsbeschluss für eine Deponie nicht auszuhändigen, obwohl die Gewerbeaufsicht hinter diesem Beschluss steht. Um eine für die Industrie wichtige Deponie nicht weiter betreiben zu können, wird aus politischen und ideologischen Gründen etwas verhindert. Auch das gefährdet am Ende Arbeitsplätze und wird letztendlich wahrscheinlich vor Gericht geklärt werden müssen.

Das, meine Damen und Herren, ist der Alltag in Niedersachsen. So sieht es ganz konkret aus, wenn es darum geht, Wirtschaftspolitik zu betreiben. Es sind aber nicht die nebulösen schönen Zahlen, die der Minister hier vorgetragen hat und für die er am Ende gar nichts kann. Dort, wo Sie handeln können, behindern Sie wirtschaftliche Betätigungen in Niedersachsen auch aus einer Ideologie heraus. Sie haben zum Teil ein Problem damit, dass Leute mit Gewinnerzielungsabsichten Wirtschaftsmodelle betreiben. Sie haben hier ein falsches Verständnis. Das sind diejenigen, die Wertschöpfung und Wirtschaftlichkeit und am Ende auch Wohlstand in unserem Lande schaffen. Da müssen Sie das gängig machen, dürfen es nicht behindern, wie Sie es aber tun.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das setzt sich im zweitwichtigsten Wirtschaftssektor in Niedersachsen fort, nämlich bei der Landwirtschaft und bei den ihr vor- und nachgelagerten Bereichen. Wir erleben in Niedersachsen eine unternehmerfeindliche Politik und Rhetorik der

Landesregierung. Es ist doch kein Wunder, dass sich die Landwirte beklagen und sich gegen die Landesregierung wenden, weil sie sich von Minister Meyer - offensichtlich gedeckt vom Ministerpräsidenten, der dazu nie etwas sagt, sondern Minister Meyer immer gewähren lässt - bei jeder Gelegenheit schlecht behandelt fühlen und sich die Kinder von Landwirten in Schulen zum Teil Sanktionen und irgendwelchen Unterdrückungen ausgesetzt sehen. Das ist doch die Stimmung im Land, die von Rot-Grün verursacht wird und zu verantworten ist. Gleichwohl aber sagen Sie, dass Sie eine unternehmerfreundliche Politik betreiben. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie überziehen die Landwirtschaft mit bürokratischen Anforderungen. Das Hygienebarometer ist nur ein Beispiel.

Das also sind die konkreten Dinge, die in Niedersachsen passieren, nicht aber das Schöngeredete, das der Minister hier in einen sinnvollen Zusammenhang zu stellen versucht. Aber es ist ihm nicht gelungen.

Der einzige Bereich, in dem Sie Stellen aus eigener Kraft geschaffen haben, ist die Landesverwaltung. Da waren Sie tätig. Da haben Sie locker mit 300 bis 400 Mitarbeitern ein zusätzliches Ministerium geschaffen. Da ist man großzügig dabei. Da ist Rot-Grün ganz schnell. Aber da, wo andere mit ihrem Geld investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen, betreiben Sie Bürokratisierung und verhindern Investitionen - meist aus ideologischen Gründen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, was ist zu tun?

Ein wichtiger Punkt ist in der Regierungserklärung ja schon angesprochen worden: Fachkräftemangel. - Ja, natürlich. Der Fachkräftemangel ist ein Riesenthema, genau wie die Digitalisierung.

Das Erste, was wir tun müssen, um diesen Fachkräftemangel zu beseitigen, ist, die Unterrichtsversorgung in diesem Lande sicherstellen. Da hapert es doch schon. Die Ministerin ist nicht in der Lage, die Unterrichtsversorgung zumindest für den Kernunterricht sicherzustellen. Es ist ja schön, dass Sie über andere Qualifizierungsmaßnahmen, die ebenfalls wichtig sind und auch in die Wege geleitet werden müssen, reden. Zunächst einmal muss die

Grundlage aber an der Basis gelegt werden. Da jedoch versagen Sie.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dass Sie die duale Ausbildung besonders loben, teilen wir der Sache nach komplett. Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Im Ausland wird man ja auch nie müde, sie zu loben. Das Interesse ist ja auch da. Was tun Sie aber für die duale Ausbildung in Niedersachsen? Wie sieht denn die Unterrichtsversorgung in den Berufsschulen aus? - Dort ist sie ja dramatisch schlecht. Auf der einen Seite sagen Sie, die Berufsausbildung und die duale Ausbildung sind wichtig, auf der anderen Seite aber sieht die Realität völlig anders aus, weil Sie aus ideologischen Gründen komplett versagen. Sie messen hier mit zweierlei Maß, was durchsichtig ist und auffliegen wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Lies, wir haben mit Zustimmung - Sie haben es gemerkt - Ihren Hinweis darauf gehört, dass die universitäre Ausbildung mit der beruflichen Ausbildung gleichgesetzt werden muss. Ja, herzlich willkommen! Da sind wir sofort dabei. Wir wären allerdings dankbar, wenn Sie das auch in Ihrer Regierungskoalition mal zum Gegenstand der Debatte machen würden. Das Gegenteil ist doch der Fall.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es! Richtig!)

Sie betreiben eine Schul- und Bildungspolitik, die alle ins Abitur treibt, womit Sie die Attraktivität anderer Schulformen und der Berufsausbildung ständig absenken. Das ist doch das, was bei Ihnen passiert und von Ihnen auch geduldet wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Auch hier wieder: Reden und Tun fallen auseinander. Das, was Sie dort tun, ist nicht wirklich aufrichtig.

Mit Blick auf die Digitalisierung müssen ehrgeizige Ziele formuliert und auch konsequent verfolgt werden. Die hier genannten 50 Mbit/s mögen heute noch ausreichen, werden aber spätestens im Jahr 2030 das ISDN dieser Zeit werden. Was wir brauchen und wollen, ist mobiles Internet überall in Niedersachsen; bis Ende 2020 flächendeckend. Auch auf dem letzten Bauernhof, der letzten Landstraße, der letzten Eisenbahnlinie oder auf dem Acker brauchen wir dann LTE und 4G.

Wir brauchen ein Internet-to-go. Das muss im Land der Mobilität Anspruch sein und auch Wirklichkeit werden. Und wir wollen ein echtes Giga-Netz. Der

Ausbau muss zuerst die wesentlichen Industrie- und Gewerbegebiete anbinden und dann in den ländlichen Raum ausgedehnt werden. In den Städten werden es dann die Anbieter auch automatisch selbst weiter aufbauen. Diese beiden Wege wollen wir auch als Land umsetzen und nicht wie bisher und wie Sie das tun, die Kommunen mit der Aufgabe im Regen stehen lassen. Das Land finanziert und realisiert, und die Kommunen unterstützen dabei. Nur so und nicht anders herum wird ein Schuh daraus.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir müssen da, wo möglich, auch die Bürokratie zurückdrehen. Das trifft natürlich insbesondere auf das Tariftreue- und Vergabegesetz zu. Das muss auf ein Mindestmaß zurückgefahren werden. Am besten wäre noch, dass man ganz darauf verzichten kann und auf ein reformiertes und einfaches Vergaberecht auf Bundesebene setzt. Je weniger Regelung, desto praxistauglicher das Vergaberecht.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Herr Minister, im eigenen Bereich, da, wo Sie selber zuständig sind, müssen Sie als Minister, der ja schon aus wirtschaftspolitischen Überlegungen für fairen Wettbewerb sein muss, doch wirklich auch die Konsequenzen ziehen und sicherstellen, dass das auch tatsächlich erfolgt und nicht so nonchalant darüber hinweggehen mit der Feststellung: „Da ist ein bisschen was schiefgelaufen“, sondern das ist Ihre persönliche Verantwortung. Sie haben im Kernbereich eines wirtschaftspolitischen Anliegens, nämlich faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten, komplett versagt. Sie ziehen sich immer darauf zurück, der Minister müsse das nicht wissen. Selbstverständlich muss der Minister auch solche Dinge zumindest sicherstellen; und wenn er sie nicht sicherstellen kann, dann ist er dafür politisch verantwortlich und muss die Konsequenzen dafür tragen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Zum Abschluss, meine Damen und Herren, möchte ich nur noch einen Punkt ansprechen. Es gäbe noch viel zu sagen, gerade auch zur Infrastrukturpolitik, bei der Sie in dieser Landesregierung völlig handlungsunfähig sind. Da wird zwar so getan und gesagt, das sei ein wichtiges Thema - ja, auch das ist wahrscheinlich richtig.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Unglaublich! Was haben Sie denn realisiert an Autobahnen?)

- Aber Ihre grünen Koalitionspartner, sehr geehrter Herr Will, legen Ihnen doch jeden Stein in den Weg, den sie finden. Sie sind in diesem Politikfeld doch überhaupt nicht handlungsfähig.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Tun Sie doch nicht so, als wenn Sie die Infrastruktur in Niedersachsen voranbringen können. Das Gegenteil ist der Fall: Hier wird Zeit verschwendet und Zeit verloren.

Wichtig ist - gerade im Hinblick auf Zukunftsfähigkeit neuer Geschäftsmodelle und Digitalisierung -, dass man auch Gründer unterstützt. Auch hierzu ist schon einiges vom Kollegen Toepffer gesagt worden.

Wir als Freie Demokraten haben hier einen umfassenden Antrag mit aus unserer Sicht mutigen und zukunftsweisenden Vorschlägen vorgelegt: bürokratiefreies erstes Jahr, Absetzbarkeit von Wagniskapital, Förderung der Universitäten und Vermittlung des Unternehmertums bereits an den Schulen, um nur einige Punkte zu nennen.

Was ist aus den Beratungen geworden?

(Christian Dürr [FDP]: Nichts!)

Ein weichgespülter Antrag von Rot und Grün - weichgespült, keine Substanz mehr vorhanden, reine Prüfaufträge, um bloß nicht bei diesem Thema Farbe bekennen zu müssen. Da wird sich wirklich an der Zukunft versündigt, weil das die Chancen sind, die wir haben. Wenn wir diese Chancen nicht nutzen und auf dem Gebiet weiter so zaghaft bleiben, dann werden Wohlstand und Wertschöpfung an Niedersachsen vorbeigehen.

Die Quittung werden dann unsere Kinder, aber wahrscheinlich in Bälde auch schon wir zu tragen haben. Das ist verantwortungslos, Herr Minister. Es gibt so viel zu tun. Mit weichgespülten Forderungen, mit weichgespülten Reden werden Sie dem Anspruch, den Sie haben müssten, eine Wirtschaftspolitik in Niedersachsen tatsächlich zu gestalten, nicht gerecht.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Birkner. - Es folgt jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kollegin Maaret Westphely. Frau Westphely, bitte sehr! Sie haben bis zu 14 Minuten.

Maaret Westphely (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Sie werfen der Landesregierung hier Ablenkung vor. Aber das ist natürlich ein Argument, das auch umgekehrt funktioniert, liebe Kolleginnen; denn Sie versuchen hier mit der Debatte über die Vergabe von den rot-grünen Erfolgen abzulenken.

(Heiterkeit bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Entschuldigung! Comedy erst ab 19 Uhr! Das macht man nicht!)

Wir tragen Verantwortung, Politik für die Menschen da draußen zu machen. Wie und wo und ob sie Arbeit und Beschäftigung haben, das ist eine zentrale Frage, mit der wir uns hier beschäftigen.

(Christian Dürr [FDP]: Aber nicht diese Landesregierung, oder?)

Tatsache ist, dass die sozialversicherungspflichtige Vollbeschäftigung seit Jahren gestiegen ist und sich mittlerweile auf einer Rekordhöhe befindet, und die Prognosen für das laufende Jahr übertreffen diese sogar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Während unter zehn Jahren Schwarz-Gelb 30 000 Vollzeitstellen verlorengegangen sind, wurden seit Rot-Grün 93 000 Vollzeitstellen geschaffen. Gut ist, dass die Menschen auch noch besser ausgebildet und qualifiziert sind; denn das ist wirklich wichtig für den Standort Niedersachsen. Für die immer komplexer werdende Arbeits- und Wirtschaftswelt brauchen wir hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Aber selbstverständlich gibt es auch Wasser im Wein. Der Anteil der atypischen Beschäftigung - Teilzeit, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung - steigt und liegt mittlerweile bei rund 40 %. Das entspricht etwa dem Bundestrend.

Auch wenn Rot-Grün das Tempo aus der rasanten Zunahme der geringfügigen Beschäftigung nehmen konnte, wurden es noch mehr. Unterbeschäftigung ist ein Problem, und immer mehr Langzeitarbeitslose finden zwar wieder Arbeit, gleichzeitig stagniert die Langzeitarbeitslosigkeit aber auf einem hohen Niveau.

Diese Probleme treffen vor allen Dingen Frauen. In Niedersachsen sind 2016 mehr als eine Million Frauen atypisch beschäftigt gewesen. Das sind 70 %. Dabei sind es die Frauen, die den Fachkräftebedarf in den kommenden Jahren decken können. Mehr und bessere Kinderbetreuung, flexible Arbeitsplatz- und Arbeitszeitmodelle und eine Kultur, in der Frauen wie Männern Gleiches abverlangt und zugetraut wird, sind die Voraussetzungen dafür.

Wir, Rot-Grün, haben damit angefangen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik auch für Langzeitarbeitslose zu machen. Unser Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit startet in zwei Wochen und wird 1 000 Menschen wieder in Arbeit bringen; denn Arbeit ist Teilhabe an der Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Christian Dürr [FDP])

Mit dieser Initiative wollen wir den Druck auf Berlin erhöhen, endlich in Arbeit und nicht in Arbeitslosigkeit zu investieren; denn angesichts des Fachkräftemangels können und wollen wir uns den Luxus, auf all diese Menschen und ihr Potenzial zu verzichten, nicht länger leisten.

Die wohl größte Herausforderung für die Arbeit der Zukunft in allen Branchen, in der Industrie, im Handwerk, in der Dienstleistung und im Handel, ist die zunehmende Digitalisierung. Auf der einen Seite sind die Chancen großartig. Intelligente Werkzeuge im weitesten Sinne können persönliche Hindernisse kompensieren und eröffnen damit für Einzelne ganz neue Entwicklungschancen. Auf der anderen Seite - und das ist gut - werden Erfahrung und handwerkliches Können dadurch nicht ersetzt werden können. Dass alles aber zusammenzubringen, erfordert Zeit. Wer nicht auf der Strecke bleiben will, muss sich ununterbrochen neues und komplexes Wissen aneignen - und das kann auch ziemlich anstrengend sein.

Das wohl größte Problem ist, dass durch die Digitalisierung die Grenzen zwischen Arbeitszeit und freier Zeit verschwimmen. Für das psychische Wohlbefinden ist Einfluss und Mitsprache bei der Frage, wann, wo und wie gearbeitet werden soll, entscheidend. Bisher haben vor allem Arbeitgeber Ansprüche an die Flexibilität ihrer Beschäftigten gestellt. Insofern wundert es nicht, dass besonders häufig Menschen unter psychischen Belastungen leiden, die hochgradig digital arbeiten; so eine Sonderauswertung zum DGB-Index „Gute Arbeit“ für 2016.

Im Gegenzug müssen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Mitsprache darüber bekommen, wie viel, wo und wann sie arbeiten. Das Modell einer flexiblen Vollzeit mit einem Arbeitszeitkorridor zwischen 30 und 40 Stunden würde modernen Lebensentwürfen entgegenkommen, sorgt für mehr Geschlechtergerechtigkeit und hilft auch gleichzeitig gegen den Fachkräftemangel.

Entscheidend ist aus unserer Sicht aber, dass Erneuerung und Digitalisierung genutzt werden, um unseren ökologischen Fußabdruck zu verkleinern und auch zukünftigen Generationen einen Planeten zu hinterlassen, auf dem man noch leben kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Durch 3-D-Druck können Baupläne über das Netz statt Bauteile in Containern über das Meer verschickt werden. Videokonferenzen ersetzen Geschäftsreisen, Arbeit im Homeoffice reduziert Pendlerströme. Nie zuvor war es so einfach, Dinge und Erfahrungen über Sharing-Plattformen zu teilen. Das reduziert materiellen Konsum.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Dafür bedarf es höchster Datensicherheits- und Verbraucherschutzstandards. So schaffen wir zukunftssichere Arbeitsplätze sowie neue Geschäftsmodelle und schützen unsere Lebensgrundlagen - in Niedersachsen bieten wir dafür mit dem Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum ganz konkrete Beratung und Unterstützung an.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Ein weiteres Feld sind neue Arbeitsplätze in neuen Unternehmen. In Niedersachsen haben wir einige international aufgestellte Konzerne, die Zugpferde für ihre jeweilige Branche sind. Trotzdem ist es nicht gut, wenn das Wohl und Wehe eines Landes zu stark von diesen großen Playern abhängt. Ein Schlüssel für die Zukunftsperspektive und für die Krisenfestigkeit in Niedersachsen liegt deshalb in der Diversifizierung von Branchen und den Unternehmen selbst.

Ein Schlüssel, um das zu gewährleisten, ist die Förderung von Gründerinnen und Gründern und Start-ups - sei es mit dem Ziel, selbstständige Unternehmen zu werden, oder mit dem Ziel, als Kooperationspartner mit alten Unternehmen neuen

Produktideen oder Verfahrensweisen neue Innovationskraft zu verleihen.

Parallel zu unserer Plenarbefassung im vergangenen halben Jahr mit diesem Thema hat der Wirtschaftsminister wichtige Impulse für die Zukunft gesetzt. Mit NSeed stehen zusätzlich 4 Millionen Euro Beteiligungskapital für Start-ups zur Verfügung. Außerdem sollen bis zu vier neue Start-up-Zentren im Land entstehen, die das Ministerium mit 600 000 Euro Anschubfinanzierung ausstatten wird.

In Matching-Veranstaltungen - bei der ersten durfte auch die Politik dabei sein - von Start-ups und etablierten Unternehmen geht es nicht nur um das Kennenlernen und Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten, sondern um einen Dialog darüber, wie wir uns in Niedersachsen strategisch so aufstellen können, dass die starke Start-up-Szene in Niedersachsen überregional sichtbar wird, dass sie sich regional und überregional vernetzen kann und dass sie sich weiterentwickeln kann.

Konsens zwischen allen Teilnehmern bei diesem ersten Treffen war, dass die Voraussetzungen in Niedersachsen mit einem starken Mittelstand und attraktiver Lebensqualität für junge Leute mit Familien nicht zu verachten sind. Überhaupt gab es dort eine ansteckende Aufbruchsstimmung und einen großen Zuspruch bei den Unternehmen. Leider war niemand von der FDP dabei.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von den GRÜNEN: Aha!)

Zum Schluss die für uns in Niedersachsen wichtigste Branche, die Mobilität und Logistik: Wenn wir es ernst meinen und wollen, dass der Verkehrssektor seinen Beitrag zur Erreichung der Klima- und Gesundheitsziele leistet - und das tun wir ausdrücklich -, dann bedeutet das für die Mobilitätswirtschaft in Niedersachsen einen tief greifenden Strukturwandel. Niedersachsen ist ja nicht nur ein starker Mobilitäts-, sondern auch ein starker Logistikstandort.

Zukunftsfähig und im Einklang mit den Pariser Klimazielen kann es in dieser Branche nur weitergehen, wenn der gesetzliche Rahmen die Nachteile der Schiene gegenüber dem Lkw ausgleicht. Für Züge müssen heute immer und auf jeden Kilometer Trassengebühren gezahlt werden, für Lkw nur auf knapp 1 % des Straßennetzes eine Maut. Kein Wunder, dass dann die Straßen verstopfen!

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Eine nachhaltige Antwort auf Staus sind nicht neue Autobahnen, sondern ein gesetzlicher Rahmen, der tatsächlich umsteuert. Hier wird uns bekanntlich immer Infrastrukturfremdlichkeit vorgeworfen.

(Jörg Bode [FDP]: Zu Recht!)

Dazu kann ich nur sagen: Wer hat das Konzept und die Ideen für Alpha E entwickelt? - Das waren wir - schon in der letzten Wahlperiode.

(Jörg Bode [FDP]: Das waren die Bürgerinitiativen!)

Dann hat der Wirtschaftsminister es in einem sehr erfolgreichen Dialogverfahren umgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Mobilität der Zukunft für Güter und Personen ist digital und vernetzt. Abgesehen vom enormen Gewinn für die Nutzerinnen und Nutzer entstehen dadurch ganz neue Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze. Wir müssen mit dafür sorgen, dass diese in Niedersachsen sind.

Auch die Zukunft der Automobilindustrie verändert sich einschneidend. Auf dem weltgrößten Automarkt, in China, werden aktuell die Tore der Metropolen für den Verbrennungsmotor als Hauptverursacher der Luftverschmutzung geschlossen. Das wird nicht ohne Auswirkungen auf den weltgrößten Automobilkonzern bleiben.

Es ist kein Wunder, lieber Herr Toepffer, dass der Elektromotor in Deutschland immer noch stottert, solange er von der Industrie nur halbherzig entwickelt wird und von der Politik, wie gerade von Ihnen, immer noch schlechtgeredet wird. Allein China zeigt schon, dass der fossile Verbrenner ein Auslaufmodell ist.

Die Herausforderung für die Beschäftigung der Zukunft liegt darin, dass die Wertschöpfungskette beim elektrischen Fahrzeug ganz anders aussieht. Es sind viel weniger Komponenten. Der größte Baustein ist das Batteriesystem. Daraus erwachsen große Umstrukturierungen für Produkte und Beschäftigung in der Zulieferindustrie und darüber hinaus.

Das Wichtigste ist aber: Wenn wir verhindern wollen, dass Wolfsburg das Detroit von morgen wird, und erreichen wollen, dass die Wertschöpfung eines verkauften Autos zukünftig auch bei uns und nicht ausschließlich in China oder Japan stattfindet, dann muss es gelingen, die VW-Batterieherstellung in Niedersachsen aufzubauen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Die Batterie ist nämlich das Herz des Autos der Zukunft und auch der Wertschöpfung - gerade in Kombination mit erneuerbaren Energien. Denn hier in Niedersachsen ist die Energiewende zu Hause. Und wer, wenn nicht wir in Niedersachsen als Technologieführer beim Thema „erneuerbare Energie“, schafft die Verknüpfung von Branchen und Techniken, z. B. Energiespeicher und auch Wasserstoff, und wird diese Potenziale für die Zukunft heben?

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Westphely. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Besprechung zur Regierungserklärung beenden kann.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 3:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 17/7673 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 17/8227 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/8272

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Birkner. Bitte!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne Not und mutmaßlich auch, ohne es wirklich zu wissen, haben SPD und Grüne im Jahre 2015 bei der Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes die akzessorische Verleihung des Diplomgrades an Absolventen des ersten juristischen Staatsexamens abgeschafft. Das war fahrlässig und bedauerlich.

Das Diplom konnten die Studierenden bis zu diesem Zeitpunkt auf Antrag erhalten. Die Nachfrage danach ist in den vergangenen Jahren deutlich

gestiegen. Die Abschaffung des Diploms traf die Studierenden zur Unzeit.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Herr Kollege Dr. Birkner! Die Zeit wird angehalten. - Alle Kollegen und Kolleginnen, die jetzt nicht der Debatte folgen wollen, bitte ich, zügig den Plenarsaal zu verlassen. Es ist sehr viel Unruhe. - Bitte fahren Sie fort!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Die Karrierewege der heutigen Studierenden der Rechtswissenschaften sind aber längst nicht mehr so vorgezeichnet, wie das noch vor zehn Jahren der Fall war. Wer ein Studium mit dem Ziel des ersten und zweiten Staatsexamens beginnt, entscheidet sich im Laufe der Studienjahre womöglich um und strebt nicht länger die Befähigung zum Richteramt und damit auch zur Anwaltschaft an. Die akzessorische Verleihung des Diploms war daher unter diesen Umständen ein starkes Zeichen, dass jemand, der das erste Staatsexamen erlangt hat, nicht nur den halben Weg gegangen ist, sondern tatsächlich einen echten Studienabschluss erreicht hat.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das stimmt! - Heiterkeit)

- Nicht wahr, Herr Kollege?

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ja! Mein Reden! - Gegenruf von Christian Dürr [FDP]: Aber Nachfolgende sollen nicht davon profitieren!)

In der ersten Beratung des Gesetzentwurfes führte der Kollege Ottmar von Holtz sinngemäß aus: Früher hat es auch nur das erste und zweite Staatsexamen gegeben. Insoweit ist der Weg dahin, bundesweit wieder nur das erste und das zweite Staatsexamen zu haben, schon der richtige. Dann hat gar keiner ein Diplom, und alle können sich mit dem ersten Staatsexamen bewerben. - Mit anderen Worten: Man sagt den Studierenden, sie hätten doch ein erstes Staatsexamen und könnten sich dann damit bewerben.

Das verkennt aber die Realitäten und die aktuelle Situation von Absolventen der Rechtswissenschaften auf dem Arbeitsmarkt. Zum einen leben wir nämlich in einer globalisierten Welt. Auch deutsche Juristen arbeiten mit dem ersten Staatsexamen -

nach unserer Vorstellung dann mit dem Diplom - im Ausland. Sie können den deutschen Juristen zwar einen akademischen Grad verwehren. Das Ausland nimmt am Ende darauf aber keine Rücksicht. Versuchen Sie einmal, im Ausland zu erklären, wie das nun mit dem ersten und zweiten Staatsexamen ist!

Rücksicht nehmen auch die anderen Bundesländer darauf nicht. Deren Universitäten können nämlich weiterhin den Diplomgrad akzessorisch verleihen. Die Abschaffung des Grades an niedersächsischen Universitäten führt somit zu einem Standortnachteil für die niedersächsischen Universitäten.

Selbst die Grünen räumen ein, dass die Entscheidungen für die Abschaffung in Niedersachsen zu schnell gefallen seien. Sie haben aber eben nicht nur zu schnell entschieden, meine Damen und Herren; Sie haben falsch entschieden.

Meine Damen und Herren, Sie werden nun gleich darauf hinweisen, Sie hätten mit der von Ihnen vorgeschlagenen Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes im Rahmen der Novelle des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes eine Lösung gefunden. Das haben Sie nach unserer Überzeugung aber gerade nicht getan. Einerseits wollen Sie den Diplomgrad für Juristen abschaffen. Sie wollen ihn nicht mehr haben. Das haben Sie mehrfach bekundet. Andererseits wollen Sie dessen Verleihung bis 2025 weiter ermöglichen.

(Zuruf von Ottmar von Holtz [GRÜNE])

- Herr von Holtz, gerade Sie haben das bekundet, indem Sie gesagt haben: Uns reichen die Staatsexamina. - Sie wollen die Verleihung also bis 2025 weiter ermöglichen.

Kurzum: Sie wollen, dass Ihnen das Thema bei der Wahl nicht auf die Füße fällt, indem Sie allen aktuellen Jurastudierenden das Diplom ermöglichen, den Nachfolgenden dann aber nicht mehr. Diese Taktik, meine Damen und Herren, ist leicht zu durchschauen und ist irreführend.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das ist ja noch ein paar Jahre hin!)

Wenn Sie wirklich der Überzeugung sind, dass das Juradiplom überflüssig ist, dann stehen Sie dazu! Legen Sie dann eine überzeugende Alternative vor! Wenn Sie inzwischen aber zu der Einsicht gekommen sind, dass das Diplom ohne Alternative ist, dann stimmen Sie heute unserem Gesetzentwurf zu! Aber ersparen Sie uns und vor allem den

Studierenden die taktischen Spielchen. Deren Zukunft sollten Sie im Blick haben, nicht aber nur Ihre eigene.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Es geht nicht um taktische Spielchen! Es geht um den Bologna-Prozess! Es geht darum, gemeinsam bundesweit eine Lösung zu finden!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. Wir fahren fort. Das Wort hat nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege von Holtz.

Ottmar von Holtz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Dr. Birkner, ich muss einmal mit einem Märchen aufräumen. Wir haben mit der NHG-Novelle keineswegs den Grad des Diplom-Juristen abgeschafft.

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Doch!)

Die letzte NHG-Novelle hatte zentral zum Ziel, den Bologna-Prozess konsequent umzusetzen und allgemein die Diplomstudiengänge umzuwandeln sowie festzuschreiben, dass die Studiengänge künftig als Bachelor- und Masterstudiengänge mit den entsprechenden Titeln geführt werden.

Ich muss nicht alles das wiederholen, was ich hierzu schon im Plenum gesagt habe. Es ging um die Umsetzung des Bologna-Prozesses und die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Das ist das, was wir gemacht haben.

Einen Diplom-Juristen-Studiengang gab es nie. Etwas, was es nicht gegeben hat, können wir auch nicht abschaffen. Das ist das zweite Märchen, mit dem ich hier aufräumen möchte.

(Zuruf von Jörg Hillmer [CDU])

Im Ausschuss haben wir nachgefragt - dort hat auch die FDP nachgefragt -

(Zurufe von Christian Dürr [FDP])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Dürr, bitte!

Ottmar von Holtz (GRÜNE):

- welche Diplom-Studiengänge es noch gibt, um uns abzusichern, dass wir mit der NHG-Novelle

das richtig auf den Weg bringen, was wir tun wollen. Damals ist der Diplomstudiengang für Juristen nicht Teil der Diskussion gewesen. Was es nicht gibt, kann man nicht abschaffen.

(Christian Dürr [FDP]: Sie haben es einfach nicht gemerkt! Das war handwerklich schlecht! - Jörg Hillmer [CDU]: Worüber reden Sie eigentlich?)

Wenn Sie jetzt darüber diskutieren, den Diplomgrad allgemein zu ermöglichen, wie es Ihr Gesetzentwurf für Staatsexamen - nicht nur im Bereich der Rechtswissenschaften, sondern auch in anderen Bereichen - vorsieht, begeben Sie sich auf dünnes Eis. Damit wird durch die Hintertür die Debatte darüber geöffnet, ob wir Diplomabschlüsse brauchen oder nicht.

Sie sagen, es gebe Wettbewerbsnachteile - das haben uns auch Leute aus den Fachschaften erzählt -, weil in anderen Bundesländern nach wie vor Diplomstudiengänge oder Studiengänge für Diplom-Juristen akzessorisch ausgezeichnet werden können. Wir sind zu der Überzeugung gelangt: Wenn das so ist, dann geben wir den Absolventinnen und Absolventen des ersten juristischen Staatsexamens in den Rechtswissenschaften eine großzügige Übergangsregelung. Herr Dürr, ich sage voraus, dass auch die anderen Bundesländer konsequent den Bologna-Prozess umsetzen werden. Dann haben wir - spätestens 2025, so hoffe ich - die Situation, dass wir bundesweit einheitliche Regelungen treffen können und nicht, um eine akzessorische Auszeichnung zu ermöglichen, eine Lex Diplom-Juristen fahren müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ihr Gesetzentwurf erfüllt zwei Kriterien nicht. Er bedeutet eine Öffnung für weitere Studiengänge. Ich weiß nicht, was Sie dabei im Kopf hatten. Vielleicht auch für Medizin? Keine Ahnung. Er stellt keine Übergangsregelung dar, sondern eine dauerhafte Regelung. Dem können wir nicht zustimmen. Deswegen werden wir Ihren Gesetzentwurf ablehnen.

Bei dem nächsten Tagesordnungspunkt geht es unter Artikel 2/2 um eine Regelung speziell für Juristen begrenzt bis 2025, damit wir bis dahin bundesweit zu einheitlichen Regelungen kommen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Hillmer!

Jörg Hillmer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 14. Dezember 2015 haben SPD und Grüne in Niedersachsen ihre Novelle des Hochschulgesetzes beschlossen. Diese Novelle hatte ausweislich der damaligen Begründung einen einzigen wesentlichen Regelungsinhalt: Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundesverwaltungsgerichtes sollten aufgenommen und in das NHG eingearbeitet werden. Daneben haben Sie allerdings en passant den Diplomgrad für Juristen nach dem ersten Staatsexamen abgeschafft.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht! Ich habe Ihnen erklärt, dass das nicht der Fall ist!)

Nach Protesten der Jurafachschaften und auf Druck der Opposition - - -

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Natürlich haben Sie den Titel abgeschafft!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Ich lasse hier keine Dialoge zu, Herr Kollege. - Herr Kollege von Holtz, Sie können sich gleich noch einmal zu Wort melden. Aber keine Dialoge! Jetzt hat Herr Hillmer das Wort. Bitte!

Jörg Hillmer (CDU):

Herr von Holtz, wenn Sie keinen Fehler gemacht haben, müssten Sie heute nichts korrigieren.

Nach Protesten der Jurafachschaften und auf Druck der Opposition haben Sie Ihren Fehler eingestanden und eine Wiedereinführung des Diplom-Juristen-Titels zugesagt. Sie setzen jetzt unsere alte Regelung, die Sie zum 1. Januar 2016 abgeschafft haben, 1 : 1 wieder in Kraft; allerdings mit einer zeitlichen Beschränkung bis 2025. Begründung: Es soll eine gemeinsame bundesweite Regelung gefunden werden.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen einmal eine Karte mitgebracht. Herr von Holtz, können Sie das lesen?

(Ulrich Watermann [SPD]: Den Feldstecher bitte mitliefern!)

Ich werde Ihnen das erläutern. Wir haben in Deutschland 39 Fakultäten. 32 davon verleihen den Grad des Diplom-Juristen oder haben ihn verliehen; Niedersachsen eingerechnet. 5 verleihen den Titel „Magister“ und 2 Fakultäten verleihen keinen Titel. 82 % der juristischen Fakultäten verleihen also einen Titel. Es gibt eine Konsenslösung. Diese lautet Diplom-Jurist.

Sie von Rot-Grün in Niedersachsen sind aber aus dem bundesweiten Konsens ausgeschert und haben heute nicht die Größe, das zuzugeben und zu korrigieren. Sie verstecken sich dann, quasi als Feigenblatt, hinter der Forderung nach einer bundesweiten Lösung, die es de facto längst gibt.

(Beifall bei der CDU)

Die Befristung, meine Damen und Herren, ist überflüssig. Wenn es nämlich irgendwann einen anderen Titel geben sollte, müsste ohnehin das Niedersächsische Hochschulgesetz geändert werden.

Meine Damen und Herren, ich danke ausdrücklich der FDP-Fraktion für den Gesetzentwurf. Sie von SPD und Grünen waren ausdrücklich eingeladen, auf dieser Grundlage Umformulierungen vorzunehmen. Heute liegt ein Gesetzentwurf zum Niedersächsischen Hochschulgesetz zur Abstimmung vor, der genau das regelt, was Sie den Studierenden zugesagt haben.

Wir hätten das sauber in einer Beratung des Hochschulgesetzes und wahrscheinlich gemeinsam regeln können. Das wollten Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, allerdings nicht. Sie haben keine Formulierungsvorschläge zum NHG eingebracht und werden den vorliegenden Gesetzentwurf, wie Sie gerade verlautbart haben, ablehnen.

Stattdessen hängen Sie nun die hochschulrechtlichen Vorschriften an den Gesetzentwurf zur Änderung des Justizvollzugsgesetzes an. Ich habe mich gefragt, meine Damen und Herren, warum Sie das tun. Die Gesetzesänderung ist keinen Tag schneller wirksam, als wenn Sie heute dem NHG-Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zustimmen würden. Ihr Verhalten ist intransparent. Sie sind verschämt und verstecken sich. Wollten Sie den Juristen etwas auswischen oder sie vor eine besondere juristische Herausforderung stellen nach dem Motto: „Nur wer die Regelung im Paragrafenschungel findet, darf Diplom-Jurist werden!“?

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Ach, Herr Hillmer!)

Nein! Herr von Holtz, ich glaube nicht dass das der Grund ist. Es gibt einen handfesten Grund, aus dem Sie das NHG nicht in einem eigenständigen Gesetzgebungsverfahren neu anfassen wollten. Das von Ihnen 2015 geänderte NHG ist vermutlich verfassungswidrig. Es gibt eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen die von Ihnen geänderten Paragraphen.

Sie hätten sich, wenn wir das NHG ernsthaft beraten hätten, mit der Verfassungsgemäßheit Ihrer NHG-Novelle auseinandersetzen müssen. Das haben Sie sich nicht getraut.

Von Ihrer NHG-Novelle, von Ihrem hochschulpolitischen Fußabdruck in dieser Legislaturperiode, bleibt nichts übrig. Deshalb machen Sie die Rückabwicklung Ihrer NHG-Novelle durch die Hintertür im Zusammenhang mit der Änderung des Justizvollzugsgesetzes.

Frau Ministerin, Sie hatten fünf tatenlose Jahre,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Wie geht das? Eben haben Sie noch gesagt, dass sie alles falsch gemacht hat!)

ziellooses Durchwurschteln, ein Schritt vorwärts und einen zurück.

(Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Es freut mich, dass Sie aufgewacht sind.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Es kommen keine Akzente in der Hochschulpolitik. Es kommt nichts aus dem Ministerium und nichts aus den Fraktionen von SPD und Grünen. Sie haben vor fünf Jahren keinen Plan gehabt. Sie haben heute keinen Plan. Das Wissenschaftsministerium schafft sich selber ab. - Es reicht!

(Filiz Polat [GRÜNE]: Die einzigen, die hier schlafen, sind die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion!)

Die Hochschulen, die Studierenden, die Professorinnen und Professoren und alle Mitarbeiter an den Hochschulen haben mehr verdient.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Jubel bei der Opposition! - Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Wenn wieder Ruhe eingekehrt ist, können wir fortfahren. - Wir setzen nun die Bera-

tung fort. Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Prange das Wort.

Ulf Prange (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, den Gesetzentwurf hätten Sie zurücknehmen oder für erledigt erklären sollen. Dann hätten Sie sich die heutige Abstimmungsniederlage ersparen können. Ihr Gesetzentwurf ist nämlich überflüssig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bereits bei der Einbringung war klar, dass es eine zwischen den Fachschaften und Rot-Grün abgestimmte Regelung zur befristeten Wiedereinführung des „Diplom-Juristen“ gibt. Ihr Gesetzentwurf kam schlichtweg zu spät.

(Christian Dürr [FDP]: Der war vorher da!)

Schon bei der Einbringung habe ich nicht verstanden, warum Sie mit einem zusätzlichen eigenen Vorschlag ins Verfahren gehen. In der ersten Beratung haben Sie dann versucht, den Eindruck zu erwecken, dass wir im Gegensatz zu Ihnen keine gesetzliche Regelung anstreben.

(Christian Dürr [FDP]: Sie haben es erst einmal abgeschafft!)

Das waren Nebelkerzen, die Sie da gezündet haben. Dieser mehr als abenteuerlichen Argumentation war ich ja schon im Rahmen der ersten Beratung entgegengetreten.

(Christian Dürr [FDP]: Haben Sie denn der NHG-Novelle zugestimmt, Herr Prange?)

Ich will das hier nicht noch einmal wiederholen; denn Sie scheinen daran ja auch nicht mehr festzuhalten. Nur so viel: Eine Wiedereinführung ohne gesetzliche Regelung ist gar nicht möglich. Das ist doch offenkundig.

(Christian Dürr [FDP]: Deswegen bringen wir ja ein Gesetz ein!)

Wenn Sie sich ein bisschen mit dem Thema beschäftigt hätten, hätte sich das aufdrängen müssen.

Um einer Legendenbildung vorzugreifen, woran eben auch Herr Hillmer mitgestrickt hat, möchte ich hier noch einmal betonen, dass im Zusammenhang mit der Beratung der NHG-Novelle 2015, mit der die hier streitige Regelung in § 8 NHG abgeschafft wurde, von keiner Seite die Abschaffung

des „Diplom-Juristen“ angesprochen wurde - weder im Rahmen der Anhörung noch im Rahmen der politischen Beratung im Ausschuss noch im Landtag.

(Jörg Hillmer [CDU]: Wer hat dem zugestimmt?)

Rot-Grün hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die befristete Wiedereinführung des „Diplom-Juristen“ vorsieht. Die Regelung werden wir gleich im Anschluss - als Annex - gemeinsam mit dem Justizvollzugsgesetz beschließen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Prange, lassen Sie eine Frage des Kollegen Dürr zu?

Ulf Prange (SPD):

Ich wollte im Zusammenhang ausführen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Dann fahren Sie bitte fort!

Ulf Prange (SPD):

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich dem GBD für den Änderungsvorschlag zu unserem Gesetzentwurf danken, den wir gerne übernommen haben. Die Formulierung des GBD ist aus rechtssystematischen Gründen besser, sie macht die Regelung besser. Bisher gab es eine Analogie. Durch die Klarstellung des GBD ist dies künftig obsolet.

Jetzt zur FDP: Herr Kollege Dürr, Ihr Gesetzentwurf ist handwerklich schlecht gemacht.

(Christian Dürr [FDP]: Herr Prange, wie haben Sie denn bei der NHG-Novelle abgestimmt?)

Sie nehmen Bezug auf nicht mehr vorhandene Vorschriften. Von daher ist dieser Gesetzentwurf untauglich. Die von Ihnen vorgelegte Form funktioniert nicht, sie ist nicht umsetzbar.

Warum führen wir den „Diplom-Juristen“ wieder ein?

(Christian Dürr [FDP]: Weil Sie ihn vorher abgeschafft haben!)

- Nein, weil wir eine Benachteiligung unserer Studierenden auf dem Arbeitsmarkt und eine Benachteiligung unserer juristischen Fakultäten im Wettstreit um „gute Köpfe“ nicht wollen. Der Wunsch

der Studierenden, neben dem Staatsexamen einen weiteren Abschluss zu erhalten bzw. einen akademischen Grad führen zu dürfen, ist in den Gesprächen deutlich geworden. Die mit der Abschaffung verbundenen Sorgen nehmen wir ernst. Das hat nichts mit taktischen Spielchen zu tun. Wir haben uns das angehört und regeln das.

(Jörg Hillmer [CDU]: Warum machen Sie das im Justizvollzugsgesetz?)

Jetzt sage ich Ihnen, was natürlich auch zu berücksichtigen ist: Der „Diplom-Jurist“ ist in Zeiten von Bologna - das können Sie nicht wegdiskutieren - ein Anachronismus. Den Bologna-Prozess werden wir nicht aufhalten, sondern wir werden ihn weiter umsetzen. Dazu gehört es auch, eine Bologna-konforme Bezeichnung für Juristen zu finden - die wir noch nicht haben. Auf die fragwürdige Herkunft der Bezeichnung - der Abschluss „Diplom-Jurist“ galt nämlich auch für Juristen in der DDR - möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich hinweisen.

Aus rechtlicher Sicht besteht kein Anspruch auf die Verleihung des „Diplom-Juristen“. Dies ist seitens der Landesregierung in der Unterrichtung noch einmal deutlich gemacht worden. Dazu gibt es im Übrigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes, die eine Grundrechtsverletzung ausdrücklich verneint. Danach erschwert das Unterbleiben einer Graduierung weder die Wahl noch die Ausübung des Berufs. Entscheidend bei der Einstellung als Jurist sei das Zeugnis über die juristische Staatsprüfung, aus dem sich auch die erzielten Noten ergeben würden.

Schließlich ist eine Vereinheitlichung von juristischen Abschlüssen sinnvoll - darum geht es uns an dieser Stelle -, um die Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu ermöglichen bzw. zu verbessern. Das haben wir auch schon im Ausschuss etwas länger thematisiert. Das hilft nämlich Arbeitgebern und Absolventen gleichermaßen.

Zurzeit gibt es bei den Abschlüssen einen Flickenteppich. Herr Hillmer, das, was Sie hier eben vorgebracht haben, ist ja nur ein Ausschnitt.

(Jörg Hillmer [CDU]: Nein, das war ganz Deutschland!)

- Ja, ganz Deutschland! Aber das ist nur ein Ausschnitt der unterschiedlichen juristischen Abschlüsse. Sie haben den „Magister-Juristen“ und den „Diplom-Juristen“ genannt; es gibt aber auch noch den Wirtschaftsjuristen und den LL.M. Es gibt also einen Flickenteppich. Das ist sowohl für Ab-

solventen als auch für Arbeitgeber irreführend. Eine Harmonisierung ist überfällig. Diese Harmonisierung wollen wir. Darauf wollen wir hinwirken. Wir wollen einen einheitlichen Hochschulgrad bzw. eine einheitliche Bezeichnung finden, die neben dem juristischen Staatsexamen verliehen werden kann,

(Jörg Hillmer [CDU]: 82 % haben den „Diplom-Juristen“!)

damit die Absolventen etwas in der Hand haben, womit sie sich auch außerhalb der klassischen juristischen Berufe vorstellen können. Das könnte z. B. ein Masterabschluss oder etwas Ähnliches sein.

Nun noch einmal kurz zur Frage der Befristung: Eine jetzt schon nicht mehr zeitgemäße Regelung dauerhaft aufzunehmen, hat wenig Sinn. Deshalb wollen wir die Regelung befristen. Wir halten es für realistisch, innerhalb eines Übergangszeitraums von acht Jahren eine Vereinheitlichung der Abschlüsse auf Bundesebene zu erreichen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das ist doch einheitlich!)

Wenn dies nicht gelingt, muss geprüft werden, ob der Grad „Diplom-Jurist“ weiterhin benötigt wird. Dazu sollte eine erneute parlamentarische Entscheidung erfolgen; das sollte nicht automatisch durch eine unbefristete Regelung geschehen. Befristungen verstärken den Handlungsdruck - auch deshalb ist eine Befristung sinnvoll.

Letztlich gehört die Befristung aber auch zu dem Verhandlungsergebnis, das Rot-Grün mit den Fachschaften erzielt hat. Dies setzen wir 1 : 1 um. Das werden wir gleich im Anschluss mit dem nächsten Tagesordnungspunkt tun. Ihren Gesetzentwurf lehnen wir ab.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Prange. - Für die Landesregierung hat nun Frau Wissenschaftsministerin Dr. Heinen-Kljajić das Wort. Bitte!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Prange hat, finde ich, die Sachlage

gerade sehr ausführlich und zutreffend beschrieben.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich will nicht alle meine Argumente aus der ersten Beratung noch einmal aufführen, aber noch einmal festhalten, dass ich, offen gestanden, nach wie vor keinen objektiven Bedarf für die weitere Verleihung eines Diplomgrades für Absolventen des ersten juristischen Staatsexamens sehe. Dass keine Wettbewerbsnachteile entstehen, wenn dieser Grad nicht verliehen wird, ist sowohl vom Niedersächsischen OVG als auch vom Bundesverwaltungsgericht schon entschieden worden.

(Jörg Hillmer [CDU]: Warum machen Sie es dann?)

Das einzige Argument, das an dieser Stelle tatsächlich zieht - das war seinerzeit auch Gegenstand der Gespräche mit den Fachschaften -, ist, dass eine bundesweit einheitliche Regelung bezüglich der Hochschulgrade für Juristen immer noch aussteht. Deshalb ist die Lösung, die wir jetzt gefunden haben - eine Übergangsregelung -, finde ich, richtig. Genau diese Lösung haben wir auch mit den Fachschaften verabredet.

In der KMK wird die Frage der Vereinheitlichung der Juristenausbildung ohnehin auf der Tagesordnung stehen. Selbstverständlich werden wir als Vertreter Niedersachsens das Thema der einheitlichen Hochschulgrade auf dem Schirm haben und mit in die Debatte einbringen. Dass in diesem Fall Absolventen eines Studiengangs, der nicht einmal ein Diplomstudiengang ist, ein Diplomgrad verliehen wird, ist historisch bedingt - auch darauf hat Herr Prange schon hingewiesen. Aber das sollte nicht für alle Zukunft Entscheidungsgrundlage in dieser Frage sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung schließen kann.

Ich komme zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/7673 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! -

Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 4:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/7414 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 17/8228 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/8271

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Kollegen Scholing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte, Herr Kollege!

Heinrich Scholing (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf verfolgt die rot-grüne Landesregierung das Ziel, die Bedingungen für Resozialisierung und Wiedereingliederung von Straffälligen zu verbessern.

Durch die hervorragende Arbeit des Justizministeriums und des GBD ist es gelungen, diesen Gesetzentwurf sehr zügig hier in der zweiten Beratung zu behandeln. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Hauptanliegen und Hauptzielrichtungen des Entwurfs sind deutlich zu erkennen: soziale Bindungen während einer Inhaftierung bewahren und fördern. Meine Damen und Herren, die Einbindung in familiäre, berufliche und gesellschaftliche Strukturen kann einem erneuten Abgleiten in die Kriminalität entgegenwirken.

(Zustimmung von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Die Ausweitung von Besuchszeiten, Räumlichkeiten, in denen Gefangene mehrstündig mit ihren Besucherinnen und Besuchern ohne Aufsicht zusammen sein können, Maßnahmen, die dem Erhalt der Eltern-Kind-Beziehung dienen, beziehen sich auf diese Zielrichtung.

Resozialisierung wird bestmöglich gefördert. Beispielsweise sollen psychotherapeutische Maßnahmen oder soziales Training auch während der Arbeitszeit in größerem Umfang ermöglicht werden. Auch eine Anpassung der Arbeitsvergütung sowie die Gewährung einer Ausbildungsbeihilfe in der U-Haft sieht der Gesetzentwurf vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Intensivierung der Entlassungsvorbereitung, Lockerungen, Bildungsangebote, offener Vollzug sowie die Vermittlung von Wohnung und Arbeit und der Aufbau tragfähiger sozialer Beziehungen sorgen für langfristige Perspektiven. Denn ohne Perspektive kann es keine Resozialisierung geben. Deshalb werden wir das Übergangsmanagement dahin gehend verbessern.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ein Punkt in diesem Zusammenhang ist ein verpflichtender Informationsfluss von den Vollzugseinrichtungen zu den Führungs-, Aufsichts- und Bewährungshilfen. Ich nenne den Kolleginnen und Kollegen des Unterausschusses dazu ein kleines Stichwort: Schweiz. Unsere Reise in die Schweiz hat uns hierfür sehr wertvolle Hinweise gegeben.

(Zustimmung bei der SPD)

Daran werden sich sicherlich auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP mit großer Freude erinnern.

So soll sichergestellt werden, dass die erforderlichen Informationen rechtzeitig vor der möglichen Haftentlassung vorliegen. Wir verankern im Gesetz eine intensive Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Stellen im Rahmen des Übergangsmanagements.

Ein weiterer Punkt ist die opferorientierte Vollzugsgestaltung. In der Vollzugsgestaltung werden insbesondere die Interessen der Opfer von Straftaten stärker in den Blick genommen. Die Anliegen der Opfer werden künftig überall dort einbezogen, wo Maßnahmen der Vollzugsbehörden ihre Belange berühren. Die durch eine Straftat Verletzten erhalten einen unmittelbaren Auskunftsanspruch gegenüber der Vollzugsbehörde hinsichtlich des Haftverlaufs der Täter sowie von Lockerungsmaßnahmen.

Die Wiederherstellung des Rechtsfriedens gewinnt ebenfalls an Bedeutung. Wir formulieren das Hinwirken auf einen Ausgleich materieller und immaterieller Folgen einer Straftat sowie auf die Stärkung

positiver sozialer Bindungen als gesetzliche Aufträge.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich stelle fest, dass viele wichtige Forderungen, die dieses Haus in dem einstimmig angenommenen Entschließungsantrag „Wirksame Resozialisierung von Inhaftierten ermöglichen!“ beschlossen hat, umgesetzt wurden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei allen zu bedanken, die im Vollzug tätig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und ich möchte mich bei all denen bedanken, die im Anschluss an den Vollzug daran arbeiten, dass Resozialisierung gelingt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Scholing. - Für die FDP-Fraktion folgt nun Herr Kollege Dr. Genthe. Bitte!

Dr. Marco Genthe (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion begrüßt grundsätzlich eine Modernisierung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes. Die Zielrichtung, die Rechte von Opfern von Straftaten zu stärken, findet selbstverständlich auch unsere Unterstützung. Alle strafrechtlichen Verfahren sind nach wie vor sehr auf den Täter fokussiert, und das Opfer solcher Taten gerät allzu oft aus dem Blick. Das Gesetz hätte an dieser Stelle vielleicht durchaus einen stärkeren Schwerpunkt setzen können, meine Damen und Herren.

Das Gesetz enthält weitere sinnvolle Änderungen wie die Anhebung der Besuchszeit und die Angleichung von Vergütungen. Aber die Erweiterung der Mindestbesuchszeit und die Angleichung der Arbeitsentgelte kosten natürlich Geld. Nach Auskunft des Justizministeriums geht es um 1 Million Euro. Es bleibt das Geheimnis der Justizministerin, woher dieses Geld kommen soll. In der allgemeinen Begründung zu dem Gesetzentwurf findet sich wiederholt die Formulierung, es werde davon ausgegangen, dass die Mittel und das Personal ausreichen. Formulierungen wie „es ist davon auszugehen“ oder „gleichwohl kann davon ausgegangen werden“ oder „dürfte dafür auskömmlich sein“ sind

aber kein Ausdruck seriöser Haushaltplanung. Hier wird eine seriöse Kostenanalyse durch Kaffeesatzleserei ersetzt.

(Beifall bei der FDP)

Diese unseriöse Finanzierung droht, das berechtigete Anliegen zu entwerten. Die gesamte Finanzierung soll komplett aus dem Einzelplan 11 kommen. Die Justizministerin ist erneut daran gescheitert, frisches Geld für den auch gesellschaftlich so wichtigen Justizhaushalt zu sichern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Hinzu kommt, dass die Personaldecke bei den Justizvollzugsbeamten bereits sehr dünn ist. Nicht einmal für eine Anpassung der Vollzugszulage an die Polizeizulage hat es in diesem Justizhaushalt gereicht. Allein die in Niedersachsen ausgeweitete Regelung über die Ausführung von Sicherungsverwahrten bindet unglaublich viel Personal. Hinzu kommen wirklich ernst zu nehmende Nachwuchssorgen.

Wie die Justizbeamten nun diese Mehrbelastung abarbeiten sollen, bleibt ebenfalls das Geheimnis dieser Ministerin. Herr Scholing, an dieser Stelle reicht es nicht, sich bei den Beamten zu bedanken, sondern da werden konkrete praktische Hilfen erwartet.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir zahlreiche Änderungen begrüßen, befürchte ich jedoch, dass die Vorhaben aufgrund der fehlenden Finanzierung zum größten Teil scheitern. Die Justizministerin benutzt dieses Gesetz lediglich als Feigenblatt für ihre Untätigkeit hinsichtlich der praktischen Probleme im Vollzug. Das werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Dr. Genthe, darf ich Sie bitten, kurz zu bleiben? Herr Limburg bittet darum, eine Frage stellen zu dürfen.

(Dr. Marco Genthe [FDP]: Nein, der spricht bestimmt gleich noch! - Gegenruf von Helge Limburg [GRÜNE]: Wieso sollte ich gleich noch reden? Das merke ich mir!)

- Alles klar. Dann fahren wir jetzt fort. Für die SPD-Fraktion hat nun das Wort Herr Kollege Brunotte.

Marco Brunotte (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niedersachsen bekommt ein modernes Vollzugsgesetz. Schon der Entwurf und die Diskussion im Fachausschuss haben gezeigt, dass sich die Landesregierung viele Gedanken darüber gemacht hat, was sie dem Landtag vorlegt. Auch die Anhörung, die wir im Ausschuss durchgeführt haben, hat mehr als deutlich gemacht, dass hier ein guter Entwurf auf den Tisch gekommen ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Vollzug in Niedersachsen lebt von Verlässlichkeit und Kontinuität. Diese Landesregierung hat mehr als deutlich gemacht, dass sie mit diesem Gesetzentwurf genau das weiterhin lebt, die guten Leistungen, die in diesem Bereich vollbracht werden, anerkennt und schaut, an welchen Stellen sich der Vollzug noch ein Stückchen besser macht lässt. Das zieht sich durch mehrere Schwerpunkte, die die Gesetzgebung mitbestimmen.

Der erste Bereich, in dem wir nachsteuern, ist der Bereich Opferschutz. Das Gesetz schafft die Voraussetzungen dafür, dass im Rahmen der Vollzugsgestaltung die Wiedergutmachung zum Thema gemacht wird und dass ein Auskunftsanspruch für Opfer von Straftaten entsteht, wenn es um das Thema Lockerungen und um die Entlassung von Tätern geht. Wir glauben, dass das ein wichtiger Beitrag für einen nachhaltigen Opferschutz ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der zweite Bereich ist die Beseitigung einer Gerechtigkeitslücke. Es geht um die Angleichung der Vergütung in der Untersuchungshaft. Für viele mag es nur ein kleiner Schritt sein, aber für die Inhaftierten in der U-Haft ist das eine Frage der Gerechtigkeit. Ich glaube, dass diese Angleichung mehr als gerechtfertigt ist.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Kollege Scholing hat auf die Informationsreise unseres Ausschusses in die Schweiz hingewiesen. Wir haben aus der Schweiz - genauso wie aus Norwegen und Schweden, wo wir in der vorangegangenen Legislaturperiode waren -, Antworten auf die Frage mitgenommen, wie sich das Verhältnis von Arbeit und Therapie neu tarieren lässt.

Die Arbeitspflicht ist sicherlich ein wichtiger Baustein des Vollzugs, auch im Blick auf die Resoziali-

sierung. Sie darf aber nicht einer Therapie entgegenstehen. Wir beenden mit diesem Gesetz den Vorrang der Arbeitspflicht vor der Therapie, wir beenden die Konkurrenz, dass sich ein Inhaftierter entscheiden muss, ob er arbeitet und Geld verdient oder ob er sich in Therapie begibt. Jetzt wird die Annahme einer Therapie mit vergütet. Das ist wichtig, um die Therapie durchsetzungsfähig zu machen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Resozialisierung gelingt vor allem dann, wenn es für den Inhaftierten einen sozialen Empfangsraum gibt, wenn es Menschen gibt, die nach seiner Entlassung auf ihn warten und die ihm die Perspektive geben, dass es sich lohnt, in der Zeit der Haft an sich zu arbeiten, um die Ursachen der Straffälligkeit zu beseitigen, und dass es sich lohnt, darauf hinzuarbeiten, nach der Haft ein Leben in Straffreiheit zu führen. Deswegen stärken wir die Möglichkeiten, ein stabiles soziales Umfeld zu schaffen und soziale Bindungen aufrechtzuerhalten.

Wir weiten den gesetzlichen Anspruch auf Besuchszeiten deutlich aus: von mindestens einer Stunde auf mindestens vier Stunden im Erwachsenenvollzug und von bisher vier Stunden auf sechs Stunden im Jugendvollzug. Diese Mindeststandards werden in den Anstalten zwar jetzt schon, je nach den vorhandenen Möglichkeiten, zum Teil überschritten, aber wir setzen hier einen rechtlichen Rahmen, der den Inhaftierten die Sicherheit gibt, dass ihnen mindestens diese Zeiten zustehen.

Ferner stärken wir die Möglichkeiten für Langzeitbesuche. Solche Besuche sind wichtig, um mit der Familie in Kontakt zu treten, um Kinder zu treffen und um etwas mehr Zeit zu haben, als es bislang vielleicht der Fall war.

Wir schaffen die Möglichkeit, familiäre Strukturen aufrechtzuerhalten und zu leben. An dieser Stelle möchte ich vor allem die Kinderfreundlichkeit dieser Besuchsregelung hervorheben und die Möglichkeit, sich in für die Familien belastenden Situationen - häufig leiden die Kinder unter der Situation - in einem geschützten Raum zu treffen und auszutauschen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

All das zusammen trägt nachhaltig zur Sicherheit bei. Inhaftierte werden in der Zeit des Vollzugs wirksam resozialisiert.

Wir haben mit dem Doppelhaushalt die Grundlage für erste Maßnahmen gelegt. Ich bin sicher, dass diese Landesregierung genau weiß, dass sich ein veränderter Anspruch an Qualität im Personal- und Mitteleinsatz niederschlagen und dass das genau nachvollzogen wird. - Und es waren nicht wir, sondern die Kollegen der CDU, die 2016 mehr als 10 Millionen Euro aus dem Justizhaushalt kürzen wollten!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt: Wir hätten uns für dieses Gesetz einen einstimmigen Beschluss gewünscht. Wir haben gerade erlebt, welche Klimmzüge der Kollege Genthe machen musste, um zu begründen, warum er nicht zustimmen kann. Gleiches haben wir in der abschließenden Beratung im Ausschuss seitens der CDU erlebt: Sie kann angeblich deshalb nicht zustimmen, weil der Wunsch der LAG der Freien Wohlfahrtspflege, die Anlaufstellen im Gesetz zu berücksichtigen, nicht umgesetzt worden sei - was aber überhaupt nicht stimmt! Man müsste das Gesetz nur einmal vollständig lesen. Die Anlaufstellen sind im Gesetz aufgeführt.

Die Beratungen, die wir in dieser Legislaturperiode geführt und die in einen einstimmigen Beschluss zu unserem Entschließungsantrag zur Resozialisierung gemündet haben, haben mehr als deutlich gemacht, dass hier im Haus ein breiter Konsens herrscht. Die Anlaufstellen sind ein verlässlicher und wichtiger Partner für den Vollzug in Niedersachsen und eine wichtige Schnittstelle bei der Entlassungsvorbereitung.

Ferner haben wir mit unserem gemeinsamen Entschließungsantrag deutlich gemacht, dass wir für eine verlässliche Finanzierung dieser Anlaufstellen jenseits einer Projektfinanzierung stehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

All das ist in diesem Gesetz mit geregelt. Die Anlaufstellen sind berücksichtigt.

Zum Stichwort „Huckepack“ - der Kollege Prange hat darauf hingewiesen -: Wir haben das Gesetz genutzt, um den Abschluss „Diplom-Jurist“ wieder zu ermöglichen. Alles, was inhaltlich dazu zu sagen ist, hat der Kollege Prange gerade gesagt.

Also, wir hätten uns wirklich einen einstimmigen Beschluss, eine breite Unterstützung durch dieses Parlament für dieses Gesetzgebungsvorhaben gewünscht. Aber der CDU und der FDP sei gesagt:

Sie lieben anscheinend das Dagegensein, Sie lieben die Opposition - wir aber möchten gestalten. Den Wunsch, dass Sie in der Opposition weiterhin dagegen sein können, werden wir Ihnen auch in den nächsten Jahren erfüllen.

Ich will mich ganz herzlich bedanken: beim Ministerium für einen wirklich guten Gesetzentwurf und beim GBD für die gute Zusammenarbeit. Wir haben gezeigt, dass es möglich ist, dass ein Gesetzentwurf innerhalb kürzester Zeit in erster und zweiter Beratung durchs Parlament gehen kann. Das ist angesichts der Kritik daran, dass wir zu lange für die Gesetzgebung brauchen, ein gutes Signal: Dieses Parlament nimmt sich sehr wohl die Zeit für inhaltliche Beratungen, kann aber auch zügig beraten, und am Ende kommt ein gutes Gesetz heraus. Vielen Dank dafür. Ich finde, dass es sich wirklich sehen lassen kann.

Dem herzlichen Dank, den der Kollege Scholing gegenüber den Bediensteten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgesprochen hat, die in den Anlaufstellen und an anderen Stellen dafür Sorge tragen, dass Niedersachsen täglich ein Stück sicherer wird und wir gleichzeitig den Anspruch auf Resozialisierung umsetzen können, schließe ich mich sehr gerne an.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Brunotte. - Für die CDU-Fraktion hat nun das Wort Herr Kollege Deppmeyer. - Ich darf um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal bitten.

Otto Deppmeyer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Diese Vorlage zur Änderung des Justizvollzugsgesetzes macht nicht nur deutlich, dass hier Vorgaben des Bundes und aus Brüssel zu erfüllen sind - was dann auch geschieht -, sondern sie macht vor allem deutlich, dass die Ministerin keinen Ansatz hat, die berechtigten Anforderungen der Mitarbeiter und der Opfer umzusetzen. Darum wiederhole ich meine Feststellung: Der Justizvollzug ist das Stiefkind im Geschäftsbereich des Justizministeriums. Dies wurde im Entwurf zur Änderung des Justizvollzugsgesetzes und in den Beratungen wieder ganz deutlich.

(Zustimmung bei der CDU)

Und dass Sie bei diesem Gesetz jetzt auch ganz fix eine Lösung für das Problem mit dem Abschluss „Diplom-Jurist“ hinten anhängen, macht die Flickschusterei deutlich. Das Problem mit dem Abschluss „Diplom-Jurist“ hätten Sie ordnungsgemäß in dem Gesetzentwurf lösen können, der unter dem vorherigen Tagesordnungspunkt behandelt worden ist.

Meine Damen, meine Herren, bei der Einbringung kündigte die Justizministerin groß an, es sei das Ziel des Gesetzentwurfs, den Opferschutz zu verbessern. Tatsächlich aber werden nur einige Vorgaben des Bundes- und des Europarechts zum Opferschutz umgesetzt. Dazu gehören erweiterte Auskunftsrechte der Opfer. Eigene Schwerpunkte oder Ideen der Ministerin zur Verbesserung des Opferschutzes sind jedoch kaum erkennbar.

Allerdings wurde man auch als Sprachpolizei aktiv. Das Gesetz soll auf den Begriff „Opfer“ verzichten, weil dieser negativ besetzt sei. Dafür wird das Schlagwort der „restaurativen Justiz“ als Ziel bemüht. Dieses Ziel einer wiederherstellenden Justiz wird aber nicht erreicht. - Meine Damen, meine Herren, das sind sprachliche Moden, die an der Sache vorbeiführen, die niemandem nutzen und die nichts weiterbringen.

(Zustimmung bei der CDU)

In der Sache ändert sich dadurch nichts. Einen gesetzlichen Anspruch der Opfer auf Maßnahmen in der Justizvollzugsanstalt zur Übernahme von Verantwortung durch den Täter hat man hingegen nicht einführen wollen.

Meine Damen, meine Herren, grundsätzlich positiv ist es, die Besuchszeiten für die Insassen auszuweiten. Dies darf jedoch nicht zulasten der Justizvollzugsanstalten und ihrer Mitarbeiter geschehen. Selbstverständlich braucht es zusätzliches Personal, wenn der Anspruch auf Besuchszeiten mal eben vervierfacht wird. Zusätzliches Personal wird das Justizministerium jedoch nicht zur Verfügung stellen.

Ich fand es interessant, wie der Kollege der SPD eben um dieses Problem herumgeredet hat, ohne einen Vorschlag zur Lösung zu unterbreiten.

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Verbesserungen im Justizvollzug sollen sich aus sich selbst heraus finanzieren. Das macht deutlich, dass Ihr Kontakt zu den Personalvertretungen anscheinend wenig intensiv ist und vielleicht über-

haupt nicht vorhanden ist. Jedenfalls hören Sie ganz sicher nicht zu, wenn sie ihre Probleme schildern. Ihre Forderungen und Wünsche finden bei Ihnen keine Berücksichtigung.

Die Verbesserungen für die verurteilten Täter in den Justizvollzugsanstalten sollen von den Mitarbeitern selbst ohne weitere Mittel ermöglicht werden. Dies zeigt, dass die Justizvollzugsanstalten weiterhin die Stiefkinder im Ministerium sind. Gleichzeitig bin ich mir sicher, dass man sich dieser Ausdehnung der Besuchszeiten in der Bilanz der Regierungszeit in Kürze rühmen wird.

Meine Damen, meine Herren, völlig falsch ist es, die Möglichkeiten von Kontaktsperren als disziplinarische Maßnahmen für die Justizvollzugsanstalten zu streichen. Es zeugt von Misstrauen gegenüber den Beschäftigten des Justizvollzugs, dass die Ministerin und die Fraktionen von SPD und Grünen anscheinend der Meinung sind, dass die Bediensteten des Justizvollzugs nicht verantwortlich mit diesen Disziplinarmaßnahmen umgehen können.

Beim Übergangsmanagement sehen wir leichte Verbesserungen. Wir müssen aber stärkere Ansätze zur Resozialisierung finden. Die hier tätigen Verbände sind deutlich unterfinanziert - das ändert sich auch nicht mit diesem Gesetz - und können ihre Arbeit nur noch eingeschränkt leisten.

Der rot-grüne Koalitionsvertrag von Anfang 2013 kündigte ein Resozialisierungsgesetz an. Ein solches Gesetz zum besseren Übergang zwischen Haft und Freiheit und zur Reintegration hätten wir sehr wohlwollend begleitet. Die nun getroffenen Regelungen reichen jedoch nicht aus. Wegen dieses Mangels wird der Drehtüreffekt verstärkt. Es kommen immer mehr Häftlinge wieder zurück in die Anstalten, als das notwendig wäre.

Damit möchte ich zu den zahllosen aktuellen Problemen kommen, zu Problemen, mit denen sich dieser Gesetzentwurf überhaupt nicht beschäftigt:

So bedauern wir es ausdrücklich, dass die Arbeit der Straffälligenhilfe nicht gesetzlich im Justizvollzugsgesetz oder in einem Resozialisierungsgesetz verankert wird.

Es fehlen auch Antworten auf die Fragen, was mit drogenabhängigen Insassen passieren soll. Eine Verbesserung der Maßnahmen gegen die Drogenabhängigkeit wäre ein wirksamer Schritt zur Resozialisierung. Hierzu finden wir im Gesetz nichts. Die Drogenabhängigkeit ist allein von der Zahl der Drogenabhängigen her beträchtlich und eines der

größten Probleme im Justizvollzug. Für die Betroffenen ist es das allergrößte Problem.

Ein weiteres Problem ist der erhebliche Anteil von ausländischen Straftätern im Justizvollzug. Die Justizvollzugsbediensteten beklagen zunehmende Aggression insbesondere von nordafrikanischen Häftlingen.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Haben Sie dafür eine Statistik? - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte, Herr Kollege Deppmeyer! Es ist inzwischen eine so große Unruhe im Plenarsaal, dass es schwierig ist, Ihnen zu folgen. Ich werde die Beratung erst fortsetzen lassen, wenn im Plenarsaal Ruhe eingekehrt ist. Ihre Redezeit wird gestoppt, Herr Kollege. - Jetzt können wir fortfahren. Bitte!

Otto Deppmeyer (CDU):

Es ist ein völlig falsches Signal, hier noch disziplinarische Maßnahmen zu streichen. Stattdessen wird dieses Problem ignoriert. Auch dieser Problemschwerpunkt steigt von Jahr zu Jahr, ohne dass gegengesteuert wird.

Meine Damen, meine Herren, dieser Gesetzentwurf erschöpft sich in grüner Parteitagprosa

(Zuruf von den GRÜNEN: Ach Gott!)

und der Umsetzung von Vorgaben aus Brüssel und aus Berlin. Das ist als letztes Projekt der rot-grünen Landesregierung im Justizressort deutlich zu wenig und zeigt den geringen Anspruch an das eigene Handeln. Deswegen lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Deppmeyer. - Auf Ihren Beitrag gibt es eine Kurzintervention des Kollegen Brunotte, SPD-Fraktion. Bitte, Herr Kollege!

(Zuruf von den GRÜNEN)

Marco Brunotte (SPD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Deppmeyer, dann erklären Sie uns doch mal, wo alle diese tollen Ideen, die Sie uns gerade vorgetragen haben, in Ihrem Änderungsantrag zum Gesetzentwurf

der Landesregierung geblieben sind. Ich habe bisher nicht gesehen, dass Sie den inhaltlichen Anspruch, den Sie hier gerade vorgetragen haben, irgendwie einmal zu Papier gekriegt hätten.

(Beifall der SPD und bei den GRÜNEN)

Und während der Gesetzesberatungen haben Sie durch Abwesenheit gegläntzt!

Kein Vorschlag von Ihnen, keine Kritik an den Fragestellungen zum Gesetz, und dann hier so eine Rede zu halten - ich hätte mir gewünscht, Sie hätten etwas auf den Tisch gelegt. Damit hätte man sich ja auseinandersetzen können.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Meckern ist halt leichter!)

Dann zu der Frage, wer hier welche Verantwortung für den Justizvollzug in den letzten Jahren getragen hat: Wenn Sie auch nur eine Seite des umfangreichen Berichts des Landesrechnungshofs zur JVA Bremervörde gelesen hätten und zu dem, was Sie dort zu Ihrer Politik in Niedersachsen, als Sie Verantwortung getragen haben, ins Stammbuch geschrieben bekommen haben, dann würden Sie nicht mit dem Finger auf andere zeigen, sondern in Demut hier ans Rednerpult gehen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Kollege Deppmeyer antwortet Ihnen. Bitte, Herr Kollege!

Otto Deppmeyer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Herr Brunotte, mit Ihrem Hinweis auf Bremervörde haben Sie deutlich gemacht, worum es Ihnen geht: nicht um die Sache!

(Wiard Siebels [SPD]: Was? Natürlich geht es um die Sache!)

Es geht lediglich um Ihre Ideologie. In Bremervörde gibt es nicht mehr und nicht weniger Probleme als in allen anderen Gefängnissen in Niedersachsen auch.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bremervörde ist beispielhaft für seine Arbeit. Ihr Genöle daran ist nur das Ergebnis dessen, dass Sie es nicht ertragen können, dass dies dort ge-

lingt. Das ist Ihr Problem. Deshalb hacken Sie darauf herum.

(Marco Brunotte [SPD]: Lesen Sie einmal den Bericht des Landesrechnungshofs! - Zuruf von der SPD: Werden Sie mal konkret!)

Das gilt genauso für die anderen Vorwürfe, die Sie hier gemacht haben. Auch die haben mit der Realität in diesem Ausschuss und in unserem Land nichts zu tun. Wenn wir Vorschläge machen, bügeln Sie sie ab. Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie jemals auf irgendeinen Vorschlag konstruktiv eingegangen wären.

(Marco Brunotte [SPD]: Ihr habt ja keinen!)

Wenn wir hier in aller Deutlichkeit unsere Vorschläge einbringen, dann bügeln Sie das ab, nehmen es nicht zur Kenntnis. Sie nölen hier rum, dass Sie von Ihrer Regierung nicht genug Geld bekommen, und sagen, das müssen wir dann erreichen und erarbeiten, das werde sich dann ergeben. - Nichts wird sich ergeben! Es wird nicht ausreichend sein. Was Sie hier machen, ist Flickschusterei und hilft niemandem, der in diesem Bereich tätig ist.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Dr. Marco Genthe [FDP] - Widerspruch bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Deppmeyer. - Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Sie darauf hinzuweisen, dass „nölen“ oder „Genöle“ nicht der Sprachgebrauch ist, den wir hier pflegen wollen.

Wir fahren in der Rednerliste fort, wenn Ruhe eingekehrt ist. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch einmal Herr Kollege Limburg das Wort. Herr Kollege Limburg, Sie haben noch knapp eine Minute Redezeit.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Genthe hat mich ausdrücklich darum gebeten. Deshalb will ich dem gern nachkommen und auch noch einmal das Wort ergreifen.

Zunächst zu Ihnen, Herr Deppmeyer: Soweit Sie das Fehlen der ausreichenden Unterstützung der Straffälligenhilfe kritisieren, empfehle ich Ihnen, § 181 Abs. 1 Satz 1 NJVollzG zu lesen. Da finden

Sie die Stellen zur Straffälligenhilfe ausdrücklich erwähnt. Ihre einzige inhaltliche Kritik hat also keine Grundlage.

Nun zu Ihnen, Herr Dr. Genthe: Soweit Sie die Regelungen zu Ausführung von Sicherungsverwahrten kritisieren, muss man doch einmal mit einer Mär aufräumen. Diese Regelungen stammen aus dem Jahr 2012 und sind mit schwarz-gelber Regierungsmehrheit beschlossen worden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Was die FDP im Jahr 2012 gut fand, kritisiert sie in Schärfe im Jahr 2017.

Verlässliche Politik ist das nicht, Herr Kollege Dr. Genthe. Verlässliche Politik machen SPD und Grüne hier in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Limburg. - Auf Ihren Beitrag gibt es nun eine Kurzintervention des Kollegen Dr. Genthe. Bitte!

Dr. Marco Genthe (FDP):

Herr Kollege Limburg, hätten Sie mal auf meinen Rat gehört und sich nicht zu Wort gemeldet. Denn wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie bemerkt, dass ich gesagt habe, dass ich zu den Regelungen zur Ausführung von Sicherungsverwahrten gesagt habe, dass die Personalausstattung nicht ausreicht.

Ich habe nicht die Regelungen an sich kritisiert; das ist schon alles in Ordnung. Allerdings ist jetzt die Personaldecke viel zu dünn geworden, und dafür sind Sie verantwortlich. Sie haben nichts, aber auch rein gar nichts getan, um an dieser Tatsache irgendetwas zu ändern. Sie haben weder für den notwendigen Nachwuchs noch für eine anständige Bezahlung der Bediensteten dort gesorgt.

Darum drücken Sie sich die ganze Zeit herum. Stellen Sie sich den Problemen, die wir wirklich haben! Sprechen Sie einmal mit den Justizvollzugsbeamten! Dann werden Sie einiges zu hören bekommen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Dr. Genthe. - Es antwortet Ihnen Herr Kollege Limburg. Bitte!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Dr. Genthe, ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Sie haben zunächst die angeblich zu umfangreichen Regelungen zur Ausführung von Sicherungsverwahrten kritisiert. Wenn im Jahr 2012 dabei unzureichende Personalplanung erfolgt ist, dann - lieber Herr Dr. Genthe, es tut mir leid - fällt das auf die damalige schwarz-gelbe Landesregierung, die aber zum Glück im Januar 2013 abgewählt worden ist, zurück.

Was die Personalausstattung heute angeht: Wir reden selbstverständlich mit den Justizvollzugsbediensteten. Deswegen hat diese Landesregierung bereits vor einigen Jahren u. a. die Reisekosten- und Reiseentschädigungsregelungen modernisiert - etwas, was Sie damals verabsäumt und liegen gelassen haben. Jetzt haben wir angemessene Regelungen speziell für den Bereich der Sicherungsverwahrung, damit die Bediensteten, die die Ausführungen machen, nicht auch noch auf ihren Verpflegungskosten sitzen bleiben. Das sind alles Regelungen, die SPD und Grüne im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angepasst haben, an die Schwarz und Gelb keinen einzigen Gedanken verschwendet haben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und noch etwas, Herr Dr. Genthe: Es waren SPD und Grüne, die in den letzten Jahren kontinuierlich - auch gegen die engagierte Kritik der Opposition - den Justizhaushalt erweitert haben und mehr Mittel für die Justiz in Niedersachsen zur Verfügung gestellt haben.

Tun Sie doch nicht so, als habe die Opposition in diesem Lande um massiv mehr Stellen gekämpft! Gerade erst beim vorletzten Tagesordnungspunkt hat Herr Dr. Birkner Stellenausweitungen kritisiert - an anderer Stelle fordern Sie sie.

Fakt ist: Die CDU, Ihr Partner in der Opposition, hat im letzten Jahr - Herr Brunotte hat es schon gesagt - einen drastischen Kahlschlag im Haushalt der Justiz beantragt. So etwas werden SPD und Grüne jedenfalls nicht mitmachen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Limburg. - Für die Landesregierung hat nun das Wort Frau Justizministerin Niewisch-Lennartz. Bitte!

Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich ganz außerordentlich, dass wir heute die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes abschließen können. Wir haben ein modernes, ein innovatives Vollzugsgesetz auf den Weg gebracht, das dazu beitragen wird, die Qualität unseres ohnehin schon leistungsstarken niedersächsischen Justizvollzuges weiter zu verbessern.

Die Novelle verfolgt konsequent die Ziele der Resozialisierung und damit der Sicherheit der Allgemeinheit, insbesondere unter dem Aspekt des Opferschutzes. Verbesserungen setzen überall dort an, wo bei der oder dem Gefangenen persönliche Entwicklungen gefördert und damit neue Straftaten vermieden werden können.

Was bedeutet das ganz konkret im Vollzugsalltag?

Die Folgen der Straftaten werden von Beginn des Vollzuges einer Freiheits- oder Jugendstrafe an sorgfältig betrachtet und stehen damit im Fokus der nachfolgenden Behandlung.

Durch die Berücksichtigung von Opferinteressen in allen Phasen des Vollzuges, die Schaffung von Angeboten zur Förderung der Übernahme der Verantwortung für die Straftat und die Unterstützung von Maßnahmen zur Wiedergutmachung der Tatfolgen werden künftig im Justizvollzug Opferschutz und Opferbelange stärker in den Blick genommen.

Meine Damen und Herren, bereits bei der Einbringung dieses Gesetzentwurfes in den Landtag habe ich betont, welche wichtige Rolle der Behandlung im Justizvollzug zukommt. Eine individuelle Vollzugsplanung aber erfordert Flexibilität. So muss die Teilnahme an Hilfs- oder Therapiemaßnahmen, die für die Resozialisierung höchste Priorität haben, auch während der Arbeitszeit möglich sein. Mit einer Regelung, die genau dies ermöglicht, setzen wir unseren Anspruch im Strafvollzug konsequent um. Denn wenn Gefangene nicht wieder straffällig werden, ist das der beste Opferschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Besuche sind oftmals die einzige Möglichkeit, soziale Bindungen während einer Inhaftierung aufrechtzuerhalten. Die Erweiterung des Besuchsanspruchs und die Möglichkeit mehrstündiger, unbeaufsichtigter Langzeitbesuche tragen dazu bei, dass der für die Zeit „danach“ so wesentliche Empfangsraum gestärkt wird. An den Lebensverhältnissen in Freiheit orientierte Besuchszeiten und vor allen Dingen kindergerechte Räumlichkeiten erleichtern - im wörtlichen wie im übertragenen Sinne - den Weg in die Justizvollzugsanstalt und ebnen dem Inhaftierten den Weg in ein Leben ohne Straftaten. Bereits im Vorgriff auf die Novelle haben wir eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die ein landesweites Konzept zur Umsetzung der familienorientierten Besuchsgestaltung erarbeitet.

Vieles von dem, was wir für ein gelungenes Übergangsmangement und eine wirksame Resozialisierung auf den Weg bringen, bedarf keiner neuen gesetzlichen Grundlage. Um alle im normativen Rahmen vorhandenen Chancen der Resozialisierung zu nutzen, hat eine interdisziplinär besetzte Projektgruppe in meinem Haus Empfehlungen für eine an verbindlichen Standards ausgerichtete Zusammenarbeit zwischen dem Justizvollzug, dem Ambulanten Justizsozialdienst Niedersachsen und den Anlaufstellen für Straffällige vorgelegt. Um die Resozialisierung als gemeinsame Aufgabe schnellstmöglich voranzubringen, haben wir auch schon mit der Umsetzung dieser Empfehlungen begonnen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich betonen, wie sehr ich mich darüber freue, dass die Gesetzesberatungen unter den Fraktionen so engagiert und konstruktiv verlaufen sind. Besonders bedanke ich mich beim Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtags und meiner Fachabteilung, die dieses Vorhaben so engagiert gefördert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Schließlich gilt mein Dank den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizvollzug, im AJSD - d. h. in der Bewährungshilfe und der Führungsaufsicht -, und in den Anlaufstellen der Straffälligenhilfe. Sie allesamt tragen jeden Tag dazu bei, unsere gesetzlichen Vorgaben zum Gewinn der Gesellschaft mit Leben zu erfüllen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die allgemeine Beratung schließen kann.

Wir kommen zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 1. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 2. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 2/1. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 2/2. - Wer der Änderungsempfehlung des Ausschusses folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 3. - Unverändert.

Artikel 4. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Das Gesetz wurde damit angenommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Familienpflegezeit für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter sowie zur Änderung

dienstrechtlicher Vorschriften - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/8172

Zur Einbringung erteile ich das Wort Frau Sozialministerin Rundt.

(Unruhe)

- Einen Moment, bitte, Frau Ministerin! - Ich darf Kolleginnen und Kollegen, die nicht der Debatte folgen wollen, bitten, den Plenarsaal zügig zu verlassen. Wir beginnen mit der Beratung erst, wenn Ruhe eingekehrt ist. - Vielen Dank.

Bitte, Frau Ministerin!

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegt heute der Gesetzentwurf zur Einführung einer Familienpflegezeit für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vor. Damit wollen wir als Landesregierung im öffentlichen Dienst einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf gehen.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Ministerin! - Offenbar haben nicht alle Kolleginnen und Kollegen verstanden, was ich eben gesagt habe. - Bitte!

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Zugleich wollen wir damit auf die immer stärker spürbaren Auswirkungen des demografischen Wandels reagieren. Mit Blick auf die zunehmende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt um qualifizierte Nachwuchskräfte werden wir außerdem die Attraktivität der Landesverwaltung als Arbeitgeber weiter stärken und verbessern.

Mit dem Gesetzentwurf soll eine Familienpflegezeit in Anlehnung an die für den Arbeitnehmerbereich bereits bestehenden Regelungen des Bundes eingeführt werden. Es ist vorgesehen, dass Beamte während einer bis zu 24 Monate währenden Pflegephase ihre Arbeitszeit bis auf ein Viertel der regelmäßigen Arbeitszeit reduzieren können. Das bedeutet eine Reduzierung auf bis zu zehn Stunden pro Woche, für Richterinnen und Richter mit

Blick auf die Besonderheiten des Richterdienstes bis auf die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit.

Durch die Verringerung der Arbeitszeit soll ihnen ermöglicht werden, die Pflege eines pflegebedürftigen Angehörigen während dieser Zeit selbst zu übernehmen. Die vom Dienstherrn in der Pflegephase übernommene Vorleistung bei der Besoldung wird während einer gleichlangen Nachpflegephase ausgeglichen.

Mit den vorgesehenen Regelungen wird die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf neben den bereits bestehenden Teilzeit- und Beurlaubungsmöglichkeiten weiter gefördert. Beamten und Richtern, die pflegebedürftige Angehörige haben, werden bessere Möglichkeiten eröffnet, im Beruf zu bleiben und sich dennoch intensiv um die Pflege ihrer Angehörigen zu kümmern.

Darüber hinaus sollen mit dem Gesetzentwurf weitere dienstliche Neuregelungen vorgenommen werden, für die sich ein ebenfalls dringender Handlungsbedarf ergeben hat. Ich will einige herausgreifen.

So wollen wir vor allem die Situation von Beamtinnen und Beamten verbessern, die im Dienst oder aufgrund ihrer dienstlichen Stellung Opfer von Gewalttaten geworden sind. Es gibt zunehmend Fälle, in denen Beamtinnen und Beamte tätlich angegriffen werden. Besonders betroffen sind hiervon Beamtinnen und Beamte im Vollzugs- und Vollstreckungsbereich, z. B. bei der Polizei, Vollzugsbeamte oder Gerichtsvollzieher.

Aus solchen Angriffen resultieren in der Regel Schmerzensgeldansprüche gegen den Schädiger. Für die gerichtliche Verfolgung ihrer Ansprüche kann zwar Rechtsschutz durch den Dienstherrn in Anspruch genommen werden. Jedoch scheitert oft die spätere Vollstreckung des erwirkten Titels an der fehlenden Liquidität des Schädigers. Aus Fürsorgegründen soll daher auf Antrag der Beamtinnen oder Beamten bei vorliegendem Vollstreckungstitel und Nachweis eines erfolglosen Vollstreckungsversuchs die Erfüllung des Schmerzensgeldanspruchs durch den Dienstherrn übernommen werden. Mit der Erfüllungsübernahme geht der Anspruch der oder des verletzten Bediensteten gegen den Schädiger auf den Dienstherrn über.

Daneben wird mit dem Gesetzentwurf die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Regelung von Altershöchstgrenzen für die Einstellung im öffentlichen Dienst aufgegriffen.

Schließlich enthält der Gesetzentwurf auch Änderungen des Beamtenversorgungsgesetzes, mit denen u. a. erforderliche Konkretisierungen im Bereich der Dienstunfallfürsorge vorgesehen sind.

Insgesamt sieht der Gesetzentwurf wichtige Verbesserungen für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter in Niedersachsen vor. Darauf haben sie nicht zuletzt wegen ihres wirklich hervorragenden Einsatzes für die Belange und für das Wohl unseres Landes und unserer Kommunen einen Anspruch.

Deshalb ist es auch wichtig, dass dieser Gesetzentwurf zügig beraten wird, um baldmöglichst in Kraft zu treten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Kollegin Janssen-Kucz das Wort. Bitte, Frau Kollegin!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir alle wissen, dass wir seit dem 1. Januar 2012 ein Familienpflegezeitgesetz auf Bundesebene haben, das aber nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt.

Seit dem 1. Januar 2015 haben wir ein Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Es ist in wesentlichen Punkten weiterentwickelt worden. Der wesentliche Punkt ist der Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit. Uns von Rot-Grün liegen die Familie und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf am Herzen. Deshalb wollen wir das auf unsere Beamtinnen und Beamte ausdehnen.

Mit diesem Gesetzentwurf werden die Regelungen des Familienpflegezeitgesetzes systemgerecht entsprechend der Grundstrukturen der bundeseinheitlichen Regelungen eingeführt, wenn wir das Gesetz nach Beratung so beschließen. Darauf hoffe ich. Das ist ein weiterer und ganz wichtiger rot-grüner Baustein in Niedersachsen für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle.

Ganz wichtig ist auch: Wir schaffen damit einen Gleichklang von Tarif- und Beamtenrecht. Mit dem Gesetz regeln wir auch die Höchstaltersgrenze für die Einstellung in das Beamtenverhältnis. Das war

bisher in einer Verordnung geregelt. Mit der neuen Regelung schaffen wir deutlich mehr Rechtssicherheit. Die europarechtlichen Vorgaben zum Verbot der Altersdiskriminierung fordern von uns, den parlamentarischen Gesetzgeberinnen, die Festlegung und Ausgestaltung beamtenrechtlicher Höchstaltersgrenzen.

Wichtig ist die Erhöhung der Einstellungsaltersgrenze in der niedersächsischen Laufbahnverordnung aufgrund von Pflege- und Betreuungszeiten. Damit schaffen wir ebenfalls mehr Chancengleichheit vor allem für Frauen, die immer noch überwiegend für Betreuung und Pflege in den Familien zuständig sind. Diese neue Regelung wird sich positiv auf Familien auswirken.

Ebenso wichtig ist - die Ministerin hat das eben erwähnt - § 83 a, in dem die Übernahme des Schmerzensgeldanspruchs durch den Dienstherrn ab einem Mindestbetrag von 250 Euro geregelt wird. Diese Ansprüche soll das Land zukünftig übernehmen. Damit decken wir zukünftig vor allem Ansprüche aufgrund gewalttätiger Angriffe gegenüber Beamten und Beamtinnen ab. Eigentlich ist das alles durch die Unfallfürsorge im Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetz geregelt. Etwa ist dies durch einen Ausgleich bei materiellen und immateriellen Schäden gedeckt. Wir geben z. B. ein zinsloses Darlehen, und, und, und. Dazu will ich jetzt keine weiteren Ausführungen machen.

Der Knackpunkt ist: Leider bleibt die betroffene Person anschließend auf sich selbst gestellt. So kann Schmerzensgeld aufgrund von Zahlungsunfähigkeit des Schuldners nicht bei der betroffenen Person ankommen. Mit der vorgesehenen Erfüllungsübernahme des Schmerzensgeldanspruchs bauen wir unsere Fürsorgepflicht aus. Ich glaube: Das ist richtig und gut so. Das hilft den betroffenen Beamtinnen und Beamten sowie ihren Familien.

Ich freue mich bzw. wir freuen uns auf die Gesetzesberatung. Ich hoffe wie die Ministerin, dass das zügig geht und dass es uns gelingt, die Verbesserungen für Beamtinnen und Beamte sowie für ihre Familien zeitnah auf den Weg zu bringen und damit auch für mehr Rechtssicherheit zu sorgen.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Janssen-Kucz. - Für die CDU-Fraktion hat nun Frau Kollegin Jahns das Wort. Bitte!

Angelika Jahns (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Rundt hat eben für die Landesregierung den Gesetzentwurf vorgestellt, mit dem eine Familienpflegezeit eingeführt werden soll. Sie hat ausgeführt, dass noch diverse Vorschriften im Beamtenrecht geändert werden sollen. Auch Kollegin Janssen-Kucz wünscht sich eine schnelle Beratung.

(Zustimmung von Meta Janssen-Kucz [GRÜNE])

Dazu kann man nur sagen: Die letzte Änderung des Beamtenrechts haben wir im Dezember letzten Jahres vorgenommen. Am 20. Dezember ist die letzte Änderung in Kraft getreten. Das ist noch nicht so lange her. Wenn Sie ein starkes Interesse an dieser Änderung gehabt hätten, hätten Sie diese auch gleich mit einbringen können.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Stimmt doch gar nicht! Ist doch bundesgesetzliche Umsetzung!)

- Die bundesgesetzliche Regelung ist 2012 in Kraft getreten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein!)

Insofern hätten Sie ein bisschen schneller arbeiten können.

Meine Damen und Herren, die Einführung einer Familienpflegezeit auch für Beamte, Beamtinnen, Richter und Richterinnen wird auch von der CDU begrüßt, weil sie natürlich - das ist eben deutlich geworden - eine Chance auch für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter bietet, Familienpflege zu übernehmen, die, glaube ich, in der heutigen Gesellschaft - ich meine, dass wir alle dabei einer Auffassung sind - eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe ist, um insbesondere in den Familien zu gewährleisten, dass auch die pflegebedürftigen Menschen in ihren eigenen Wohnungen, also zu Hause, bleiben können und dort entsprechend gepflegt werden.

Wir haben es vor ein paar Tagen gehört - ich meine, das war am letzten Freitag -, dass es in Deutschland zurzeit 163 000 polnische Pflegekräfte geben soll. Ich bin der Überzeugung, dass auch wir in diesem Parlament dafür Sorge tragen soll-

ten, dass die Möglichkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Familienpflegezeit zu leisten, analog auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird, damit auch diese eine Absicherung erhalten. Ich glaube, dass auch dieser Weg für Niedersachsen richtig ist.

Meine Damen und Herren, die Möglichkeit, die Pflege zu Hause als Standpunkt für weitere soziale Engagements leisten zu können, gewährleistet, dass nicht nur im ambulanten Bereich eine Weiterentwicklung erfolgen kann, sondern damit haben wir auch die Chance, dies für einen weiteren Personenkreis zu ermöglichen. Bisher haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - das haben wir eben auch schon gehört - nach bundesgesetzlicher Regelung seit 2012 diese Chance. Dementsprechend ist dieser Gesetzentwurf auch für diesen Punkt wichtig.

Es gibt noch weitere Änderungswünsche zu den dienstrechtlichen Vorschriften - auch das haben wir eben gehört -, insbesondere zur Höchstaltersgrenze.

Die europäischen Richtlinien sehen die Gefahr einer Altersdiskriminierung. Die Mitgliedstaaten haben aber die Chance, entsprechende Regelungen festzusetzen, wenn sie begründet sind. Beispielhaft erwähnen möchte ich - das ist im Gesetzentwurf deutlich zu lesen -, dass es ein Alimentationsprinzip und dementsprechend auch ein legitimes Ziel gibt. Das legitime Ziel, gerade im Beamtenrecht Höchstgrenzen festzusetzen, basiert auf dem Beamtenstatus, der zur Folge hat, dass jemand, der erst spät in diesen Beruf einsteigt, nur noch sehr geringe Chancen hat, entsprechende Anwartschaften zu erreichen. Deswegen könnte diese Höchstaltersgrenze rechtmäßig sein. Das werden wir im Zuge der Beratungen sicherlich noch prüfen lassen und im Rahmen der Beteiligung der Verbände mit den betreffenden Gewerkschaften abstimmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass im Rahmen der Beteiligung auch positive Stellungnahmen abgegeben wurden. Es gab aber auch Kritik, und seitens des Niedersächsischen Beamtenbundes ist darauf hingewiesen worden, dass gerade bei dienstrechtlichen Vorschriften noch weiterer Handlungsbedarf besteht. In der Anhörung, die sicherlich noch stattfinden wird, werden sicherlich noch weitere Forderungen erhoben oder Ergänzungen verlangt.

Ich halte es den Beamten gegenüber für richtig, dass eine Regelung zur Überleitung des An-

spruchs auf Schmerzensgeld geschaffen wird. Wir haben in den letzten Jahren erkennen müssen, dass viele Beamtinnen und Beamte nicht nur im Justizvollzugsbereich, sondern gerade auch bei der Polizei und inzwischen auch bei den Feuerwehren oder bei den Rettungsdiensten angegriffen werden und ihre Ansprüche auf Schmerzensgeld letztendlich nicht durchsetzen können. In diesem Zusammenhang ist die neue Regelung sicherlich ein weiterer Fortschritt. Die Beamtinnen und Beamten sowie die Richterinnen und Richter sind dadurch noch besser abgesichert.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben noch ausreichend Zeit, diesen Gesetzentwurf zu beraten. Sie hätten ihn aber auch schon, wie gesagt, früher einbringen können. Wir sehen der Anhörung mit Spannung entgegen, und wir werden die Beratungen aufgrund der Anmerkungen der Betroffenen, z. B. der Vertreterinnen und Vertreter des DGB oder des Niedersächsischen Beamtenbundes oder des Bundes der Kriminalbeamten, sorgfältig begleiten. Wir hoffen, dass wir letztendlich miteinander eine positive Entscheidung treffen werden. Für uns bedeutet das, dass Sie eventuellen Änderungsvorschlägen positiv gegenüberstehen. Ich glaube, das ist dann ein guter Weg.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Jahns. - Es folgt für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Wahlmann. Bitte!

Kathrin Wahlmann (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niedersächsische Beamtinnen und Beamte - ob es nun Polizistinnen und Polizisten, Lehrerinnen oder Lehrer, Beamte aus Behörden, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte oder Richterinnen und Richter sind - haben gemeinsam, dass sie für unsere Gemeinschaft einen ganz besonderen Dienst leisten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein Beamter schuldet seinem Dienstherrn mehr als ein normaler Arbeitnehmer seinem Arbeitgeber. Er unterliegt nämlich besonderen Dienst- und Treuepflichten. Als Gegenstück dazu hat auch der Dienstherr eine besondere Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten. Diese Pflicht nehmen wir als Land Niedersachsen als

Dienstherr der niedersächsischen Beamtinnen und Beamten mit diesem Gesetzentwurf in besonderer Art und Weise wahr.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Gesetzentwurf, der unserer Meinung nach außerordentlich gut gelungen ist, beinhaltet mehrere sehr unterschiedliche positive Neuerungen im Beamtenrecht. Zwei Neuerungen möchte ich an dieser Stelle ganz besonders herausstellen.

Die erste Neuerung - sie wurde gerade schon genannt - ist die Einführung einer Familienpflegezeit für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter. Wir machen dieses Land damit familienfreundlicher. Es wird ja immer gesagt: Familie ist da, wo Kinder sind. - Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass Familie immer auch da ist, wo Eltern sind. Diese Eltern werden älter. Gott sei Dank werden wir alle mittlerweile wesentlich älter als unsere Vorgängergenerationen. Leider werden wir alle am Ende unseres Lebens aber nicht auch unbedingt gesünder.

Momentan sind ungefähr 28 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig. Ein Großteil davon wird zu Hause gepflegt. Aus den unterschiedlichsten Gründen wollen viele ältere Menschen, viele pflegebedürftige Menschen, nicht in ein Heim, sondern so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben. Das ist durchaus auch legitim; das soll jeder selbst entscheiden. Aber irgendjemand muss die Pflege übernehmen. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal einen Angehörigen gepflegt haben. Das macht man nicht so nebenbei. Der Pflegenden oder die Pflegenden - meistens sind es die Frauen, die diese Aufgabe übernehmen - ist je nach Gesundheitszustand der zu pflegenden Person mit ganzem Einsatz gefordert. Für die Familien bedeutet das häufig eine große Herausforderung.

Wenn zu Kindererziehung und Beruf die Pflege eines Familienangehörigen hinzukommt, brauchen pflegende Angehörige dringend Unterstützung und mehr zeitliche Flexibilität.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Bund hat darum - das wurde schon erwähnt - bereits vor einiger Zeit eine Familienpflegezeit in regulären Arbeitsverhältnissen eingeführt. Wir wollen diese Möglichkeit nun auch auf die nieder-

sächsischen Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter übertragen. Wir wollen nicht, dass sich diejenigen, die unserem Land regelmäßig dienen, zwischen ihren zu pflegenden Angehörigen und ihrem Beruf entscheiden müssen. Wir wollen, dass sie beides miteinander vereinbaren können, nämlich die Arbeit für das Gemeinwohl und die Pflege ihrer nächsten Verwandten. Das ist sozial, das ist gerecht, und das ist im Sinne der Menschen in unserem Land.

(Zustimmung bei der SPD)

Der zweite wichtige Punkt, den wir mit diesem Gesetz regeln werden, liegt uns mindestens genauso sehr am Herzen. Da geht es um diejenigen, die tagtäglich für uns ihre Haut hinhalten, die ihre Gesundheit zum Wohle der Gemeinschaft riskieren. Da geht es um Polizistinnen und Polizisten, um Feuerwehrleute, um Beamtinnen und Beamte in Justizvollzugsanstalten, die mitunter leider gesundheitliche Schäden davontragen. Wir haben ja ein paar Polizeibeamte hier im Saal, die das aus eigener Anschauung wissen.

Gerade Polizisten riskieren für die Sicherheit von uns allen regelmäßig ihre Gesundheit und in Extremfällen auch ihr Leben. Polizistinnen und Polizisten haben täglich mit Extremsituationen zu tun. Es ist aber auch gerade ihr Beruf und ihre Aufgabe, sich unmittelbar in die Situationen zu begeben, die mit Ärger verbunden sind. Die meisten dieser Situationen können gerade durch die Anwesenheit von Polizeikräften zu einem guten Ausgang gebracht werden.

Ist hier schon einmal jemand mit einem Polizeistreifenwagen mitgefahren?

(Zurufe: Ja! - Belit Onay [GRÜNE]:
Immer freiwillig! - Weitere Zurufe)

- Ja, sehr gut. Auch ich habe das schon mehrfach getan. Wenn nicht, dann sollten Sie es gern mal freiwillig tun, wenn die örtliche Polizei dazu bereit ist. Unfreiwillig eher nicht so sehr.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Kollegin! - Sie haben hier mit Ihrer Frage große Begeisterung ausgelöst. Wenn Sie vielleicht etwas zur Ruhe kommen können! - Bitte!

Kathrin Wahlmann (SPD):

Wer unfreiwillig mitgefahren ist, das klären wir vielleicht einmal an anderer Stelle. Auch das wäre sehr interessant.

Ich finde es jedenfalls sehr beeindruckend, wie oft schon die bloße Anwesenheit von Polizeibeamten dazu führt, dass sich eine aufgeheizte Stimmung beruhigt. Manchmal braucht es allerdings auch ein bisschen mehr Zureden, und manche Situationen lassen sich auch nur durch unmittelbaren Zwang lösen. Das ist so, das weiß man auch, wenn man sich als Polizeibeamter bewirbt. Das ist bedauerlicherweise eine notwendige Begleiterscheinung des Berufes.

Leider gibt es bei einigen Einsätzen dann aber auch verletzte Polizistinnen und Polizisten. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und generell Gewalt gegen diejenigen, die ihre Pflicht tun, sind leider keine Seltenheit. Ich finde das hochgradig verwerflich.

**(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann
übernimmt den Vorsitz)**

Und nicht nur deshalb, aber auch deshalb haben wir als Land Niedersachsen gerade gegenüber diesen verletzten Beamtinnen und Beamten eine besonders große Fürsorgepflicht. Wer für unser aller Sicherheit seine Gesundheit und sein Leben riskiert, der muss dann auch unsere Hilfe bekommen, wenn er sie braucht.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Für einen Teil sorgt die Unfallfürsorge. Wer einen Dienstunfall hat, der bekommt einen umfassenden Ausgleich für die daraus eingetretenen materiellen und immateriellen Schäden. Aber in den meisten Fällen hat der Polizeibeamte einen zivilrechtlichen Anspruch auf Schmerzensgeld gegen den Gewalttäter, den er dann aber auch selbst durchsetzen muss. Dafür bekommt er zwar auf Antrag Rechtsschutz in Form eines zinslosen Darlehens. In vielen Fällen bleibt der Beamte allerdings hinterher auf sich gestellt, wenn es darum geht, den Schmerzensgeldanspruch durchzusetzen.

Und ohne dass ich jetzt allzu pauschal urteilen will, muss man leider feststellen, dass viele der entsprechenden Täter, also diejenigen, die Gewalttaten gegen Polizeibeamte, Feuerwehrleute, aber im Übrigen auch gegen Beamte, die Hartz-IV-Bescheide ausstellen - auch die trifft es nämlich -, ausüben, nicht sonderlich gut bei Kasse sind. Und

da nützt es ihnen dann gar nichts, wenn sie zwar einen Zahlungstitel gegen einen Gewalttäter haben, der dann aber insolvent ist.

Ich kenne einen solchen Fall von einem Polizeibeamten aus meinem Wahlkreis, 35 Jahre alt. Er wurde zu einem Einsatz gerufen. Da war eine Schlägerei vor einem Mehrfamilienhaus in einem bekannten Brennpunkt. Er ist dann mit mehreren Kolleginnen und Kollegen da hineingegangen und hat die Schlägerei unter Kontrolle gebracht, wurde dabei aber selbst im Gesicht verletzt, am Kiefer. Glücklicherweise konnte der Täter - das war ein 19-Jähriger - sofort verhaftet werden, wurde auch strafrechtlich verurteilt, und der Beamte hat auch einen Schmerzensgeldanspruch gegen diesen Jungen bekommen.

Aber der 19-Jährige hat leider kein Geld, sodass der Beamte sein Schmerzensgeld wohl nie zu sehen bekommen wird. Das finde ich absolut unbefriedigend,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und das kann es wirklich nicht sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich muss jeder, der jemand anderen schädigt, grundsätzlich sein Schmerzensgeld selbst zahlen. Und es kann auch nicht sein, dass der Staat Schmerzensgeld für Gewalttäter übernimmt. Aber das muss so geregelt werden, dass sich der Staat das Schmerzensgeld hinterher von dem Straftäter wiederholt.

(Petra Tiemann [SPD]: So ist es! Ja-wohl!)

Und es kann nicht sein, dass der verletzte Polizist, der seine Gesundheit dem Gemeinwohl geopfert hat, darunter leiden muss.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese besondere Härte gleichen wir mit diesem Gesetz aus - das ist sozial, das ist gerecht, und das ist genau im Sinne der Menschen in diesem Land. Insofern freue ich mich sehr auf die Ausschussberatungen.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wahlmann. - Es hat jetzt für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Jan-Christoph Oetjen das Wort. Bitte, Herr Kollege!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf, der heute zur ersten Beratung vorliegt, hat ja im Wesentlichen den Regelungsinhalt, die Familienpflegezeit für Beamte umzusetzen - eine Regelung, die auch wir als Freie Demokraten richtig finden.

Die erste Regelung zur Familienpflegezeit ist 2012 in Kraft getreten. Das ist ein Kind schwarz-gelber Zeit auf Bundesebene, wie man mal an dieser Stelle sagen muss. Ich finde es gut, dass wir nach der Novelle auf Bundesebene 2015 jetzt auch für die Beamten in Niedersachsen die Familienpflegezeit umsetzen. Ich will nicht alles wiederholen, was von den Kollegen hier schon gesagt wurde.

Wenn man jemanden in der Familie hat, der pflegebedürftig ist, ist das eine große Herausforderung, übrigens unabhängig davon, welchen arbeitsrechtlichen Status man hat. Und es ist gut, dass wir das für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten zukünftig auf den Weg bringen.

Wir haben als zweiten Regelungspunkt das Thema Höchstaltersgrenze. Dazu ist schon auf die Urteile des Bundesverfassungsgerichts verwiesen worden - auch das will ich nicht wiederholen -, die jetzt hier in Recht gegossen werden, auch wenn sich das auf Nordrhein-Westfalen bezog und wir das nicht 100-prozentig so in Niedersachsen machen können. Aber das ist aus meiner Sicht inhaltlich in Ordnung.

Auch die Erfüllungsübernahme beim Schmerzensgeld findet unsere Unterstützung.

Ich glaube, Frau Kollegin Wahlmann, Sie haben recht: Die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, bei der Feuerwehr und in anderen Bereichen stehen für unsere Sicherheit ein. Sie sollten wir nicht im Regen stehen lassen, sondern wir sollten sie mit aller Kraft unterstützen, die wir haben. Insofern ist es eine gute Initiative, die hier auf den Weg gebracht wird, und wir als Freie Demokraten unterstützen sie ebenfalls.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Kollegin Jahns hat schon darauf hingewiesen, dass insbesondere vom Niedersächsischen Beam-

tenbund, vom DGB, vom BDK, aber auch vom Deutschen Hochschulverband - den hattest du nicht aufgezählt - noch weitere Änderungsvorschläge gekommen sind. Auch die sollten wir alle uns in der Anhörung im Ausschuss genau anschauen. Dabei sind aus meiner Sicht auch berechnigte Forderungen, über die wir inhaltlich ernsthaft sprechen müssen.

Insofern, liebe Kollegin Janssen-Kucz, ist natürlich der Wunsch nach einer schnellen Beratung immer schön. Ich finde aber, dass auch die Solidität der Beratungen gewährleistet sein muss. Wenn es berechnigte Interessen aus den Verbänden gibt, die hier gegebenenfalls noch einfließen können, dann sollten wir die hören und, wenn es möglich ist, versuchen, die einzubauen.

Vor dem Hintergrund, dass wir hier auch noch das SOG, das Brandschutzgesetz, das Glücksspielgesetz und jetzt das Beamtengesetz im Innenausschuss vor der Brust haben - mal abgesehen von vielen anderen etwas kleineren Punkten, die keine Gesetzesberatung sind -, sage ich: Das hängt ja nicht nur bei uns im Innenausschuss von der Fähigkeit ab, dass wir diese Beratungen über die Bühne bekommen können, sondern auch davon ab, dass der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst das alles fachlich schaffen kann. Ich habe so langsam ernsthafte Zweifel, verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, dass wir bei der Taktung, die Sie jetzt zum Ende der Legislaturperiode hinlegen, es noch schaffen, all diese Gesetzesentwürfe zu beraten. Wenn Sie doch ein bisschen eher angefangen hätten, dann hätte es solide Beratungen in diesem Hause geben können.

(Beifall bei der FDP)

Kollegin Wahlmann hat die besondere Fürsorgepflicht angesprochen, die wir als Land gegenüber den Beamten haben. Diese besondere Fürsorgepflicht schlägt sich ja auch in einem Punkt nieder, der hier jetzt nicht auf der Tagesordnung steht, und das ist das Thema Alimentation. Gerade bei den untersten Einkommensgruppen bei den Beamten müssten Sie, glaube ich, beim Thema Alimentation nachlegen, wenn Sie das Thema der besonderen Fürsorgepflicht wirklich ernst nehmen würden.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Zum Tagesordnungspunkt 5 liegen uns keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließen wir die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Wer, wie vorgesehen, den Ausschuss für Inneres und Sport federführend und den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen mitberatend mit diesem Gesetzesentwurf befassen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist ausreichend, also nach der Geschäftsordnung beschlossen und wird so geschehen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Justiz - Gesetzesentwurf der Landesregierung - Drs. 17/8188

Die Einbringung übernimmt für die Landesregierung Frau Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz, der ich das Wort erteile. Bitte, Frau Ministerin!

Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz. Unter diesem rechtspolitischen Leitsatz finden wir uns in diesem Hohen Hause - da bin ich mir sicher - gemeinsam zusammen. Nur eine starke, unabhängige Justiz ist in der Lage, den Rechtsgewährungsanspruch unserer Bürgerinnen und Bürger umfassend Rechnung zu tragen und ihm Geltung zu verschaffen. Zudem dürfen wir uns nicht der Erkenntnis verschließen, dass allein demokratische Strukturen diejenige Flexibilität gewährleisten, die ein System aufweisen muss, um auf Veränderungen auf Rahmenbedingungen rechtzeitig und angemessen reagieren zu können.

Diese Erkenntnis liegt auch den in der Vergangenheit von den Richterverbänden erarbeiteten Modellen einer parlamentarisch kontrollierten selbstverwalteten Justiz zugrunde. Diese sollen der Justiz eine starke Stellung verschaffen, um den Grundsatz der Gewaltenteilung und den Prinzipien der Gerichtsorganisation noch besser gerecht werden zu können. Grundlage derartiger Modelle ist u. a. eine durch Wahlen vermittelte demokratische Legi-

timation jener Akteure, die zur Verwaltung der dritten Gewalt berufen sein sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, mit dem heute eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Justiz machen wir einen großen Schritt hin zu einer eigenverantwortlichen und damit starken und unabhängigen Justiz in Niedersachsen.

Die Eigenverantwortlichkeit der Justiz stärken wir dadurch, dass wir die Beteiligungsrechte der Richter- und Staatsanwaltsvertretungen weiter ausbauen. Der Gesetzentwurf sieht vor, die ausgeweiteten Mitwirkungsrechte des niedersächsischen Personalvertretungsrechts zugunsten der Richter- und Staatsanwaltsvertretungen in das Richtergesetz zu übernehmen. Die Richter- und Staatsanwaltsvertretungen erhalten mehr Mitspracherechte bei personellen Maßnahmen, etwa bei Einstellungen von Nachwuchskräften in die Justiz und bei Beförderungen. Sie sollen auch mitwirken, wenn über die Verteilung und Verwendung von Personal- und Haushaltszuweisungen in der Justiz für die Gerichte und Staatsanwaltschaften entschieden wird. Die in der niedersächsischen Justiz aufgrund der Budgetierung schon bestehenden Handlungsspielräume für Gerichte und Staatsanwaltschaften in Personal- und Haushaltsangelegenheiten werden damit verfahrensrechtlich abgesichert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der Einführung von Budgeträten bei den Obergerichten und den Landgerichten sowie den Generalstaatsanwaltschaften und den Staatsanwaltschaften wird erstmals ein beratendes Gremium gesetzlich verankert, in dem neben der Leitung des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft auch die Interessenvertretung der verschiedenen Berufsgruppen in diesen Dienststellen mitwirken können. Bereits dieses Maßnahmenbündel ist beachtlich und sucht bundesweit seinesgleichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, dem weiteren Schwerpunkt unseres Gesetzentwurfs, der Einrichtung eines Wahlausschusses für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, ist aus justizpolitischer Sicht eine noch weiter herausragende Bedeutung zuzumessen; denn diese Entscheidung stellt 70 Jahre nach der Gründung unseres Landes einen Systemwechsel für die Justizverwaltungen dar.

Zugegeben: Dieser Schritt ist für mich als Justizministerin und für meine Nachfolgerinnen und

Nachfolger im Amt mit der Abgabe eigener personeller Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten einer gleichberechtigten Mitwirkung von Abgeordneten aus ihren Reihen und von Angehörigen der niedersächsischen Justiz verbunden.

Diesen Schritt gehe ich aber gern. Ich gehe ihn im Interesse einer stärkeren demokratischen Legitimation der in ihr Amt Gewählten.

Bedenken Sie: Es geht hier nicht nur um routinemäßige Personalentscheidungen, die nach beamtenrechtlichen Vorgaben zu treffen sind. Die Verleihung eines richterlichen Eingangsamtes auf Lebenszeit vermittelt den Gewählten für die gesamte Dauer ihres Berufslebens diejenige persönliche Unabhängigkeit, die nach Artikel 97 unseres Grundgesetzes unabdingbare Voraussetzung für die Unabhängigkeit der rechtsprechenden Gewalt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Richterin oder ein Richter auf Lebenszeit kann gegen ihren oder seinen Willen nur in sehr engen Grenzen von diesem verliehenen Amt entbunden werden.

Die Tragweite der Vergabe eines richterlichen Amtes rechtfertigt es, nicht die Justizministerin oder den Justizminister allein, auch nicht nach Billigung durch das Kabinett, entscheiden zu lassen, welcher Persönlichkeit die rechtsprechende Gewalt auf Dauer anvertraut sein soll.

Nichts anderes gilt für die Übertragung richterlicher Beförderungsamter, die mit der Wahrnehmung von Aufgaben einer Gerichtsleitung verbunden sind. Gerichtsleitungen haben Personalverantwortung. Damit prägen sie entscheidend das Bild der niedersächsischen Justiz.

Ich gehe den Schritt hin zu einer echten Mitentscheidung des Wahlausschusses auch deshalb gern, weil ich davon überzeugt bin, dass dessen Einbindung in wichtige Auswahlverfahren der Justiz zu einer deutlichen Steigerung der Transparenz beiträgt. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, wissen dann aus erster Hand, wie es um die Bewerberlage in der niedersächsischen Justiz bestellt ist. Das betrifft sowohl diejenigen Stellen, bei denen eine Auswahlentscheidung unter mehreren hervorragend geeigneten Persönlichkeiten zu treffen ist, als aber auch diejenigen Verfahren, in denen es uns nur mit enormer Anstrengung gelingt, offene Stellen - vornehmlich an kleinen Gerichten im ländlichen

Raum - mit geeigneten Bewerberinnen oder Bewerbern zu besetzen.

Nur wer die spezifischen Verhältnisse der niedersächsischen Justiz aus eigener Anschauung kennt, wird auch aus Überzeugung in diesem Hause dafür eintreten, personelle und sachliche Rahmenbedingungen zu erhalten und zu schaffen, die wir für eine starke und unabhängige Justiz brauchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, mir ist bewusst, dass gegenwärtig nicht alle unter Ihnen einen Mehrwert in einer künftigen Einbindung des Wahlausschusses in wichtige Personalentscheidungen der Justiz erkennen. Gegen die Einrichtung eines Wahlausschusses wird im Wesentlichen angeführt, es bestehe die Gefahr einer stärkeren politischen Einflussnahme auf die Stellenbesetzungsverfahren.

Dieses Argument ist nicht neu. Es wurde bereits im Rahmen der Sachverständigenanhörung des Sonderausschusses „Niedersächsische Verfassung“ im Jahr 1991 im Rahmen der Beratungen des heutigen Artikels 51 Abs. 3 vorgebracht.

Die Mehrzahl der seinerzeit im Sonderausschuss angehörten Sachverständigen hat diese Skepsis allerdings nicht geteilt und sprach sich schon damals für die Einrichtung eines Richterwahlausschusses in Niedersachsen aus. Eine der Begründungen lautete, es gebe schlechterdings keine andere Institution, die die parteipolitische Einflussnahme auf die Berufung von Richterinnen und Richtern besser unterbinden könne als ein Richterwahlausschuss.

Ich teile ausdrücklich diese positive Sicht der Dinge. Das darin zum Ausdruck kommende Vertrauen ist deshalb gerechtfertigt, weil wir den Wahlausschuss so konzipiert haben, dass eine parteipolitische Einflussnahme insbesondere im Rahmen von Kompensationsgeschäften ausgeschlossen erscheint. Hierfür sorgt zum einen die erforderliche qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen für eine erfolgreiche Wahl. Zum anderen wird die Besetzung des Wahlausschusses mit vier Mitgliedern der Justiz die Gewähr dafür bieten, dass eine erfolgreiche Wahl nur zustande kommt, wenn auch die richterlichen oder die staatsanwaltschaftlichen Mitglieder des Wahlausschusses davon überzeugt sind, dass der oder die Beste hier zu wählen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich bin schon jetzt davon überzeugt, dass sich das Ergebnis Ihrer Beratungen des vorgelegten Gesetzentwurfs wird sehen lassen können. Niedersachsen wird eines der modernsten Richtergerichte im bundespolitischen Vergleich bekommen.

Lassen Sie uns daher gemeinsam wichtige Voraussetzungen für eine Gerechtigkeit in unserem Lande schaffen, indem wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf für eine gestärkte, weil eigenverantwortliche Justiz in Niedersachsen eintreten. Gerechtigkeit braucht eine eigenverantwortliche Justiz.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin Niewisch-Lennartz. - Wir treten dann im Rahmen der ersten Beratung in die Aussprache ein. Hierzu hat sich zunächst für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Andrea Schröder-Ehlers gemeldet, der ich das Wort erteile.

(Unruhe)

Frau Kollegin, warten Sie aber bitte noch einen Moment! - Ich wollte die Frau Ministerin nicht unterbrechen. Aber ich habe eine Bitte: Die Gesprächsgruppe hinten rechts sollte aufgelöst werden. Das ist doch sehr störend. Es kommt alles hier vorne an. - Gut.

Frau Kollegin Schröder-Ehlers, bitte!

Andrea Schröder-Ehlers (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst danke ich Frau Justizministerin Niewisch-Lennartz sehr herzlich für die Einbringung des Gesetzentwurfes. Hiermit werden neue und gute Maßnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Justiz in Niedersachsen vorgeschlagen.

Die Debatten über die Stärke der einzelnen Säulen in unserem Rechtsstaat und über die Schlüsse in Bezug auf gesetzgeberische Maßnahmen, die aus den Vorgaben unseres Grundgesetzes zu ziehen sind, sind so alt wie unser Grundgesetz selbst.

Wir in Niedersachsen sind uns aber schon lange darüber einig, dass die Eigenverantwortlichkeit der Justiz gestärkt werden muss. Die Budgetierung der einzelnen Bereiche - gerade wurde sie auch ange-

sprochen - zeigt gute Erfolge und genießt eine hohe Akzeptanz in der Justiz.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit dem vorliegenden Entwurf werden nun im Wesentlichen zwei weitere Maßnahmen zur Stärkung vorgelegt. Dabei handelt es sich - es ist schon gesagt worden - zum einen um die Einführung eines Wahlausschusses. Zum anderen sollen die Beteiligungsrechte jetzt weiter gestärkt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Wahlausschuss: Dieser Punkt ist lange diskutiert worden, in der Politik wie in der Justiz. Frau Ministerin Niewisch-Lennartz hat das Für und Wider bereits sehr ausführlich dargestellt und auch auf die Diskussion im Sonderausschuss vor 26 Jahren hingewiesen, die zur Formulierung des Artikels 51 Abs. 3 in unserer Niedersächsischen Verfassung geführt hat. Ich will diesen Artikel hier gerne noch einmal zitieren. Er lautet:

„Durch Gesetz kann bestimmt werden, dass bei der Anstellung von Berufsrichterinnen und Berufsrichtern ein Richterwahlausschuss mitwirkt.“

Der jetzt vorliegende Entwurf setzt genau dies um.

Ich teile die Einschätzung unserer Ministerin, dass das vorgeschlagene Detailverfahren einer verbesserten demokratischen Legitimation dient, ohne dass das Prinzip der Bestenauslese verletzt wird.

Meine Damen und Herren, zum anderen großen Punkt, zu den Beteiligungsrechten: Hier wurden die Regelungen auch schon genannt, so dass ich auf die Details verzichten will. Ich bin aber zutiefst davon überzeugt, dass wir auf einem guten und einem richtigen Weg sind. Das zeigen auch die Reaktionen aus der Justiz selber.

Ich weiß aber auch, dass es noch Fragestellungen gibt, die wir weiter beraten müssen. Da geht es um die Mitbestimmung bei der Anerkennung von Erfahrungsstufen, und da geht es um gleichwertige Regelungen für alle in der Justiz - vom Richter bis zum Wachtmeister.

Ich will deutlich sagen, dass bei der Umsetzung dieser Vorschläge sehr genau geschaut werden muss, ob die für die Richterinnen und Richter vorgeschlagenen guten Regelungen auch für andere Berufsgruppen getroffen werden können, damit wir eine einheitliche Anwendung in der Justiz haben.

Die Stellungnahmen zeigen, dass dies bereits sehr intensiv diskutiert und gefordert wird. Ich bin mir sicher, dass wir das in der mündlichen Anhörung weiter besprechen werden. Sie alle kennen das Struck'sche Gesetz. Auch hier spricht vieles dafür, dass sich im Laufe des vor uns liegenden Beratungsverfahrens noch das eine oder andere an Anpassungen ergeben wird. Ich freue mich auf die Beratungen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schröder-Ehlers. - Ich baue Ihnen jetzt eine Brücke: Wer hierzu noch reden möchte, muss sich jetzt sputen, bevor ich den nächsten Satz ausgesprochen habe. - Ich sehe, es tut sich was. Sie wissen, was sonst jetzt passiert wäre. Herr Dr. Genthe hat für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön!

Dr. Marco Genthe (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein funktionierender Rechtsstaat ist für eine freiheitliche bürgerliche Gesellschaft von existenzieller Bedeutung. Das gilt insbesondere in Zeiten von gewissen gesellschaftlichen Spannungen. Die Aufgabe der Justiz ist es, den Rechtsstaat umzusetzen. Dafür muss sie ausreichend ausgestattet werden. Hier hat Niedersachsen durchaus Nachholbedarf. Es ist sicherlich sinnvoll, die Eigenverantwortung der Justiz zu stärken. Zudem sind wir uns auch in dem Ziel einig, dass Entscheidungen der Justiz nicht parteipolitisch beeinflusst werden dürfen.

Der nun vorgelegte Gesetzentwurf beinhaltet als Kernstück die Einführung von Richterwahlausschüssen in Niedersachsen. Diese Ausschüsse sollen einer Entpolitisierung bei der Ernennung von Richtern dienen. Offenbar ist die Landesregierung der Meinung, dass es bis heute politisch motivierte Entscheidungen in diesem Bereich gegeben habe und man nun irgendwie gegensteuern müsse. Nicht nur der Richterbund wundert sich, dass die Landesregierung ein solches Problem in den letzten vier Jahren jedenfalls nicht angesprochen hat.

Meine Damen und Herren, überraschend ist auch, wie eine Entpolitisierung der Justiz funktionieren soll, indem zukünftig die politischen Parteien direkten Einfluss auf die Ernennung von Richtern nehmen sollen. Es erschließt sich nicht, inwieweit die

Verfahren transparenter werden, wenn ein Ausschuss mit politischen Vertretern eine Akte auf Vorschlag des Justizministeriums bekommt und diese dann absegnen soll. Da wird nach drei Jahren Probezeit eines Richters so getan, als könne man über etwas entscheiden, was eigentlich schon entschieden ist.

Meine Damen und Herren, die Justizministerin hat ursprünglich sogar vorgehabt, dass Vertreter von Gewerkschaften und religiösen Gemeinschaften in den Richterwahlausschüssen vertreten sein sollen. Dieser Vorschlag war schlicht naiv. Es hagelte Kritik von allen Seiten. Der Justizministerin blieb nichts anderes übrig, als dieses Vorhaben klammheimlich aufzugeben.

Meine Damen und Herren, für uns Freie Demokraten ist es von entscheidender Bedeutung, dass es bei den geplanten Wahlausschüssen keine politischen Einflussnahmen gibt. Die Stellen dürfen nicht an die fleißigsten Parteigänger gehen, sondern müssen ausschließlich nach Qualifikation vergeben werden. In keinem Fall darf ein solcher Ausschuss zum Spielfeld für politische Deals werden.

Meine Damen und Herren, dass dieses Gesetz mit der Idee eines Wahlausschusses ausgerechnet jetzt vorgelegt wird, ist ein reines Ablenkungsmanöver der Justizministerin. Wir haben in der niedersächsischen Justiz weit drängendere Probleme, z. B. dass endlich alle Richterstellen überhaupt besetzt werden. Seit dreieinhalb Jahren kann ein Prozess in Verden wegen einer Massenschlägerei nicht eröffnet werden. Der vorsitzende Richter hat bereits zwei Überlastungsanzeigen geschrieben. Die Ministerin Niewisch-Lennartz bekommt diese praktischen Herausforderungen in der niedersächsischen Justiz nicht in den Griff und versucht nun, auf diesem Nebenschauplatz Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Das, meine Damen und Herren, ist schwach.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Genthe. - Mir liegt jetzt eine Wortmeldung der CDU-Fraktion vor. Ich erteile dem Kollegen Lutz Winkelmann das Wort. Bitte!

Lutz Winkelmann (CDU):

Herr Präsident! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Die weitgehend leeren Reihen hier im Plenarsaal und auch das Getuschel, das nicht nur bei der Einbringung durch die Ministerin, sondern

auch bei den bisherigen Wortbeiträgen zu diesem Thema zu vernehmen war, zeigen nach meinem Dafürhalten, dass es um die Rechtspolitik in Niedersachsen - jedenfalls gegenwärtig - nicht gut bestellt ist.

Frau Ministerin, ich unterstreiche eindeutig, was Sie gesagt haben: Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz; denn ansonsten kann der Rechtsgewährungsanspruch des Bürgers nicht Wirklichkeit werden. Allerdings muss ich Ihnen darin widersprechen, dass dieser Gesetzentwurf ein großer Schritt in die richtige Richtung sei.

Worum geht es? Wir haben es bereits in den Reden der Vorredner gehört: Es geht um die Einrichtung von Richterwahlausschüssen. Es hat mich allerdings gewundert, dass hier gesagt wurde, die Justiz befürworte das. Ich darf dazu mit der Genehmigung des Präsidenten aus der HAZ vom 26. Mai zitieren. In einem Artikel mit der Überschrift „Justizministerin entmachtet sich und ihre Nachfolger“ heißt es:

„Der niedersächsische Richterbund beurteilt die Neuerung skeptisch. ‚In den vergangenen 70 Jahren hat in Niedersachsen niemand einen Richterwahlausschuss vermisst‘, sagt der Vorsitzende Frank Bornemann. Es werde wieder eine neue Verwaltungseinheit geschaffen - und für die Richter, die dem Gremium angehören werden, bedeute das mehr Arbeit.“

Eine Zustimmung aus der Richterschaft, die es doch angeblich geben soll, Frau Ministerin, stelle ich mir ganz anders vor.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Inhaltlich, Frau Ministerin, liegen Sie mit dem Richterbund auf einer Wellenlänge. Denn der Richterbund verlangt eine Stärkung des Rechtsstaates. Eine Stärkung des Rechtsstaates wird aber nicht dadurch bewirkt, dass man ein Gremium schafft, in dem die der Justiz angehörenden Mitglieder von den nicht der Justiz angehörenden Mitgliedern überstimmt werden können.

Frau Ministerin, ich verstehe das in diesem Zusammenhang angeführte Argument nicht, hier gehe es um ein Mehr an demokratischer Legitimation. Denn zumindest ich habe an der Uni in Vorlesungen zum Verfassungsrecht gehört, dass wir das Prinzip der Gewaltenteilung hochhalten. Aber wo, bitteschön, ist denn die eigenständige Justiz, wenn im Grunde genommen Abgeordnete auf

wesentliche Entscheidungen der Justiz Einfluss nehmen können? Einen Gewinn, Frau Ministerin, im Sinne eines großen Schrittes sehe ich in der Einrichtung eines Richterwahlausschusses überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Richterbund fordert ganz andere Dinge: beispielsweise die Rückkehr zu einer bundesweit einheitlichen Besoldung und eine Anpassung der Bezüge der Richter an die Gehälter der Privatwirtschaft.

Frau Ministerin und liebe Kollegen, die Rechtspolitik machen wollen, wir alle sind doch stets bei den gleichen Veranstaltungen der Rechtspfleger, der Gerichtsvollzieher, des Richterbundes usw. Und wir hören überall die gleiche Sorge: Wie wollen wir vor dem Hintergrund der hohen Gehälter, die man in der privaten Wirtschaft erzielen kann - wenn man denn ein Leistungsträger in dieser Gesellschaft ist -, mit den viel zu kargen Besoldungsangeboten die Spitzen der jeweiligen Fachkräfte für die Justiz des Landes gewinnen?

Was wir brauchen, ist eine Stärkung der Justiz, aber die erreichen wir nicht mit diesem Gesetzentwurf.

Frau Ministerin, Sie haben davon gesprochen, dass es ein großer Schritt sei, dass wir zu mehr Eigenverantwortung kommen, indem die Justizangehörigen bei der Mittelverwendung und den Planstellenbesetzungen mitentscheiden können. - Aber das heißt doch nur, dass wir zum Teil die Verantwortung für die Verwaltung eines Mangels auf die Leute übertragen, die uns gegenüber einen völlig anderen Anspruch haben, nämlich den Anspruch, dass die Justiz - und zwar bundesweit - so aufgestellt ist, dass sie den Rechtsgewährungsanspruch des Bürgers erfüllen kann.

Jeder Vermieter, der einmal erlebt hat, wie lange es dauert, bis man einen Mietnomaden aus einer Wohnung herausbekommt - einschließlich der Vollstreckung -, jeder, der Opfer einer Gewalttat oder eines Einbruchsdelikt geworden ist, von dem hier so häufig die Rede ist, und der dann hat erleben müssen, wie lange es bis zur Anklage dauert, bis die Justiz nach Abschluss der Polizeiarbeit ihren Auftrag hat erfüllen können,

(Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: Populismus! - Sabine Tippelt [SPD]: Abenteuerlich!)

jeder, der weiß, wie lange es dauert - nämlich bis zu neun Jahren -, bis man die Kostenübernahme für eine Therapie mit der Krankenversicherung ausgehandelt hat, bis die Frage der Therapiefähigkeit eines schwer kranken, eines behinderten Menschen ausgeurteilt ist, der weiß auch, warum wir mehr Mittel und mehr starke Justiz für die Erfüllung des Rechtsgewährungsanspruchs brauchen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sehe Ulf Prange im Moment nicht - schade. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses hat mich in der Vergangenheit schon „Justizrebell“ genannt - einen Titel, auf den ich inzwischen stolz bin. Ich hätte Ulf Prange gerne etwas vorgehalten, nämlich einen Bericht aus der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 10. Dezember 2016 mit dem Titel: „Kauder: Mangelwirtschaft in der Justiz gefährdet Rechtsstaat.“ Kauder beklagt darin die bundesweite Mangelwirtschaft. Dort steht u. a. - ich merke, die Zeit wird knapp -:

„Vor drei Jahren haben bei einer großen Alvensbach-Umfrage vier von fünf Staatsanwälten erklärt, nicht genügend Zeit zur Bearbeitung ihrer Fälle zu haben. Drei Viertel der Richter und Ankläger haben zur gleichen Zeit erklärt, die Bedingungen für eine gute Rechtsprechung in Deutschland hätten sich massiv verschlechtert.“

(Gerald Heere [GRÜNE]: Es ist kein Parteitag hier!)

Weiter heißt es - Frau Ministerin, das ist für uns keine Überraschung -:

„Nach internen Daten aus einem Bundesländervergleich sind die Gerichte in Hessen, Bayern und Niedersachsen besonders schlecht ausgestattet.“

(Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: In Hessen?)

Was wir sicherlich brauchen, ist ein klein wenig mehr Eigenverantwortlichkeit der Justiz. Aber, Frau, Ministerin, Sie in Ihrem Amt und wir als Parlamentarier müssen eines beachten: Wir haben auch eine eigene Verantwortung gegenüber der Justiz. Wir haben eine eigene Verantwortung für das Funktionieren des Rechtsstaates. Ich wünsche mir, dass wir uns dessen bei den kommenden Beratungen auch bewusst sind.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Winkelmann. - Jetzt hat der Kollege Helge Limburg, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, Herr Kollege Winkelmann, zu Ihrer Einschätzung, was das Interesse hier im Haus angeht: Sagen wir es mal so: Ich glaube, es ist eine Erfahrung, die die Justizpolitikerinnen und Justizpolitiker aller Fraktionen in diesem Hause, und zwar nicht erst seit dieser Legislaturperiode, machen, dass man den Eindruck gewinnen könnte, als würde Justizpolitik nicht zu den Schwerpunktthemen bei den Debatten in diesem Hause gehören. Ich bin ganz sicher: Die Kolleginnen und Kollegen, die nicht die Gelegenheit haben, jetzt hier zu sein, bedauern das sehr, sind aus gutem Grunde abwesend und werden unsere Reden im Protokoll nachlesen oder auf Video anschauen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Frau Ministerin hat uns den vorliegenden Gesetzentwurf vorgestellt. Er beinhaltet eine ganze Menge Regelungen; einige will ich unterstreichen.

Die gesetzliche Regelung zu den Budgeträten kann aus meiner Sicht in ihrer Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Hier werden bei dem wichtigen Aspekt der Verwaltung des Budgets die Selbstverwaltung der Justiz in Niedersachsen gestärkt und damit der Verfassungsanspruch der Unabhängigkeit der Justiz noch weiter gestärkt und mit noch mehr Leben gefüllt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten ist ausdrücklich zu würdigen - auch das ist ein wichtiger und richtiger Schritt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Unabhängigkeit der Justiz als dritte Staatsgewalt ist elementar für unsere Rechts- und Verfassungsordnung. Demokratie ohne funktionierenden Rechtsstaat ist zwar denkbar, sie wäre aber hoch problematisch. Ohne funktionierenden Rechtsstaat wird Demokratie zur Willkürherrschaft der Mehrheit, wie wir gerade leider in mehreren Ländern dieser Erde, auch in Europa, beobachten müssen.

Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen Richterinnen und Richtern, allen Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und auch allen sonstigen

Beschäftigten der niedersächsischen Justiz für ihre wertvolle und unverzichtbare Arbeit zu danken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist angesprochen worden, dass die Niedersächsische Verfassung die Möglichkeit zur Einrichtung von Richterwahlausschüssen seit 1993 ausdrücklich vorsieht. Der Gesetzentwurf setzt diese bewusst getroffene Verfassungsnorm nun in Gesetzesform um. Wir begrüßen das ausdrücklich.

Die Justiz in Niedersachsen ist demokratisch legitimiert - das ist gar keine Frage. Es handelt sich aber - das wissen wir alle - um eine sehr indirekte demokratische Legitimation. Sie ist abgeleitet vom Justizminister, dessen demokratische Legitimation wiederum vom Landtag abgeleitet ist, dem einzig direkt gewählten Verfassungsorgan.

Mit dem Wahlausschuss rücken die Stellenbesetzungen bei Richterinnen und Richtern näher an den Landtag, aber auch näher an die Justiz selbst heran und damit näher an den demokratischen Souverän. Das stärkt die Stellung und das Ansehen der Justiz, und das stärkt eben auch die direkte demokratische Legitimation.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der Gesetzentwurf beschränkt in der Tat die Macht der Landesregierung und weitet gleichzeitig die Macht von Landtag und Richterinnen und Richtern aus. Was er nicht beinhaltet, ist eine Möglichkeit zur etwaigen politischen Willkür. Herr Kollege Winkelmann, wenn Sie unterstellen, es bestünde die Möglichkeit, dass die Politik die Justiz überstimmt, dann ist das ausdrücklich nicht richtig. In § 93 des Gesetzentwurfs finden Sie ausdrücklich - die Ministerin hat das auch ausgeführt -, dass für Personalentscheidungen in der Tat eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig ist. Damit ist sichergestellt, dass die Politik eben nicht in der Lage ist, die Justiz, die dritte Staatsgewalt, zu überstimmen. Das würde ja sonst auch unterstellen, dass sich die Politik aus Opposition und Regierung immer komplett einig ist. Nein, in erster Linie stärkt dieser Wahlausschuss die Macht der Justiz, die Macht der Selbstverwaltung. Das finden wir ausdrücklich richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Winkelmann hat hier angesprochen, dass die Justiz nicht ausreichend ausgestattet sei. Ihre Befun-

de sind ja erst einmal auf ganz Deutschland bezogen. Für Niedersachsen bleibt festzuhalten, dass Rot-Grün in den letzten Jahren die Stellenanzahl und auch die Mittel in der Justiz insgesamt kontinuierlich verstärkt und ausgebaut hat entgegen dem Antrag der CDU-Fraktion. Herr Winkelmann, das wissen Sie ganz genau. Ihre eigene Fraktion wollte die Justiz zum Finanzsteinbruch machen. SPD und Grüne waren es, die mehr Geld für die Justiz bereitgestellt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zum Abschluss möchte ich noch auf Folgendes hinweisen: Wir haben in den vergangenen Jahren erlebt, wie CDU und FDP Kampagnen gegen Richterinnen und Richter in diesem Land geführt haben: Kampagnen gegen den Präsidenten des Landgerichtes Hildesheim, Kampagnen gegen die jetzige Präsidentin des Oberlandesgerichts Oldenburg, Kampagnen gegen den Präsidenten des Oberlandesgerichts Celle. Diese Kampagnen haben gezeigt: Ob die Justiz in das Zentrum parteipolitischer Auseinandersetzungen gerückt wird, liegt nicht in der Frage, ob es Richterwahlausschüsse gibt oder nicht, sondern in der Frage, wie verantwortungsbewusst Abgeordnete mit ihren Rechten und Möglichkeiten umgehen.

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Limburg. - Ich stelle fest, dass weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 6 nicht vorliegen. Damit schließen wir die erste Beratung zu diesem Gesetzentwurf.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll sich in diesem Fall der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen mit dem Gesetzentwurf befassen und mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer das so unterstützt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist ausreichend. Damit ist das so beschlossen und wird so geschehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich auf Veränderungen in der Tagesordnung für morgen und übermorgen hinweisen. Das ist jetzt insbesondere ein Hinweis für die vorgesehenen Rednerinnen und Redner zu den Punkten, die ich ansprechen werde. Der Tagesordnungspunkt 12 a, also

der erste Antrag zur Aktuellen Stunde, wird erst am Donnerstag nach den Dringlichen Anfragen aufgerufen. Das ist das Ergebnis einer interfraktionellen Einigung und hängt mit der Ab- bzw. Anwesenheit des zuständigen Fachressorts zusammen.

Der Tagesordnungspunkt 36 mit dem Titel „Den Wandel im Einzelhandel im Sinne vitaler Innenstädte und attraktiver Ortskerne unterstützen“ wird nach dem Tagesordnungspunkt 15 aufgerufen und schließt damit die Lücke, die durch das Verlegen des ersten Themas der Aktuellen Stunde auf den Donnerstag in der Tagesordnung für morgen entstanden ist.

Noch einmal: Der Tagesordnungspunkt 12 a wird am Donnerstag nach den Dringlichen Anfragen und der Tagesordnungspunkt 36 nach dem Tagesordnungspunkt 15 behandelt. Kommunizieren Sie das bitte auch, falls die Kolleginnen und Kollegen, die davon betroffen sind, jetzt nicht anwesend sind.

Den Abschluss des Tagesordnungspunkts 6 haben wir vorgenommen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 7:

Abschließende Beratung:

Ministerpräsident Stephan Weil muss das Verhältnis der Landesregierung zu DITIB klären - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/7423 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 17/8121

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung zu diesem Tagesordnungspunkt ist nicht vorgesehen. Daher treten wir in die Beratung ein.

Für den Antragsteller hat das Wort der Kollege Ulf Thiele, dem ich hiermit das Wort erteile. Bitte schön!

Ulf Thiele (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Der angesprochene Ministerpräsident ist leider nicht da. Das kennen wir aus diesen Debatten schon. Das war klar.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD: Oh! - Gerd Ludwig Will

[SPD]: Konzentriere dich mal auf den Inhalt!

Das ist ja ein schwieriges Thema für Sie. Das ist uns auch sehr bewusst. Denn noch vor Kurzem war die rot-grüne Landesregierung fest entschlossen, mit dem DITIB-Landesverband Niedersachsen-Bremen e. V. einen Ewigkeitsvertrag abzuschließen mit dem Ziel, DITIB zu einer Religionsgemeinschaft zu erklären, und mit der Perspektive, sie zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu machen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Schon zwei Fehler!)

Ich kann mich an die Interviews, die diese Kultusministerin zu dem Thema gegeben hat - genau mit diesem Wortlaut -, sehr gut erinnern. Meine Damen, meine Herren - - -

(Anja Piel [GRÜNE]: Vielleicht wäre es dienlich gewesen, die CDU würde sich daran erinnern! Ich meine, Sie haben am Anfang ja mit am Tisch gesessen! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Woran liegt das eigentlich, dass Sie bei diesem Thema immer so nervös werden?

(Anja Piel [GRÜNE]: Herr Thiele!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege, der Redner kann keine Zwischenfragen ans Plenum stellen. Das müssen Sie im direkten Gespräch klären. Sie haben jetzt das Wort. Bitte!

Ulf Thiele (CDU):

Meine Damen, meine Herren! Noch vor wenigen Monaten hat Ministerpräsident Weil erklärt, dass der Abschluss dieses Vertrags mit DITIB eine Selbstverständlichkeit sein müsse. Noch vor wenigen Monaten hat Rot-Grün völlig verdrängt, dass die Veränderungen, die in der Türkei seit einiger Zeit festzustellen sind, auch zu Konsequenzen bei DITIB führen. Denn DITIB ist nun einmal strukturell-organisatorisch ein integraler Teil des Amtes für religiöse Angelegenheiten in der Türkei, der Diyanet.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie den Vertrag? - Weitere Zurufe von der SPD)

Selbst als die türkische Regierung die Unabhängigkeit der Justiz in der Türkei angriff, blieb der

Ministerpräsident noch bei seiner unkritischen, ja in Teilen naiven Haltung gegenüber DITIB.

(Johanne Modder [SPD]: Ach, Herr Thiele! Wir haben wenigstens die Gespräche geführt! Sie sind ja gar nicht bei den Gesprächen dabei gewesen! Mann, Mann!)

Warum? - Offenkundig hat Herr Weil geglaubt, er könne sich so bei den Moscheegemeinden anbieten und daraus politisches Kapital schlagen.

(Zustimmung bei der CDU - Anja Piel [GRÜNE]: Och, Herr Thiele! Was für ein Niveau ist das denn?)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Thiele, jetzt haben Sie eine kurze Pause. Jetzt greife ich im Interesse des ungestörten Ablaufs Ihrer Rede ein.

Wenn Sie hier anmahnen, dass Sie hier durch diese Zwischenrufe gestört werden - das haben Sie ja mit diesem Versuch der Frage an das Präsidium getan, die ich Ihnen nicht beantworten konnte -, tue ich jetzt auf jeden Fall etwas zu Ihren Gunsten, indem ich das Plenum auffordere, Ihnen zuzuhören; denn Sie haben im Augenblick das Wort. Wenn jemand anderer Auffassung ist, dann kann man das hier am Redepult kundtun - alle Fraktionen haben noch Redezeit -, aber nicht durch ständige Zwischenrufe!

(Johanne Modder [SPD]: Lebendige Demokratie!)

Wenn im Plenarsaal Ruhe eingekehrt ist, dann setzt der Kollege Thiele fort. - Das ist jetzt der Fall. Bitte!

Ulf Thiele (CDU):

Herr Präsident, vielen Dank.

Auf diese Diskussion hin folgten dann der Putschversuch in der Türkei und ein Gegenputsch des Systems Erdogan mit gravierenden Folgen, nämlich mit einer Verhaftungswelle, mit weltweiten Bespitzelungsaktionen - auch hier in Niedersachsen - und mit einem Verfassungsreferendum, mit dem das türkische Parlament weitgehend entmachtet wurde. Fast zwei Drittel der in Niedersachsen abgegebenen Stimmen türkischer Mitbürger unterstützten dabei dieses Erdogan-Referendum.

Sogar der Vorsitzende von DITIB Niedersachsen, Yilmaz Kilic, sprach danach von einem großen

Integrationsproblem. Zuvor war auch in Niedersachsen ein Imam in Verdacht geraten, von der Diyanet als Spitzel gegen - Zitat! - „Feinde der Türkei“ eingesetzt worden zu sein. Der Ministerpräsident hielt es für klug, DITIB in einem Brief darauf hinzuweisen. Damit hat er den Verdacht und das Vorermittlungsverfahren öffentlich gemacht. Sollte es einen solchen Spitzel gegeben haben, wurde er vom Ministerpräsidenten sozusagen exklusiv über die Ermittlungen informiert und konnte er rechtzeitig Maßnahmen treffen. Klug war das nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Dieser Imam gehörte übrigens zu der großen Gruppe türkischer Beamter, die von der Diyanet aufgefordert worden waren, Informationen über Anhänger der Gülen-Bewegung, der PKK und weiterer sogenannter Feinde der Türkei zu beschaffen und zu melden.

Der Ministerpräsident muss sich zumindest vorhalten lassen, die Veränderungen, die es in den letzten anderthalb bis zwei Jahren in der Türkei gegeben hat, viel zu lange ignoriert zu haben und vor allen Dingen die Wirkung, die diese Veränderungen auf DITIB hatte, verdrängt zu haben.

Die Wahrheit ist und bleibt, liebe Freunde: Nur die kritische Haltung der CDU-Landtagsfraktion hat verhindert, dass diese Landesregierung im vergangenen Jahr einen im Hinterzimmer ausgehandelten Ewigkeitsvertrag mit der DITIB unterzeichnet hat -

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Ach, ihr wart das? - Das glaubt doch keiner! Geschichtsklitterung! Wer es glaubt!)

mit der Vorfeldorganisation der türkischen Religionsbehörde.

(Zustimmung bei der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es kam bisher nicht dazu.

SPD und Grüne sagen weiter, dass sie einen solchen Vertrag anstreben. Sie sagen aber nicht konkret, unter welchen Bedingungen. Und die Öffentlichkeit bleibt bisher im Unklaren darüber, wie das weitere Verfahren sein soll.

Frau Kultusministerin, Sie haben es noch nicht einmal für nötig befunden, der Öffentlichkeit zu erklären, ob Ihr am 30. März an DITIB geschriebe-

ner Brief überhaupt jemals beantwortet wurde und welchen Inhalt diese Antwort gegebenenfalls hatte - geschweige denn, dass Sie die Öffentlichkeit darüber informieren, ob es weitere Gespräche mit diesem Verband gegeben hat und welchen Inhalt diese gegebenenfalls hatten.

Sie planen aber weiterhin, DITIB den Weg in den Landesschulbeirat zu eröffnen. Sie halten den Kurs, alle Kooperationsmaßnahmen mit der DITIB fortzusetzen, ohne dass Sie dies an konkrete Bedingungen knüpfen. Ihre Forderung, dass sich DITIB vom Bundesverband und von der Diyanet lossagen muss, ist bisher eine Hohlformel, weil sie nicht an Konsequenzen geknüpft ist, weil die nicht erfolgten Maßnahmen - das Nichtlossagen, das Nichtabkoppeln - bei Ihnen keine politische Konsequenz findet, meine Damen, meine Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Heute wäre eine gute Gelegenheit, Transparenz zu schaffen.

Heute wäre eine gute Gelegenheit zu erklären, welche weiteren Gespräche Sie mit DITIB geführt haben.

Heute wäre eine gute Gelegenheit, zu erklären, ob Sie DITIB dazu gebracht haben, dass sie sich von der Diyanet organisatorisch-strukturell löst und sich auch vom Bundesverband organisatorisch-strukturell löst.

Heute wäre eine gute Gelegenheit, zu erklären, ob es Ihnen gelungen ist, die Forderung durchzusetzen, dass die Satzung von DITIB Niedersachsen so geändert wird, dass es keinen Durchgriff mehr auf den Vorstand der DITIB Niedersachsen vonseiten des Bundesvorstands und damit vonseiten der Diyanet gibt.

Heute wäre eine gute Gelegenheit, zu erklären, ob es tatsächlich so ist, dass das Vorstandsmitglied, das auf der Payroll der Diyanet stand, als es gewählt wurde, heute tatsächlich von der Diyanet und vom Bundesvorstand unabhängig ist oder ob es weiterhin ein Abhängigkeitsverhältnis gibt.

Heute wäre ein guter Tag, zu erklären, welche Maßnahmen Sie eigentlich bei der Gefangenen-seelsorge, beim staatlichen muslimischen Religionsunterricht, bei der Imamausbildung in Osnabrück und bei weiteren Kooperationsprojekten ergreifen wollen, wenn DITIB die Unabhängigkeit, die sie zugesagt hat, herstellen zu wollen, nicht herstellt und damit Ihre Bedingungen nicht erfüllt.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das alles ist schon erläutert worden!)

Heute wäre eine gute Gelegenheit, endlich einmal Klartext zu reden, Haltung zu zeigen und dafür zu sorgen, dass die Niedersachsen endlich wissen, ob es die Landesregierung eigentlich ernst meint, dass sie DITIB diese Bedingungen stellt, oder ob die Landesregierung vorhat, nur die Zeit bis zur Landtagswahl zu überbrücken, um den Vertrag hinterher abzuschließen und zu unterschreiben, den sie vor Monaten in Hinterzimmern vorbereitet hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Thiele. - Ich erteile jetzt das Wort dem Kollegen Stefan Politze für die SPD-Fraktion.

Stefan Politze (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Thiele, das Bemerkenswerteste an Ihrer Rede war, dass Sie davon ausgehen, dass wir nach dem 14. Januar weiterhin die Landesregierung stellen. Das trifft zu!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herzlichen Dank für diese Feststellung!

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Es gab doch einen vernünftigen Satz in seiner Rede: der letzte!)

Ihre Kritik am MP kann ich nicht so ganz teilen. Sie haben selbst nicht an allen Kultusausschusssitzungen teilgenommen, die sich mit dem Thema beschäftigt haben. Auch das hätte ich von Ihnen erwartet, wenn Ihnen dieses Thema so wichtig ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vier Monate nach Einbringung des Antrags entbehrt er immer noch einer gewissen Realitätsbezogenheit. Sie haben Ihre Rede eher dazu genutzt, eine Generaldebatte zum Thema Türkei zu führen, als sich mit Ihrem eigenen Antrag zu beschäftigen. Auch das ist sehr bemerkenswert, sehr geehrter Herr Thiele.

Die Unterrichtung am 17. März im Kultusausschuss hat ziemlich deutlich gemacht, dass es im

Hinblick auf den Landesschulbeirat keine Probleme gibt. Denn dort wird ein Auftrag des Gesetzgebers abgearbeitet - nicht mehr und nicht weniger. Das Kultusministerium widmet sich dieser Aufgabe. Es bleibt abzuwarten, auf welchen Vertreter sich DITIB und Schura einvernehmlich einigen. Denn auch das ist dabei vorgesehen, dass es eine einvernehmliche Regelung zwischen DITIB und Schura darüber gibt, wer die Vertretung im Landesschulbeirat übernimmt, der immerhin 40 Mitglieder umfasst. Wie da eine Einflussnahme erfolgen soll, wird sich nur Ihnen erschließen.

(Ulf Thiele [CDU]: Wir können die ja dann auch auflösen!)

Aus unserer Sicht ist auf jeden Fall eine Einflussnahme über diesen Weg kaum möglich, sehr geehrter Herr Kollege Thiele.

Durch das Handeln der DITIB in Niedersachsen nach Bekanntwerden der Spitzelvorwürfe ist eines sehr deutlich geworden: dass sie sich ziemlich kritisch gegenüber der Diyanet verhalten hat und auch sehr offen Kritik an der Diyanet geübt hat. Von daher kann ich an dieser Stelle nur sagen, dass die DITIB in Niedersachsen auch weiterhin ein verlässlicher Gesprächs- und Verhandlungspartner bleibt,

(Jörg Hillmer [CDU]: Wann wollen Sie denn den Vertrag unterschreiben?)

auf den wir achten sollten.

Natürlich kann man diesen Antrag nicht unterschreiben, sehr geehrter Herr Hillmer, weil er sich eigentlich in allen Punkten erledigt hat.

(Jörg Hillmer [CDU]: Wer hat ihn denn verabredet?)

Beim Beirat für den Religionsunterricht benennt nämlich nicht die Landesregierung die Vertreter der Moschee-Gemeinden, sondern die Gemeinden tun dies in eigener Zuständigkeit. - So viel zu Punkt 1 Ihres Antrags.

Der Beirat bestimmt darüber hinaus nicht, welche Unterrichtsinhalte davon betroffen sind. Das ist für den Staat vorgesehen, und das wird auch vorgegeben. Auch der Religionsunterricht ist nicht in der Verantwortung der DITIB, sondern das ist ein staatlich verantworteter Religionsunterricht.

Eine Entsendung - das hatte ich gerade gesagt - eines gemeinsamen Vertreters der islamischen Landesverbände in den Landesschulbeirat ist vom Gesetzgeber bereits vorgesehen. Von daher geht

es eher um die Ausführung dessen, was vorgesehen ist, und nicht darum, wie wir in Einzelpunkte verfallen.

Das Spannendste ist Ihr Punkt 2. Damit, was Sie sich unter einer rechtsverbindlichen Erklärung vorstellen, welche Folgen es sein sollen - ob es eine strafbewehrte Unterlassungserklärung oder Ähnliches werden soll -, bleiben Sie bei Ihrem Antrag, aber auch in Ihren Reden im Dunkeln und haben es bis zum heutigen Tage kaum begründet.

Die Aufforderung unter Punkt 3 Ihres Antrags ist längst erfolgt. Das hat der MP Weil bereits an den Vorsitzenden des Landesverbandes vorgenommen.

(Ulf Thiele [CDU]: In welcher Konsequenz?)

Der Punkt 4 ist eine Selbstverständlichkeit. Die Landesregierung wird sich entsprechend verhalten.

(Ulf Thiele [CDU]: In welcher Konsequenz?)

Es ist also festzustellen, dass dieser Antrag in allen Punkten erledigt ist, Herr Thiele. Es gibt keinen einzigen Punkt, den es noch zu beschließen gäbe.

Die Frage, die sich stellt, ist: Worauf zielt Ihr Antrag oder das Nichtzurückziehen Ihres Antrags eigentlich ab?

(Jörg Hillmer [CDU]: Dann stimmen Sie doch zu!)

Ich glaube, der einzige Punkt, um den es Ihnen geht - das machen Sie in allen Plenardebatten deutlich -, ist: Sie wollen Misstrauen säen.

(Petra Tiemann [SPD]: Genau!)

Sie wollen ein ganz tiefes Misstrauen in der Bevölkerung zu diesem Thema verbreiten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich glaube, das ist das eigentlich Verwerfliche an dieser Stelle.

Ich komme noch einmal auf einen Punkt in meiner Rede im Rahmen der Einbringung Ihres Antrags zurück. Ihre Ministerpräsidenten Wulff und McAllister waren deutlich weiter. Das, was Sie hier gerade vorgetragen haben, ist wieder der Rückfall in die alte Hasselmann-Ära.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Das wollen wir nicht, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Was weißt du denn von Hasselmann?)

Sowohl der MP als auch die Kultusministerin handeln sehr sorgfältig und bereiten nichts hinter Türen oder in Hinterzimmergesprächen vor, sondern führen vernünftige Verhandlungen, so wie sich das für eine Regierung gehört.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für diese Gespräche brauchen wir Ihre Ratschläge in der Tat überhaupt nicht. Die sind an der Stelle wirklich entbehrlich.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir sollten nicht aus den Augen verlieren, dass die DITIB ein guter Verhandlungspartner ist und wir insbesondere mit den liberalen Kräften immer weiter in konsensualen Gesprächen bleiben sollten. Das ist, glaube ich, der richtige Weg - aber nicht, Misstrauen zu säen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Deswegen werden wir den Dialog mit den liberalen Kräften fortsetzen und auch mit der DITIB in Niedersachsen weiterhin in guten Gesprächen stehen und an dieser Stelle auch auf einen fruchtbaren Weg bringen.

Abschließend bleibt eigentlich nur festzustellen: Dieser Antrag war im Februar überflüssig, er ist es jetzt, und deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Politze. - Auf Ihre Rede hat sich mit der Bitte um eine Kurzintervention der Kollege Ulf Thiele gemeldet, dem ich für 90 Sekunden das Wort erteile.

Ulf Thiele (CDU):

Herzlichen Dank, Herr Präsident, auch für den Hinweis, dass meine Redezeit kürzer sein wird.

Herr Politze, mir ist ein Punkt wichtig, damit da keine Schieflage hineinkommt: Es geht nicht darum, irgendetwas zu schüren oder Ähnliches. Auch wir sind immer wieder in guten Gesprächen mit einzelnen Vertretern der DITIB.

Es geht um ein strukturelles Problem. Das Defizit, das wir sehen - das ist im Übrigen auch der Kern unseres Antrags und der Kern der gesamten Diskussion; das haben Sie leider übersehen -, ist: Es reicht nicht, eine Forderung in den Raum zu stellen, dass die DITIB Niedersachsen - die sicherlich liberaler als viele andere Landesverbände und deutlich liberaler und entfernter von der Diyanet ist, als das für den Bundesverband gilt - einen Weg finden muss, aber ihn jetzt auch beschreiben und gehen muss, wie man den Prozess des Abnabelns von der Diyanet und vom Bundesverband organisiert und vollzieht. Die Satzungsänderungen, die dafür notwendig sind, müssen auf den Tisch. Das muss endlich stattfinden. Es hilft nichts, einmal die Forderungen in den Raum zu stellen und auszusprechen und hinterher zu sagen: Wir haben es ja jetzt gefordert, jetzt ist alles gut, jetzt machen wir weiter wie bisher! - Es fehlt die Konsequenz im Handeln dieser Landesregierung und dieses Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Genau!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Thiele. - Ich stelle fest, auf die Erwiderung wird verzichtet. Damit hat jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Belit Onay das Wort.

Belit Onay (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Thiele, ich möchte drei Punkte aus Ihrer Rede noch einmal herausgreifen. Die beiden Fehler, die Sie offensichtlich gemacht haben, sind zum einen, dass Sie von einem Ewigkeitsvertrag sprechen. Offensichtlich haben Sie den Vertragstext nicht gelesen. Artikel 14 sieht ausdrücklich eine Anpassungsklausel vor,

(Ulf Thiele [CDU]: Ich habe Ihre Ministerin zitiert!)

wonach spätestens jeweils nach fünf Jahren eine Erneuerung des Vertrags auf der Grundlage der Gegebenheiten vorgenommen werden soll.

(Johanne Modder [SPD]: Wer lesen kann, ist echt im Vorteil! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Müssen deine Zwischenrufe jeden Tag dümmere werden?)

Auch der Fragenkatalog, den, wie ich meine, die FDP an den GBD gestellt hat, und die Antworten darauf beschäftigen sich mit der Frage, ob es eine Kündigungsmöglichkeit für solche Verträge gibt. Auch dazu gibt es eine eindeutige Aussage des GBD, dass dies nach geltender verfassungsrechtlicher Lage möglich ist.

Aber auch die Transparenz gerade mit diesem Vertragstext auf der Homepage, mit den Fragen und mit den Antworten des GBD, mit dem ganzen Prozess, den das Kultusministerium im Vergleich zu allen anderen Verträgen ähnlicher Art so transparent gestaltet hat, spricht für sich.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Da sind auch Ihre Unterstellungen, es seien Hinterzimmergespräche, wirklich mehr als unfair.

Aber der eigentliche Fehler - nein, es ist gar kein Fehler -, das eigentliche Problem, das in Ihrer Rede deutlich geworden ist und hier auch zum Tragen kommt, ist doch Folgendes: Wir haben bei dieser ganzen Diskussion, wenn wir über muslimische Vereine, Verbände, über muslimisches Leben in Deutschland und auch in Niedersachsen sprechen, immer diesen Ausflug in diesen außenpolitischen, in diesen weltpolitischen Kontext, obwohl es sich ja hier bei den Muslimen faktisch um Inländer und nicht um Ausländer handelt.

(Anja Piel [GRÜNE]: Genau!)

Zugegebenermaßen - ich glaube, da sind wir wieder zusammen - liefert gerade die DITIB mit ihrer Struktur viel Munition für diese Vorwürfe. Das ist eben ihre Abhängigkeit von der Türkei. Ich habe ja in meiner Einbringungsrede damals darauf hingewiesen, wie das zustande gekommen ist. Damals, in der Wirklichkeit der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, hat man genau diese Strukturen festgeklopft.

Zu Recht fordern die islamischen Verbände auch eine Anerkennung. Das steht ihnen qua Verfassung unbenommen auch zu. Aber ich glaube - das möchte ich ausdrücklich betonen -, dass es auch für die islamischen Verbände falsch ist, sich nur auf rechtliche Statusfragen und Anerkennungsfragen zu kaprizieren und zu fokussieren. Ich glaube, es geht um mehr. Da muss ich auch sagen, dass mich das Krisenmanagement gerade des Bundesverbandes der DITIB wirklich verzweifeln lässt. Ich frage mich, ob man dort die Tragweite dieser Krise wirklich erkannt hat. Bei dieser aktuellen Krise geht es nämlich nicht nur um rechtliche Statusfragen oder Vertragsfragen, sondern um die Glaubwür-

digkeit sowohl der DITIB als auch der islamischen Religionsgemeinschaften. Spätestens mit dem Rücktritt des frustrierten Vorstands der DITIB-Jugend wird klar, dass man hier die Zukunft der eigenen Jugend verspielt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen sehen wir doch, was das eigentlich für das muslimische Leben in der Fläche bedeutet.

Gerade jetzt aktuell, im Ramadan, sind sicherlich viele Kolleginnen und Kollegen zum Fastenbrechen vor Ort eingeladen. Sie hören die Diskussionen. Sie sehen, was in den Gemeinden vor Ort gemacht wird. Sie sehen das ehrenamtliche Engagement, das wir auch bei der Flüchtlingsthematik beobachten konnten. Da zeigt sich, dass es in der Fläche nicht um Innen-, Außen- oder Weltpolitik geht, sondern um konkrete Fragen, um eine Ausgestaltung des Zusammenlebens.

Da stellt sich gerade für die muslimische Jugend natürlich nicht gar mehr die Frage der Zugehörigkeit zu Deutschland. Es geht vielmehr darum, diese Zugehörigkeit mit Handeln, mit Visionen, mit Leben zu füllen. Und da liefert die DITIB-Zentrale zurzeit leider keine Antworten.

Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass wir hier in Niedersachsen mit der DITIB und dem Landesvorsitzenden eine etwas andere Situation haben. Ich habe mich sehr über die kritischen - selbstkritischen - Einlassungen und Aussagen des Landesvorsitzenden, Yilmaz Kiliç, sowohl zu den Spionagevorwürfen als auch bei anderen Gelegenheiten gefreut. Ich glaube, damit hat er vielen Menschen aus der Seele gesprochen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb war es auch wichtig, dass die Landesregierung den Dialog, den schon die Vorgängerregierungen - egal welcher Couleur - geführt haben, fortgesetzt hat, dass sie ihn vertieft hat und weiterhin versucht, mit einem Dialog aus dieser Sackgasse herauszukommen.

Wer übrigens eine Positionierung des Ministerpräsidenten Stephan Weil haben möchte, den möchte ich gerne auf die wirklich bemerkenswerte Rede hinweisen, die er beim Fastenbrechen bei der Schura gehalten hat. Das war, glaube ich, eine sehr gute Beschreibung der aktuellen Situation: des strukturellen Problems der Verbände, das ich

gerade beschrieben habe, aber auch der großen Skepsis, mit der die Mehrheitsbevölkerung auf Islam und Muslime hier in Deutschland schaut. Die Umfragen sehen da ein wirklich schwieriges Selbstbild, ein verzerrtes Selbstbild:

(Glocke des Präsidenten)

Obwohl 90 % der Bevölkerung ein liberales Selbstbild von Religion und von anderen religiösen Gruppen pflegen und möchten, stimmen doch knapp 50 % der Aussage zu, dass die Ausübung des islamischen Glaubens stark eingeschränkt werden sollte.

Das ist das Spannungsfeld, in dem wir uns aktuell in der Politik, aber auch in der Gesellschaft bewegen. Darauf muss es natürlich Antworten geben, -

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Belit Onay (GRÜNE):

- im Dialog mit den Religionsgemeinschaften.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Ich wollte gerade feststellen, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Aber die Kultusministerin hat sich zu Wort gemeldet. Dass Sie zu Wort kommen, bevor alle Fraktionen gesprochen haben, ist zulässig, Frau Ministerin. Es liegt keine andere Wortmeldung als Ihre vor.

Für die Landesregierung hat Frau Kultusministerin Heiligenstadt das Wort. Bitte!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus Respekt vor den parlamentarischen Gepflogenheiten habe ich natürlich normalerweise gerne den Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen den Vortritt gelassen, Herr Dr. Birkner.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist nett! Danke! Ich verzichte gerne! - Jens Nacke [CDU]: Wir werden beizeiten darauf zurückkommen!)

Aber ich kann auch gerne jetzt meine Ausführungen dazu machen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident Weil hat

sich bereits im März hier im Landtag zu diesem Entschließungsantrag geäußert. Er hat in diesem Zusammenhang ausgeführt, dass das Land Niedersachsen in den zurückliegenden Jahren unter unterschiedlicher politischer Regierungsverantwortung auf vielen Feldern vertrauensvoll und erfolgreich mit DITIB Niedersachsen zusammengearbeitet hat, obwohl durchaus bekannt war, dass es schon immer eine besondere Beziehung zwischen DITIB und dem türkischen Staat gab.

Herr Ministerpräsident Weil hat ferner auf die aktuellen Veränderungen in der politischen Ausrichtung der Türkei hingewiesen und darauf, dass das Land Niedersachsen das Verhältnis zu DITIB vor diesem Hintergrund neu definieren müsse. Dabei hat er aber betont, dass vor allem DITIB selbst ihr Verhältnis zur Türkei neu definieren muss.

Eine entsprechende Diskussion muss zunächst innerhalb der DITIB geführt werden. Da nutzt es nichts, sehr geehrter Herr Thiele, dass Sie die Landesregierung auffordern, dass die DITIB-Satzung geändert werden müsse. Nein, die DITIB muss ihre Satzung selbst ändern.

(Ulf Thiele [CDU]: Aber Sie müssen Konsequenzen ziehen, wenn sie es nicht tut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ich habe vor wenigen Wochen an dieser Stelle bereits zu DITIB gesprochen und möchte hier noch einmal folgenden Aspekt, der aus meiner Sicht in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung ist, betonen: Es entzieht sich dem Einflussbereich der Landesregierung, die Unabhängigkeit von Verbänden bzw. Vereinen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger von ihren Herkunftsstaaten, wie Sie in Ihrem Antrag schreiben, zu gewährleisten.

Die innere Organisation und Verfasstheit ist zunächst allein Angelegenheit des jeweiligen Verbandes. Gleichwohl besteht die Möglichkeit, bestimmte Bestrebungen zu unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landesregierung hat gemeinsam mit den Verhandlungspartnern Schura und DITIB im Januar die Entscheidung getroffen, die Verhandlungen über die eben angesprochene Vereinbarung bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode auszusetzen. Die Landesregierung hat in diesem Zusammenhang aber auch immer wieder deutlich gemacht, dass ihr an einer Fortsetzung der bisherigen vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Verbänden weiterhin sehr gelegen ist. Es ist deshalb das gemeinsame

Ziel der Landesregierung und des DITIB-Landesverbandes, die offenen Fragen im Hinblick auf dessen Unabhängigkeit vom türkischen Staat zu klären.

Dabei ist hervorzuheben, dass DITIB Niedersachsen in der Diskussion um die Frage der Unabhängigkeit vom türkischen Staat eine positive Rolle spielt. Es ist das erklärte Ziel des niedersächsischen DITIB-Landesverbandes, vom türkischen Staat unabhängig zu sein. Das hat der Vorsitzende mehrfach erklärt. Dies ist mir persönlich - auch in meinen Gesprächen mit dem Vorsitzenden des Landesverbandes, Herrn Kiliç - mehrfach deutlich geworden. Der Landesverband wird sich unbedingt dafür einsetzen, die erforderliche Unabhängigkeit sicherzustellen. Erst am Sonntag habe ich von Herrn Kiliç - wiederum im Rahmen eines gemeinsamen Fastenbrechens - den Hinweis bekommen, dass die DITIB Niedersachsen an einer entsprechenden Satzungsänderung arbeitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei diesen Bemühungen verdient die DITIB Niedersachsen die Unterstützung der Niedersächsischen Landesregierung. Diese habe ich ihr auch im Namen des Herrn Ministerpräsidenten zugesagt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Der Ministerpräsident lässt sprechen!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt das Wort der Kollege Dr. Stefan Birkner.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte als Ausgangspunkt das nehmen, was der Herr Ministerpräsident in der Debatte im März dazu gesagt hat. Da hat er ausweislich des Plenarprotokolls eine Frage in den Raum gestellt, die wie folgt lautete:

„Sollten wir nicht viel lieber miteinander und insbesondere auch mit DITIB intensiv daran arbeiten, sicherzustellen, dass die notwendige Unabhängigkeit der DITIB von einem anderen Staat auch in Niedersachsen gewahrt wird?“

Das war ja eine rhetorische Frage. Sinn und Zweck war, zu verdeutlichen, dass das die Zielrichtung ist.

(Zustimmung von Ministerpräsident
Stephan Weil)

Jetzt ist die spannende Frage, Frau Ministerin bzw. Herr Ministerpräsident: Was tun Sie denn konkret, um das zu erreichen?

Frau Ministerin, Sie haben gerade davon gesprochen, dass die DITIB selbst ihre Satzung ändern müsse; man könne die Verfasstheit ja nicht selber in die Hand nehmen. Der Ministerpräsident spricht aber davon, dass „sicherzustellen“ ist, dass die notwendige Unabhängigkeit gewahrt wird.

Was ist denn jetzt die Strategie der Landesregierung? Was haben Sie denn in der Zwischenzeit getan, um die Unabhängigkeit tatsächlich sicherzustellen? - Diese Frage müssen Sie beantworten.

Oder lassen Sie das Thema jetzt einfach liegen? Warten Sie die Wahl ab und versuchen Sie dann einen neuen Anlauf? - Das würde Ihrer Verantwortung allerdings nicht gerecht werden. Denn wir haben den Religionsunterricht, wir haben die Ausbildung der Imame, und wir haben die Gefangenseelsorge. Da stellt sich doch die gleiche Frage wie bei der Vereinbarung mit den islamischen Religionsgemeinschaften oder Verbänden - wie auch immer man es sehen mag -, nämlich die Frage, welche Rolle der türkische Staat spielt.

(Zustimmung von Jan-Christoph Oetjen [FDP] und Beifall bei der CDU)

Sie können doch nicht auf der einen Seite sagen: „Wir schließen die Verträge nicht, weil die Einflussnahme durch den türkischen Staat nicht ausgeschlossen ist“, und auf der anderen Seite bei den Dingen, bei denen der niedersächsische Staat mit den Religionsgemeinschaften institutionalisiert kooperiert, sagen: Da spielen die Fragen, die der Ministerpräsident selber aufgeworfen hat, gar keine Rolle.

(Zuruf von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

- Ja, aber was tun Sie denn, Frau Kollegin? - Sie tun nichts! Ihre Ministerin hat hier das Gleiche gesagt, was der Ministerpräsident im März gesagt hat. Es liegen einige Monate dazwischen. Sie schauen zu. Sie lassen das weiter auf sich zukommen und versuchen, die Problematik auszusitzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das wird den Herausforderungen nicht gerecht und ist deplatziert. Sie haben diese Fragestellungen selber erkannt, tun aber nichts.

Ich hätte gerne einmal eine Erklärung, Frau Ministerin oder Herr Ministerpräsident: Was passiert denn jetzt eigentlich konkret? Wollen Sie hier nur den Antrag ablehnen, und damit geht es dann irgendwie weiter? Oder - das war eigentlich die Hoffnung, die auch ich mit diesem Antrag verbunden habe - tritt man wieder in eine ernsthafte Diskussion darüber ein, wie es in diesen einzelnen Fällen weitergehen kann?

Aber da scheint ja offensichtlich Fehlanzeige zu sein. Denn das, was Sie sagen, sind im Prinzip die Allgemeinplätze, die Sie immer bei diesem Thema von sich geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Widerspruch von Filiz Polat [GRÜNE])

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Frau Ministerin Heiligenstadt hat noch einmal das Wort. Bitte schön!

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Birkner, wenn man an den Sitzungen des Kultusausschusses nicht teilnimmt, kann man natürlich nicht unbedingt wissen, was dort besprochen wurde.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den
GRÜNEN - Zuruf von den GRÜNEN:
Aha! - Zuruf von der CDU: Sagen Sie
es doch! - Weitere Zurufe)

Mehrfach ist von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses vorgetragen worden, dass mit der DITIB weiterhin Gespräche geführt werden.

(Jörg Hillmer [CDU]: Was machen Sie
denn? Sagen Sie es uns doch!)

Und natürlich ist nicht nur der Brief, den der Ministerpräsident an die DITIB geschrieben hat, sondern auch der Brief, den ich als Ministerin der DITIB und der Schura hinsichtlich der Kriterien, die zur Anerkennung einer Religionsgemeinschaft erfüllt werden müssen, dem Kultusausschuss vorgelegt worden.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das haben Sie seit März gemacht?)

Ich habe in meinem Beitrag gerade erwähnt, dass ich am Sonntagabend im Rahmen eines Fastenbrechens von Herrn Kiliç den Hinweis bekommen habe, dass die DITIB an einer Satzungsänderung arbeitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie haben sich hier verrannt. Sie haben einen Antrag gestellt, der längst erledigt ist. Und jetzt versuchen Sie, mit erfundenen Fragen Unterstellungen zu konstruieren, die schlicht und ergreifend nicht der Wahrheit entsprechen.

(Zustimmung von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Wenn es jemanden gibt, der mit DITIB-Landesverband und Schura ordentlich redet, damit wir weiterhin im Dialog bleiben und die gute gesellschaftliche Entwicklung gemeinsam mit den Musliminnen und Muslimen in Niedersachsen vorantreiben können, dann ist es diese Landesregierung - aber ganz bestimmt nicht die Opposition, die ständig versucht, Störfeuer zu entzünden.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Der Kollege Ulf Thiele hat für die CDU-Fraktion um zusätzliche Redezeit gebeten.

(Ulf Thiele [CDU]: Ich habe noch Restredezeit, aber okay!)

Aufgrund des Debattenverlaufs und der Redesituation der Landesregierung - und aufgrund Ihrer Restredezeit, Herr Kollege Thiele - haben Sie für maximal zwei Minuten das Wort.

(Jens Nacke [CDU]: Zwei? Warum denn zwei? Sie hat doch normal gesprochen!)

Ulf Thiele (CDU):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Frau Ministerin, Sie beschreiben das Problem de facto ja selbst.

(Jens Nacke [CDU]: Herr Präsident! Das entspricht überhaupt nicht den Gepflogenheiten des Hauses!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Thiele, setzen Sie fort! - Das mache ich mit dem Kollegen Nacke an anderer Stelle, weil es hier keinen Anlass gibt, mit ihm zu diskutieren.

(Zustimmung bei der SPD)

Ulf Thiele (CDU):

Frau Ministerin, Sie beschreiben das Problem de facto ja selbst. Sie führen hier aus, dass Sie Briefe schreiben. Aber die Tatsache, dass Sie hier nicht sagen können, was in den Antworten steht, zeigt uns, dass Sie nicht einmal eine schriftliche Antwort bekommen haben.

Sie sind in einer Situation, in der Sie den Verbänden, in der Sie DITIB gegenüber keine klaren Vorgaben machen wollen, was die Bedingungen für die weitere Zusammenarbeit sind und was die Konsequenz ist, wenn bestimmte Schritte nicht gegangen werden. Sie trauen sich das nicht. Das hat aber zur Folge, dass wir in einer Situation sind, dass Sie in einer Situation sind, die man nicht anders als mit dem Wort „festgefahren“ beschreiben kann.

(Zustimmung von Jörg Hillmer [CDU] - Johanne Modder [SPD]: Ach herrje! - Weitere Zurufe)

- Liebe Johanne Modder, die Wahrheit ist doch, dass die Bedingungen, die jetzt sehr vage durch diese Landesregierung formuliert wurden, noch vor wenigen Wochen gar keine Bedingungen für Sie waren, um den Vertrag, über den wir u. a. diskutieren, abzuschließen.

(Johanne Modder [SPD]: Sagt doch einfach mal, was ihr wollt! Ihr wollt streiten und nichts anderes!)

Sie wollten im letzten Jahr unterschreiben. Sie haben uns einen Vertrag vor die Nase gelegt, der - das war intransparent - zwei Jahre lang unter Ausschluss des Parlamentes und der Öffentlichkeit verhandelt wurde,

(Zuruf von Johanne Modder [SPD])

der nirgendwo im Internet stand, der nirgendwo in der Öffentlichkeit diskutiert werden konnte. Und als Sie mit Ihren Verhandlungen fertig waren, haben Sie ihn auf den Tisch gelegt und uns gesagt: Fressst oder sterbt! Wir erwarten von euch, dass ihr zustimmt.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hätten wir das getan, wären wir in riesigen Schwierigkeiten gewesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Johanne Modder [SPD]: Meine Güte,
was soll das denn? - Zuruf von den
GRÜNEN: Betreiben Sie doch keine
Geschichtsklitterung! - Weitere Zurufe
von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen. -
Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesord-
nungspunkt liegen hier nicht vor. Damit schließen
wir die zweite Beratung zu diesem Entschlie-
ßungsantrag.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses
folgen und damit den Antrag der Fraktion der CDU
in der Drucksache 17/7423 ablehnen will, den bitte
ich jetzt um das Handzeichen. - Ich frage nach den
Gegenstimmen. - Gibt es Enthaltungen? - Das ist
nicht der Fall. Dann sind Sie mit Mehrheit der Aus-
schussempfehlung gefolgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 8:
Abschließende Beratung:

**Konsequent gegen gefährliches Verhalten im
Straßenverkehr** - Antrag der Fraktion der SPD
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
Drs. 17/6247 - Beschlussempfehlung des Aus-
schusses für Inneres und Sport - Drs. 17/8168

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag unver-
ändert anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist auch hier nicht vorgese-
hen.

Wir treten in die Beratung ein. Für die antragstel-
lenden Fraktionen hat Frau Kollegin Meta Janssen-
Kucz, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.
Bitte schön!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Au-
gust letzten Jahres haben wir in unserem rot-grü-
nen Antrag deutlich gemacht, dass wir konsequent
gegen gefährliches Verhalten im Straßenverkehr
eintreten und vorgehen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im vergangenen Jahr starben wieder 3 200 Män-
ner, Frauen und Kinder im Straßenverkehr. Auch
wenn die Zahl der Opfer abnimmt, ließen sich sehr
viele Fälle allein durch Beachtung der Geschwin-
digkeitsvorschriften vermeiden. Rasen, zu dichtes
Auffahren und Drängeln sind weiterhin die größten
Gefahren auf unseren Straßen.

(Susanne Menge [GRÜNE]: Hört, hört!)

Wichtig ist uns und Innenminister Boris Pistorius,
dass unsere Straßen sicherer werden

(Beifall bei den GRÜNEN und Zu-
stimmung bei der SPD)

und dass die Zeiten der Ordnungswidrigkeiten im
Verkehrsrecht vorbei sind. Rasen und Drängeln im
Straßenverkehr sind keine Kavaliersdelikte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für mich ist absolut nicht nachvollziehbar, warum
Rasen und illegale Rennen auf öffentlichen Stra-
ßen, auf denen die Straßenverkehrsordnung gilt,
bisher als Ordnungswidrigkeiten und eben nicht als
Straftaten geahndet wurden.

**(Vizepräsident Karl-Heinz Klare über-
nimmt den Vorsitz)**

Bei den illegalen Autorennen ist es noch heftiger.
Sie sind illegal, aber die Teilnahme daran wird nur
mit einem Bußgeld von 400 Euro und/oder drei
Monaten Fahrverbot geahndet - eben weil das nur
eine Ordnungswidrigkeit ist.

Der Bundesrat hat unsere Initiative im September
2016 aufgenommen und eine Gesetzesinitiative
auf den Weg gebracht. Darin werden endlich Haft-
strafen für Beteiligte an illegalen Autorennen vom
Bundesverkehrsministerium eingefordert. Sie sol-
len bis zu zehn Jahren betragen, wenn jemand bei
einem solchen Rennen schwer verletzt oder getö-
tet wird. In den letzten Jahren haben diese illega-
len Autorennen zugenommen. Dabei sind Men-
schen nicht nur schwer verletzt, sondern auch
getötet worden.

(Zuruf von Jan-Christoph Oetjen
[FDP])

Und das geschah nur für einen Kick sowie für das
Ansehen in der Raser-Szene?

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir alle haben im Februar ein Urteil der Berliner
Richter verfolgt, durch das erstmals zwei junge
Männer zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt
wurden und durch das ihnen lebenslang der Füh-

erschein entzogen wurde. Diese jungen Männer haben billigend in Kauf genommen, dass Unbeteiligte getötet werden. Ihre PS-starken Autos haben diese Männer als gemeingefährliches Mittel eingesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächste Woche wird der Bundesgerichtshof dazu ein mit großem Interesse erwartetes Urteil über zwei andere Autoraser aus Köln sprechen. In diesem Fall wurde eine junge Radfahlerin getötet.

Trotz aller Aufforderungen - auch des Bundesrates - ist im Bundestag und im Hause Dobrindt wenig bis gar nichts passiert.

(Zustimmung von Susanne Menge [GRÜNE])

Jetzt haben die Grünen im Bundestag eine Gesetzesnovelle auf den Weg gebracht, die genauso wie Rot-Grün in Niedersachsen stärkere Strafen vorsieht. Uns ist wichtig, dass es dabei nicht nur um illegale Rennen geht, sondern auch um die alltägliche Raserei, wie ich eingangs deutlich gemacht habe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz wichtig ist, unsere Justiz in die Lage zu versetzen, die Autos von Rasern einzuziehen und ein Fahrverbot von bis zu zwölf Monaten Länge zu erteilen. Wir haben die Aufgabe, gerade Kinder und ältere Menschen vor diesen hemmungslosen Rasern zu schützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Empfindliche Strafen für sehr verkehrsgefährdendes Rasen tragen dazu bei, dass unsere Straßen ein Stück weit sicherer werden. Lassen sie uns den Antrag beschließen! Hören Sie auf mit Ihrer Abwehr! Lassen Sie uns weiter Druck aufbauen! Die Menschenleben sind es wert.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Janssen-Kucz. - Jetzt hat sich zu Wort gemeldet Jan-Christoph Oetjen für die FDP-Fraktion. Bitte schön!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Meta Janssen-Kucz, was

Sie hier erzählt haben, ist ja alles schön und gut. Aber leider steht davon überhaupt nichts in dem Antrag, den SPD und Grüne in den Niedersächsischen Landtag eingebracht haben.

(Zustimmung bei der FDP)

Dort steht, dass zu dichtes Auffahren, Drängeln und überhöhte Geschwindigkeit zu den größten Gefahren auf deutschen Straßen gehören - das stimmt ja auch - und dass die Bußgelder dafür deutlich angehoben werden sollen. Man kann jetzt darüber streiten, ob diese Forderung richtig ist oder nicht. Aber von Straßenrennen

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Illegale Autorennen! Nennen wir es beim Namen!)

- bzw. illegalen Autorennen - steht in Ihrem Antrag überhaupt nichts. Es wäre gut, wenn Sie auch dazu mal einen Antrag einbringen würden.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Haarspalterei! Geht es um Sicherheit oder nicht?)

Das haben Sie aber nicht getan, sondern Sie haben einen Antrag zu dem eingebracht, was 50 bis 80 % aller Autofahrer täglich im Straßenverkehr erleben. Es sind diese Autofahrer, die Sie mit Ihrem Antrag ansprechen, nicht die illegalen Raser und die Teilnehmer an Autorennen.

(Zustimmung bei der FDP)

Die Begründung, die Sie herangezogen haben, finde ich durchaus spannend. Im Innenausschuss wurde uns gesagt, es gibt Länder in der Europäischen Union, in denen die Strafen höher sind, und dort gibt es weniger Unfalltote. Das stimmt. Es gibt aber auch Länder mit niedrigeren Strafen und weniger Unfalltoten. Und es gibt Länder mit höheren Strafen und mehr Unfalltoten als in Deutschland.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Frage, ob die Leute ordentlich Auto fahren und ob es Unfalltote gibt oder nicht, allein am Bußgeld festzumachen, ist völlig an den Haaren herbeigezogen. Jede Statistik zeigt, dass die Strafe allein nichts am Verhalten ändert. Und deswegen, verehrte Kollegin Janssen-Kucz, hat Ihr Antrag auch nur ein einziges Ziel, nämlich die Autofahrer aufs Korn zu nehmen. Sein Ziel ist es nicht, illegale Straßenrennen zu bekämpfen.

(Zustimmung bei der FDP)

Am bemerkenswertesten finde ich allerdings, dass höhere Bußgelder für Autofahrer das einzige in-

nenpolitische Thema sind, das Sie bislang in dieses Haus eingebracht haben. Meine Damen und Herren, das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen! Das einzige innenpolitische Thema, das Rot und Grün in Niedersachsen bisher in den Landtag eingebracht haben, zielt auf höhere Bußgelder für Autofahrer ab. Wir diskutieren hier über Terrorismus und über die Frage, wo die Gefährder sind - wovon der Minister keine Ahnung hat. Wir reden darüber, dass die Einbruchskriminalität in diesem Land dramatisch steigt, die Aufklärungsquote seit dem Zeitpunkt, seit dem Rot-Grün am Drücker ist, aber von 25 % auf 20 % gesunken ist.

Auf all das haben Sie jedoch keine Antworten,

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Doch, haben wir!)

sondern Sie bringen einen Antrag zum Thema „höhere Bußgelder für Autofahrer“ in den Landtag ein. Verehrte Damen und Herren, das kann doch wohl nicht angehen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es kann doch wohl nicht angehen, dass sich Rot-Grün innenpolitisch einzig und allein auf das Thema „höhere Bußgelder für Autofahrer“ beschränkt. Ich verstehe echt nicht, in welcher Welt Sie leben, verehrte Frau Kollegin Janssen-Kucz.

Ich will Ihnen einmal eines sagen: Die Leute in diesem Land erwarten von der Politik Antworten auf die drängenden sicherheitspolitischen Fragen,

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Die haben wir!)

auf Fragen wie: „Wie geht es mit den Gefährdern in diesem Land weiter? Wo halten die sich überhaupt auf?“ - Dazu hat die Landesregierung offensichtlich keine Informationen. - „Wie können wir vor Dieben und Einbrechern geschützt werden, die in unsere Häuser einsteigen?“ - Darauf erwarten die Leute eine Antwort. Aber das einzige Thema, das der innenpolitische Zugbegleiter von Martin Schulz aufbringt, ist das Thema „höhere Bußgelder für die Autofahrer“. Dafür habe ich kein Verständnis, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Oetjen. - Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen liegt eine Wortmeldung zu einer Kurzintervention vor. Frau Janssen-Kucz, bitte schön!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was war das denn für eine Nummer?

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Sagen Sie doch bitte erst einmal, ob Sie für mehr Sicherheit im Straßenverkehr sind oder nicht!

Zweitens. Ich lebe schon in der realen Welt und nehme die ganz alltäglichen Sorgen und Ängste der Bevölkerung wahr. Und dazu gehören nun einmal die Sicherheit im Straßenverkehr sowie die Angst vor Rasern und vor Dränglern, aber auch vor illegalen Autorennen in der Stadt. Negieren Sie das bitte nicht!

Sie wissen genauso gut wie ich, welche Themen wir im Ausschuss beraten, wie wir arbeiten und wie wir an vielen Stellen auch gemeinsam arbeiten. Sie wissen, dass Rot-Grün z. B. einen Antrag zum Thema Wohnungseinbrüche in den Landtag eingebracht hat, den wir hier verabschiedet haben und der vom Bundesrat aufgenommen, bearbeitet und auch beschlossen wurde. Auch notwendige Änderungen in Sachen Opferschutz sind auf den Weg gebracht worden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Machen Sie hier bitte nicht alles kaputt! Sagen Sie einfach einmal ganz klar, welche Position Sie einnehmen: Wollen Sie die Menschen auch im alltäglichen Leben schützen - ja oder nein?

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Meta Janssen-Kucz. - Wie ich sehe, möchte Herr Oetjen antworten. Bitte schön!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Kollegin Janssen-Kucz, natürlich ist das Thema „Sicherheit im Straßenverkehr“ wichtig. Dieses Thema aber als einziges zentrales innenpolitisches Thema von Rot und Grün auf den Weg zu bringen, ist doch - - -

(Johanne Modder [SPD]: Das ist doch nicht wahr!)

- Natürlich ist das die Wahrheit, liebe Johanne Modder!

(Johanne Modder [SPD]: Es ist abenteuerlich, was Sie da erzählen!)

- Können Sie sich daran erinnern, wann Sie das Gefahrenabwehrgesetz in den Landtag eingebracht habt? - Das ist Monate her. Seitdem kommt es nicht voran. Im Innenausschuss gibt es keine Beratungen über die Frage, wie unsere Polizei zukünftig aufgestellt sein soll.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Lesen Sie doch mal den Haushalt! Da steht alles drin!)

Sie bewegen sich immer nur dann, wenn CDU und FDP Anträge zum Thema „Einbruchskriminalität“ oder zum Thema „Gefährder“ einbringen. Nur dann sagen Sie: Vielleicht müssen wir auch einmal eine Position dazu einnehmen und etwas Eigenes aufschreiben. - Das ist doch die Wahrheit! In der Innen- und Rechtspolitik ist Rot-Grün in Niedersachsen sprachlos und konzeptlos.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Die FDP ist da ein Totalausfall!)

Wenn Ihre einzigen Konzepte, verehrte Kollegin Janssen-Kucz, die sind, die Bußgelder für Autofahrer zu erhöhen - die wieder die Melkkühe der Nation sein sollen -, dann ist das der falsche Weg. Wir müssen uns vielmehr über die Sicherheitslage hier im Land unterhalten. Das machen CDU und FDP.

Gott sei Dank ist es im Januar mit Rot-Grün in Niedersachsen vorbei, und dann machen wir wieder eine ordentliche Politik.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Gerd Ludwig Will [SPD]: Träumer! Träumer!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Jetzt hat sich zu Wort gemeldet Rainer Fredermann für die CDU-Fraktion.

Rainer Fredermann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Dass wir diesen Antrag behandeln, ist gut; denn er macht gar keinen Sinn. Damit hängt auch zusammen, dass sich der Kollege Oetjen so in Rage geredet hat. Ich muss ihn jetzt aber leider korrigieren; denn: Auch mit der Sicherheit im Straßenverkehr wollte sich Rot-Grün fast ein Jahr lang nicht beschäftigen - also nicht nur mit der Einbruchskriminalität nicht. Dieser Antrag ist nämlich vom 9. August und wurde im Ausschuss vier-

mal von der Tagesordnung genommen. Es hat Sie eigentlich gar nicht interessiert, was mit diesem Antrag los ist.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Fredermann, ich darf Sie kurz unterbrechen. Herr Watermann würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Rainer Fredermann (CDU):

Nein danke, ich fange ja gerade erst an.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Nein. - Bitte schön!

Rainer Fredermann (CDU):

Und weil Sie gemerkt haben, dass dieser Antrag im Prinzip substanzlos ist, kommen Sie heute mit illegalen Autorennen um die Ecke, liebe Kollegin. Darüber haben wir in all den zurückliegenden Beratungen aber nie gesprochen, und das war auch nicht Inhalt der Unterrichtungen.

Die Unterrichtungen waren kurz und knapp. Herr Kollege Oetjen hat ja gerade beschrieben, wie es mit den Vergleichen war: In Deutschland 41 Getötete auf 1 Million Unfälle im Jahr, in den Niederlanden und in Schweden je 28, in Großbritannien und Norwegen jeweils 29. Argumentiert wurde: In diesen Ländern ist das Bußgeld höher, und deswegen gibt es dort weniger Verkehrstote.

Das Problem bei dieser Argumentation ist aber Folgendes: Zum einen ist die Verkehrsdichte in diesen Ländern eine andere. Zum anderen gibt es Länder, in denen das Bußgeld höher ist, aber leider auch die Anzahl der Unfalltoten. Von daher können diese beiden Aspekte auch nicht miteinander verknüpft werden.

Ich bin fest davon überzeugt: Bevor wir uns über die Höhe der Bußgelder unterhalten - die werden ja in Berlin festgelegt -, sollte noch einmal untersucht werden, wie es überhaupt zu diesen Unfällen mit Todesopfern kommt.

Sicherlich kann die Höhe eines Bußgeldes zu Verhaltensänderungen führen. Ich glaube jedoch, dass sich die meisten Unfallverursacher vorher keine Gedanken darüber machen, wie hoch die Bußgelder sind, die sie anschließend zu tragen haben. Die Ursachen sind sicherlich etwas anderer

Natur. Ich glaube, das ist letztendlich der jeweiligen Situation geschuldet.

Meines Erachtens hängt die Häufigkeit der Unfälle insbesondere auf den Autobahnen von der Verkehrsdichte wie z. B. den Staus und dem damit verbundenen zähflüssigem Verkehr und dann wiederum freien Verkehrsabschnitten zusammen, wo die Autofahrer dann versuchen, die vermeintlich verlorene Zeit wieder aufzuholen. Ich glaube also, ein großer Anteil an der Schuld für diese Verkehrsunfälle liegt in dem Zeitdruck, den sich die Menschen selbst machen.

Den Spruch „Herr Wachtmeister, geben Sie mir doch mal schnell ein Ticket, ich muss weiter!“ hat sicherlich jeder Polizist schon gehört. Was meines Erachtens noch hinzukommt, sind der gestiegene Egoismus und die Gereiztheit bei den Autofahrern. Auch das muss man berücksichtigen. Aber das allein kann ich mit Bußgeldern leider nicht regeln. Da muss man andere Dinge berücksichtigen.

Aus meiner Sicht könnten wir in Niedersachsen dieses Thema etwas lockerer angehen, wenn wir Entlastung auf den Autobahnen schaffen würden.

(Jörg Bode [FDP]: Genau! - Gegenruf von der SPD)

Schauen Sie bei der A 2 und auf die A 7 auf den Verkehr, der dort steht, nicht fährt! Uns fehlt hier die Entlastung dieser Autobahnen durch zusätzlichen Ausbau bzw. durch den Bau von Entlastungsstrecken wie die A 39, die Sie permanent behindern.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Sicherlich muss man insbesondere die Lkw-Fahrer - das haben wir ja auch vor Ort auf der A 2 erlebt - darauf kontrollieren, ob sie ihre Fahrzeiten einhalten, ob sie die Tempomaten und die Abstandsautomatik einschalten. All das könnte zu einer Verhaltensänderung führen.

Was bei der Unterrichtung auch herauskam - und die Frage konnten Sie uns nicht beantworten -: Wer kann uns eigentlich sagen, welches Bußgeld wirkungsvoll wäre? Wann tut ein Bußgeld wirklich weh?

Letztendlich - das ist aber sicherlich die größte Herausforderung - kann uns auch niemand sagen, wie das Einkommen festgestellt werden soll und in welcher Höhe das Ticket oder der Strafzettel in der Praxis dann ausgestellt werden soll, wenn man

nicht weiß, wie hoch das Einkommen des zu Bestrafenden ist.

Also: Es bleiben mehr Fragen als Antworten aus der Unterrichtung übrig.

Ich habe am Anfang gesagt: Es wird Zeit, dass wir darüber beraten. Wie gesagt, im August 2016 haben wir darüber hier im Landtag beraten, und die Landesregierung hat im Oktober eine Bundesratsinitiative zur Reformierung des Bußgeldsystems und zu einer Erweiterung der Sanktionen in der Bußgeldverordnung in Berlin gestartet. Das heißt, Ihr Antrag war ab Oktober eigentlich überflüssig.

Das Ganze, was wir hier heute veranstalten, hätten wir schon im Oktober beenden können, wenn Sie Ihren Antrag zurückgezogen hätten, weil er sich erledigt hat.

Ich glaube, letztendlich hatte Ihr Antrag nur den Zweck, die Bundesratsinitiative von Rot-Grün zu flankieren, und Sie, Frau Janssen-Kucz, versuchten, das heute mit dieser irren Story von den Autorennen aufzupeppen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Fredermann. - Jetzt liegen zwei Bitten um eine Kurzintervention vor. Frau Janssen-Kucz, Sie haben sich zuerst gemeldet, und dann Herr Watermann. Bitte schön!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im August hat der Kollege Helge Limburg diesen Antrag eingebracht. Sie haben nicht dazu geredet; das ist das eine.

Das andere ist, dass gerade wir diese Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht haben. Der Arbeitsauftrag an den Bundesrat lautete ganz deutlich, für Rasen, für Drängeln, für zu dichtes Auffahren und damit auch für illegale Autorennen das Strafmaß anzuheben und auszudehnen.

(Ulf Thiele [CDU]: Das stimmt nicht!)

Der Antrag ist nicht obsolet - nochmal in Ihre Richtung, Herr Fredermann. Diese Bundesregierung, allen voran Herr Dobrindt von der CSU, hat es trotz gegenteiliger Erklärungen bis heute nicht für nötig erachtet - bringen wir auf den Weg; O-Ton im Feb-

ruar -, irgendetwas in Sachen Gesetz und Verschärfung vorzulegen.

Deshalb ist er noch genauso aktuell, weil wir Ihren CSU-Bundesverkehrsminister zum Jagen tragen müssen. Wir nehmen unseren Arbeitsauftrag ernst, und wir werden genauso für diesen Antrag stimmen.

Noch einen Satz zu den Ausschussberatungen: Weshalb wurden Anträge immer wieder von der Tagesordnung genommen? - Weil diese Opposition

(Ulf Thiele [CDU]: Diese?)

meinte, aus jedem Zeitungsartikel eine Unterrichtung herleiten zu müssen.

(Zurufe von der CDU)

Das hat dann ganz oft zur Folge, dass wir im gegenseitigen Einvernehmen Tagesordnungspunkte runternehmen und verschieben.

(Zurufe von der CDU)

Wir können uns aber gerne im Innenausschuss über effizientes Arbeiten unterhalten. Wir sind dabei!

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Watermann, bitte schön!

(Zuruf von Rainer Fredermann [CDU])

- Aber erst Herr Watermann! Und dann können Sie auf zwei Kurzinterventionen in anderthalb Minuten antworten.

Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das wird auch leicht sein, weil ich Sie eigentlich nur auf einen Aspekt, den ich einer Zwischenfrage ansprechen wollte, hinweisen möchte. Vielleicht kann man dann ein bisschen Schärfe herausnehmen. Denn es ist eine Gepflogenheit gewesen, dass wir den berechtigten Wünschen der Opposition auf Unterrichtungen Rechnung getragen haben. Im Einvernehmen haben wir immer Anträge von der Tagesordnung genommen, sie sind also hinten runtergefallen.

Ich finde, wenn man das so im fairen Umgang miteinander macht, es doch ein wenig unfair, dann so zu tun, als wenn das von uns eine beabsichtigte Verzögerung war.

Ich würde mir wirklich wünschen, dass Sie das geraderücken, weil das so nicht war. Ich finde den Umgang gut, den wir im Innenausschuss zu der Vielzahl an Unterrichtungen gepflegt haben. Ich finde, dass wir das bis dato vernünftig geregelt haben. Ich würde mir wünschen, dass Sie das in diesem Fall so beibehalten und hier jetzt nicht eine Änderung vornehmen, weil ich glaube, dass das den Rechten der Opposition, die Sie ja sonst immer hervorheben, nicht gerecht werden würde; denn der faire Umgang ist ein wichtiger Punkt.

Vielleicht sollten Sie sich eines bei diesem Thema noch einmal überlegen: Wenn man in der einen Sache so weich und so soft ist wie beim Straßenverkehr, dann fällt es doch ein wenig auf, wenn man in anderen Fragen dann doch sehr hart vorgehen möchte. Ich finde, man muss generell gegen Leute vorgehen, die sich nicht an Recht und Ordnung halten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das ist mal was Neues! - Christian Dürr [FDP]: Meint er damit die Landesregierung?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Watermann, Sie wollen antworten. - Entschuldigung! Herr Kollege Fredermann, bitte schön! Fredermann, Watermann - Fredermann ist gemeint. Bitte schön! Entschuldigung.

(Jens Nacke [CDU]: Gilt das auch für Landtagskollegen?)

Rainer Fredermann (CDU):

Herr Präsident, ich gebe Ihnen nachher meine Visitenkarte, damit Sie wissen, wie ich heiße.

(Heiterkeit)

Liebe Frau Janssen-Kucz, bei dem Antrag, den wir hier gerade beraten, führen Sie trotzdem eine Vermengung durch; denn die Autoraserei ist ein anderer Straftatbestand. Der fällt unter die Rubrik „Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr“, hat also mit diesem Antrag nichts zu tun. Sie versuchen nur - wie gesagt -, das hier aufzupeppen.

An beide gerichtet: Das Absetzen von Punkten von den Tagesordnungen ist nun einmal Fakt. Wenn mir aber etwas wichtig ist - ich kann das ja nur für mich selber sagen -, hätte ich doch spätestens beim zweiten oder dritten Mal gesagt: Lasst uns

mal einen anderen Punkt von der Tagesordnung nehmen und nicht gerade den; denn der ist uns wichtig, den möchten wir gern heute beraten.

(Beifall bei der CDU - Maaret Westphely [GRÜNE]: Was würden Sie uns denn sagen, wenn wir Ihre Anträge von der Tagesordnung nehmen würden?)

So ist meine Einstellung dazu. Wenn Sie eine andere haben, ist das auch in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Fredermann. - Visitenkarte brauche ich nicht; das hat sich erledigt. - Es hat sich jetzt Karsten Becker, SPD-Fraktion, zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Becker!

Karsten Becker (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Fredermann, zu Beginn: Auf Ihr Angebot, mal andere Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen, kommen wir zurück. Das verspreche ich Ihnen hiermit!

Ansonsten, Herr Oetjen, Herr Fredermann: Was Sie hier an Nebelkerzen geworfen haben, das war wirklich in höchstem Maße beeindruckend. Ich weiß gar nicht, wie man so viel hier hineinschleppen kann. Ich wundere mich, dass ich Sie schon wieder sehen kann. Aber vielleicht stellen wir jetzt doch zu Beginn eines - wie ich finde - wichtigen Themas ein paar sachliche Aspekte wieder in den Vordergrund.

Ich will einmal feststellen, dass wir alle unsere tiefe Betroffenheit äußern, wenn wir Anlässe zur Kenntnis nehmen müssen, bei denen Menschen plötzlich und unter oftmals schrecklichen Umständen aus dem Leben gerissen werden, völlig gleichgültig, was da als Ursache im Hintergrund gestanden hat, ob es sich um Unfälle, um Katastrophenereignisse oder um kriminelle Handlungen gehandelt hat.

Ich glaube, entscheidend ist für die Opfer und allemal für deren Angehörige, was dort an Leid aufgehäuft wird. Wir alle, meine Damen und Herren, müssen das zum Anlass nehmen, uns sehr ernsthaft Gedanken darüber zu machen, wie wir die Ursachen und Anlässe für solche schrecklichen Ereignisse, die das Leben von Menschen dauerhaft beeinträchtigen, von Angehörigen dauerhaft

beeinträchtigen, minimieren und wie wir die Folgen solcher Ereignisse möglichst gering halten.

Ich finde, mit Ihren Beiträgen - mit Ihrem Beitrag, Herr Oetjen, und mit Ihrem Beitrag, Herr Fredermann - sind Sie diesem Anspruch nicht gerecht geworden.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin auch der Meinung - das will ich hier deutlich sagen -, dass wir zu kurz springen, wenn wir die Ereignisse, bei denen Menschen getötet oder schwer verletzt werden, bestimmten Kategorien zuordnen und dann die bloßen Zahlen in diesen Kategorien als allein beurteilungsrelevantes Kriterium hervorheben. Aber wir sollten schon zur Kenntnis nehmen, dass in Niedersachsen jährlich wiederkehrend mehr als 400 Menschen und in Deutschland mehr als 3 000 Menschen bei Verkehrsunfällen getötet werden.

Meine Damen und Herren, vielleicht ist es so, dass diese erschreckend hohen Zahlen zu so etwas wie einem Gewöhnungseffekt führen, der uns zuweilen auch den Blick auf die Notwendigkeit verstellt, entschlossen alles dafür zu tun, dass die Zahl der Unfalltoten und schwer Verletzten drastisch zurückgeht.

Wir müssen uns die Frage stellen: Ziehen wir nachhaltige Konsequenzen aus diesen schlimmen Verkehrsunfallbilanzen, und halten wir andere zur Überprüfung ihres Verhaltens an, oder ändern wir auch unser eigenes Verhalten? Wie gesagt, finde ich, dass wir unserer Verantwortung an dieser Stelle gerecht werden müssen.

(Zustimmung von Petra Tiemann [SPD])

Ich will das noch an einem anderen Beispiel deutlich machen. Nun bin ich kein Luftfahrtexperte. Aber 400 Menschen dürften ungefähr der Passagierzahl von zwei voll besetzten größeren Ferienfliegern entsprechen, die in den nächsten Monaten wieder verstärkt vom Flughafen Langenhagen an die Sonnenstrände dieser Welt fliegen. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir alle können ermessen, wie die Welt reagieren würde und was am Himmel über Niedersachsen los wäre, wenn über dem Flughafen Langenhagen jedes Jahr zwei dieser Flugzeuge abstürzen würden: Der Himmel über Niedersachsen wäre leer.

(Zustimmung von Petra Tiemann [SPD])

Damit will ich nur einmal deutlich machen, was 400 Verkehrsunfalltote in der Bilanz tatsächlich bedeu-

ten und mit welcher Leichtigkeit Sie sich in dieser Debatte heute darüber hinweggesetzt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, darum ist es entscheidend, uns trotz dieser fatalen Gewöhnung an die Gefahren des Straßenverkehrs bewusst zu machen, dass hinter jedem Verkehrsunfalltoten die gleichen trauernden Ehefrauen und -männer, die gleichen Mütter, die gleichen Väter und die gleichen Kinder stehen wie auch bei allen anderen schrecklichen Todesfällen.

Wir alle können deutlich mehr tun, um die Zahl dieser schweren Verkehrsunfälle zu verringern.

(Zustimmung von Petra Tiemann [SPD])

Natürlich wird eine Erhöhung der Bußgelder nicht schlagartig zu einer Verringerung der Zahl der Unfallopfer führen. Wir wären naiv, wenn wir so etwas behaupten würden. Dafür bedarf es natürlich mehr. Dafür bedarf es vor allen Dingen einer entsprechenden Einstellung zum Straßenverkehr.

Meine Damen und Herren, besonders Sie, Herr Fredermann, die Hauptursache für Unfälle mit schwersten Unfallfolgen sind unangepasste Geschwindigkeit und alle Nebenerscheinungen aggressiven Verhaltens im Straßenverkehr. Es ist eben nicht die hohe Verkehrsdichte, bei der schwere Verkehrsunfälle passieren. Das Gegenteil ist der Fall. Leere Straßen sorgen dafür, dass viel zu schnell gefahren wird und bei Einzelunfällen dann Verkehrstote zu beklagen sind.

Deshalb muss es darum gehen, diese Einstellung zu verändern und dafür zu sorgen, dass erhebliche Geschwindigkeitsüberschreitungen nicht mit einem Augenzwinkern hingegenommen werden. Das, meine Damen und Herren, ist auch keineswegs aussichtslos. So etwas ist uns in dieser Gesellschaft hier in Deutschland nämlich bei einem anderen Verkehrsdelikt schon einmal gelungen, und zwar bei der Trunkenheit im Straßenverkehr.

Ich will das einmal kurz zusammenfassen. Während das bekannte „Glas zu viel“ bis in die 80er-Jahre hinein noch augenzwinkernd akzeptiert wurde und der Verlust des Führerscheins als Folge einer Trunkenheitsfahrt noch als Pech hingegenommen wurde - nach dem Motto: das kann jedem mal passieren -, wird dies heute nicht mehr akzeptiert. Heute ist das Fahren unter Alkoholeinfluss gesellschaftlich geächtet. Ich glaube wirklich, dass man das so formulieren kann. Vor allen Dingen wird es

in der Folge auch nicht mehr praktiziert, und die Unfallzahlen in diesem Bereich sinken weiter.

Meine Damen und Herren, von einer solchen Einstellungsänderung sind wir bei den Geschwindigkeits- und Aggressionsphänomenen bedauerlicherweise noch meilenweit entfernt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Herr Bode, ich erinnere an dieser Stelle an die GTI-Debatte, die wir zugegebenermaßen in einem anderen Zusammenhang, in einem anderen Kontext hier geführt haben.

(Jörg Bode [FDP]: In einem völlig anderen Zusammenhang!)

Ich finde auch, dass die Menschen durchaus Spaß haben sollen. Sie sollen auch Spaß am Autofahren, am Fahren mit einem GTI haben. Das finde ich in Ordnung. Aber ich will ebenso deutlich sagen: Wenn die Konsequenz ist, dass ein falsch verstandenes Spaß-Haben, ein falsch praktiziertes Spaß-Haben in Getöteten und Schwerverletzten mündet, dann müssen wir hier etwas dagegen tun.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und dazu kann eine spürbare Erhöhung der Geldbußen für rücksichtsloses und gefahrenträchtiges Verhalten einen spürbaren Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren von der FDP, Herr Oetjen, ich will noch einmal auf Ihren Debattenbeitrag in den Ausschussberatungen zurückkommen. Sie haben dort erklärt, Frankreich sei mit einer höheren Zahl von Verkehrstoten gerade kein gutes Beispiel für die Wirksamkeit höherer Bußgelder.

Dazu kann ich nur Folgendes sagen: Das Gegenteil ist richtig. Man muss nur etwas tiefer hineingucken. Die Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit ist und war eine wesentliche Zielsetzung der EU-Kommission, die in ihrem Weißbuch Verkehr aus dem Jahr 2001 die Zielsetzung formuliert hatte, bis zum Jahr 2010 die Zahl der Verkehrstoten in der EU zu halbieren.

Deutschland hat dieses Ziel verfehlt, Frankreich nicht. Neben fünf osteuropäischen Ländern ist es Luxemburg, Schweden, Spanien und Frankreich gelungen, die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten um die Hälfte oder mehr zu reduzieren.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Und wie?)

Frankreich hat das u. a. mit drastisch intensivierten Kontrollen und einer deutlichen Heraufsetzung der

Geldbußen für verkehrgefährdendes Verhalten geschafft. Es war Innenminister Nicolas Sarkozy, der das damals veranlasst hat.

Um das klar zu sagen: Herr Fredermann, es geht nicht um eine lineare Anhebung von Geldbußen für bloßes Augenblicksversagen. Herr Oetjen, es geht nicht um das, was 60 oder 80 % der Autofahrer jeden Tag auf den Straßen erleben. Hier geht es ausdrücklich um Aggressionsdelikte, um herausgehoben schnelles Fahren und um erhebliches Überschreiten der Verkehrsgeschwindigkeit.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es geht um rücksichtsloses Rasen. Das müssen wir hier deutlich machen. Ich hätte mir gewünscht, dass es uns gelungen wäre, hier gemeinsam deutlich zu machen, dass es uns darum geht, die Menschen auch angesichts ihrer Familienangehörigen besser zu schützen, als wir es in der Vergangenheit getan haben, damit es nicht wieder - wie in diesem Jahr - zu 400 Unfalltoten kommt.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein solches Zeichen sind wir den Menschen in diesem Land schuldig. Sie haben sich hier aber anders eingelassen. Was Sie hier geäußert haben, spricht den Opfern im Straßenverkehr schlicht Hohn.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Bitte? Das ist unverschämt! Sie sind peinlich und unverschämt! Unfassbar!)

Meine Damen und Herren, mehr als 400 Verkehrsunfalltote in diesem Land sind viel zu viel - nach unserem Empfinden. Dass Sie das anders sehen, haben Sie deutlich gemacht. Wie Sie das sehen, habe ich zur Kenntnis genommen.

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Unfassbar, was Sie da machen! Unfassbar!)

Wir jedenfalls von SPD und Grünen werden gemeinsam mit dieser Landesregierung die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, nutzen, um diesem gefährlichen Fehlverhalten im Verkehr, das diese Konsequenzen mit 400 Verkehrstoten in jedem Jahr zutage fördert, entschlossen entgegenzutreten.

Sie haben noch ein paar Sekunden Zeit, sich zu überlegen, ob Sie uns dabei folgen wollen.

Danke schön.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Becker. - Jetzt hat sich zu einer Kurzintervention Kollege Fredermann gemeldet. Bitte schön!

Rainer Fredermann (CDU):

Lieber Kollege Becker, ich will erst einmal den sachlichen Teil abarbeiten.

(Petra Tiemann [SPD]: Entschuldigen Sie sich einfach!)

Was beinhaltet Ihr Antrag, was in der Bundesratsinitiative der Landesregierung noch nicht enthalten ist? Das ist die Frage, auf die ich eine Antwort erwarte. Wenn darin nichts Neues steht, ist dieser Antrag überflüssig. Punkt!

Jetzt kommen wir zu der persönlichen Betroffenheit: Ich fühle mich von Ihnen durch Ihre Ausführung im letzten bzw. vorletzten Satz persönlich angegriffen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich das Wortprotokoll anschauen, mit was Sie mich und Herrn Oetjen hier in Verbindung gebracht haben. Das ist eine Unverschämtheit. Das will ich ehrlich sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Fredermann. - Herr Kollege Oetjen, FDP-Fraktion, ebenfalls eine Kurzintervention. Bitte schön!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Solche Zwischenrufe wie „Mir kommen gleich die Tränen!“ können Sie sich sparen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich empfinde es als eine unverschämte Frechheit, dass hier ein Kollege anderen Kollegen unterstellt und insinuiert, uns würden 400 Verkehrstote in Niedersachsen egal sein, weil wir Ihren Entschließungsantrag ablehnen. Das ist eine Frechheit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine Frechheit!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Ich will Ihnen eines sagen: Ihre inhaltliche Arbeit, hier einen Entschließungsantrag einzubringen, der einzig und allein das Ziel hat, eine Bundesratsinitiative medientechnisch zu flankieren, ist wirklich nicht der Rede wert und nicht dazu geeignet, um zu sagen: Wir sind die Guten, wir kümmern uns um die Verkehrstoten. Auf der anderen Seite sind die Bösen, die sich nicht darum kümmern. - Die Welt ist nicht so einfach, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Johanne Modder [SPD]: Das haben wir auch mit keinem Satz gesagt! Sie haben sich selber eingebracht!)

Ich will noch eines inhaltlich zum Thema Frankreich sagen, sehr geehrter Kollege. Trotz dieser Erfolge in Frankreich sind die Verkehrstotenzahlen dort immer noch deutlich höher als in Deutschland. Das zeigt, dass es eben ganz viele Faktoren gibt, die dazu beitragen, ob es Verkehrstote gibt oder nicht. Das ist der Zustand der Autos, das ist die Verkehrssicherheitstechnik, das sind natürlich auch die Fragen von Verkehrskontrollen, von Abstandsmessungen, von allem Möglichen - und vielleicht auch von Bußgeldern.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können sich hier nicht einfach hinstellen und sagen: Wir machen höhere Bußgelder, deswegen kümmern wir uns um die Verkehrstoten. Uns sind die nicht egal. Aber CDU und FDP sind die egal. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie sollten sich wirklich überlegen, ob Sie solche Reden hier in diesem Hause halten wollen oder nicht. So, wie man in den Wald hineinruft, ruft es auch hinaus.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen - Herr Kollege Becker, bitte schön!

(Unruhe)

- Herr Kollege Becker, eine Sekunde! - Meine Damen und Herren, hier läuft eine kleine Debatte am Rande. Der Kollege Becker hat aber das Wort. Ich darf Sie bitten, ihm zuzuhören.

Bitte schön!

Karsten Becker (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Oetjen, Herr Fredermann, meine Damen und Herren von der FDP und von der CDU, ich habe nichts Neues gehört. Es bleibt dabei. Wir haben eine Debatte im Ausschuss gehabt. Wir haben heute eine Debatte gehabt. Übrigens stand in meinem Manuskript etwas anderes, als ich hier gesagt habe. Das war eine Reaktion auf Ihre Einlassung, die ich im Übrigen für absolut angemessen halte.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das macht es nicht besser! - Christian Grascha [FDP]: Wollen Sie sich entschuldigen?)

Es bleibt dabei: Sie haben sich zu dem Thema „Verkehrsunfalltote in Niedersachsen“ mit keinem Wort sachlich eingebracht und im Ausschuss keine Vorschläge dazu unterbreitet, wie man diesem Phänomen begegnen kann. Nichts, vollkommene Ebbe! Wir halten das für unzureichend. Sie halten das für angemessen. Und das unterscheidet uns.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: So richtig selbstreflektiert war das jetzt gerade nicht! Das war eher rechthaberisch! - Jens Nacke [CDU]: Die verlieren halt die Nerven!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Becker. - Jetzt hat sich Frau Rundt zu Wort gemeldet. Frau Ministerin, bitte schön!

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heute zur Beschlussfassung vorliegende Entschließungsantrag behandelt ein äußerst wichtiges Thema; denn es geht um Menschenleben. Es geht darum, die Sicherheit auf unseren Straßen zu erhöhen, indem wir konsequent gegen gefährliches Verhalten im Straßenverkehr vorgehen. Dazu zählen Geschwindigkeitsüberschreitungen, Abstandsverstöße, das Nichtbilden von Rettungsgassen. Die Höhe der Bußgelder und damit die abschreckende Wirkung für solche Delikte sind absolut unzureichend. Wir müssen ein deutliches Signal setzen, ein Zeichen gegen Raseri und Verkehrsbehinderung, und wir müssen die Strafsätze dafür anheben.

Der Entschließungsantrag enthält die Aufforderung an die Landesregierung, sich auf Bundesebene weiterhin für eine Erhöhung der entsprechenden Bußgelder und die Prüfung einer möglichen Staffe- lung nach Einkommenshöhe einzusetzen. Das findet die ganz ausdrückliche Unterstützung auch durch die Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hauptursache für tödliche Verkehrsunfälle ist nach wie vor Raserei. Mehr als jeder Dritte aller im Stra- ßenverkehr Getöteten ist bei Unfällen aufgrund von nicht angepasster Geschwindigkeit gestorben. Auch bei Abstandsverstößen, die ebenfalls eine der häufigsten Unfallursachen sind, ist seit 2012 eine deutliche Erhöhung der Zahlen feststellbar. Allerdings stehen die Strafen dafür in keinem Ver- hältnis zu der Bedrohung, die diese Delikte für Menschenleben darstellen.

Was wir brauchen, ist also eine spürbare Sanktio- nierung und ein hinreichend großes subjektives Entdeckungsrisiko, damit ein Überwachungsdruck erreicht wird, der auch tatsächlich zu Verhaltens- änderungen führt. Davon versprechen wir uns einiges.

Wir als Landesregierung haben angesichts dieser Erkenntnisse im vergangenen Jahr eine entspre- chende Bundratsinitiative eingebracht. Diese beinhaltet, dass bei bestimmten Ordnungswidrig- keiten mit einem besonders hohen Gefährdungs- grad auch eine einkommensabhängige Staffe- lung der Bußgelder eingeführt wird. Das ist sozial ge- recht und würde auch für eine weitgehende Akzep- tanz in der Bevölkerung sorgen.

Auch im Hinblick auf die Bundratsinitiative be- grüßen wir als Landesregierung die Initiative des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infra- struktur. Es hat eine Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften - die soge- nannte Handynovelle - zur Beratung in die Fach- ausschüsse des Bundesrates eingebracht. Die Verordnung greift Forderungen bezüglich einer deutlichen Erhöhung von Bußgeldern z. B. bei der Nutzung von Auto- oder Mobiltelefonen während der Fahrt auf.

(Zustimmung von Miriam Staudte [GRÜNE])

Auch Geräte der Kommunikations-, Informations- und Unterhaltungselektronik sollen zukünftig von diesen Vorschriften erfasst werden. Außerdem soll es Geldbußen geben, wenn keine Rettungsgassen

gebildet werden. Auch in diesem Bereich sollen die Geldbußen spürbar erhöht werden. Das unterstüt- zen wir ebenfalls ganz ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Niedersachsen hat maßgeblich zur Verschärfung der Sanktionierung schwerer Verstöße im Stra- ßenverkehr beigetragen. Um mehr Sicherheit auf den Straßen zu gewährleisten, werden wir auch diesen Weg konsequent weitergehen. Das unter- stützt der heutige Entschließungsantrag.

Vielleicht noch ein abschließender Satz: Die Lan- desregierung kann sich über ein Fehlen klarer innenpolitischer Positionen des Innenministers wirklich nicht beklagen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die FDP-Fraktion hat um zusätzliche Redezeit gebeten. Herr Kollege Oetjen, eine Minute. Bitte!

(Jens Nacke [CDU]: Das wird ihm nicht gefallen, dass Sie sich darüber lustig machen, Frau Ministerin!)

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kolle- gen! Ich möchte die Frau Ministerin, die hier gera- de schon die Bundratsinitiative angesprochen hat, die das Land Niedersachsen auf den Weg gebracht hat, fragen, inwieweit der Beschluss des Hohen Hauses zu dem heutigen Entschließungs- antrag weiteres Regierungshandeln in dieser Fra- ge hervorruft oder ob das alles schon durch die Bundratsinitiative abgearbeitet ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Mir liegen keine weiteren Wortmel- dungen vor.

(Christian Dürr [FDP]: Also gar nicht! Diese Fraktion bewegt nichts! - Weite- re Zurufe von der FDP und von der CDU)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, auch wenn die Frage klar und deutlich rübergekommen ist.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung und kommen jetzt zur Abstimmung.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist eine der unwichtigsten Fraktionen in Deutschland!)

- Herr Kollege Dürr, was meinen Sie, wie ruhig es im Bundestag ist, wenn da abgestimmt wird!

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 17/6247 unverändert annehmen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 39:

Erste Beratung:

Förderung für Niederdeutsch und Saterfriesisch verstetigen und weiter ausbauen - Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/8226

Die Einbringung macht - - - Un nu kummt Ulf Thiele, hebb ik mi upschreven. Du kannst jetz snacken, Ulf.

Ulf Thiele (CDU):

Mien Heer Präsident! Hooggeachte Damen un Heren! Nu köönt ji jo en bietje entspannen, wiel dat maal en Andrag is, de wi tosamen erarbeidt hebbt un waar wi, wenn dat nu en bietje mitlöppt, ganz to 'n Sluss ok tosamen över ofstimmen.

(Unruhe)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

En lüttje Moment! En beten töven, Ulf!

Ulf Thiele (CDU):

Ik mutt en bietje töven? Is dat to luud?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ja, wi mööt en beten töven. - Meine Damen und Herren, ich hatte hier den nächsten Tagesord-

nungspunkt aufgerufen, und zwar auf Platt. Das hat die Hälfte des Hauses natürlich nicht verstanden - Frau Janssen-Kucz, Sie ja, das ist klar. Deswegen sage ich es jetzt noch einmal für Sie alle auf Hochdeutsch: Ich darf Sie jetzt bitten, dem Redner zuzuhören.

(Zustimmung von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Es wird jetzt drei oder vier plattdeutsche Beiträge geben; davon gehe ich aus.

(Ulf Thiele [CDU]: Dür ik wiederproten, Heer Präsident?)

- Noch nich. - Herr Kollege Will! - So, jetz kannst du snacken.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: He snackt nich, he proot!)

Ulf Thiele (CDU):

Geiht dat wieder? - Ha, wat mooi!

Nee, ik kann nich snacken. Ik kann blot proten. Dat ist nu maal so in Nedersassen: De een snacken, de annern proten, de darden küren.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Du kummst ut de falsche Gegend.

(Heiterkeit und Zustimmung)

Ulf Thiele (CDU):

Daar, waar ik wegkoom, daar köönt de Lüü wenigstens richtig Plattdüütsch proten. Daar, wo Se wegkoomen, Heer Präsident, daar is dat al en bietje minner worden, wenn ik dat recht mitkregen hebb.

Wiel dat weer anners worden sall, hebbt wi uns mit all Fraktionen de vergangen twee Jahr tosamen sett, unner de Litt van de Heimatbund. Ik will dat hier klaar seggen, dat insbesünner Frau Dr. Julia Schulte to Bühne as de Geschäftsführerin un hör Mitstrieders un de Lüü van de Landskuppen un ok van uns Ministerien tosamen mit Renate Geuter, Jan-Christoph Oetjen, Volker Bajus un mi in menig Sitzungen överleggt hebbt: Wat köönt wi maken, dat dat Probleem, wat wi in Nedersassen ok kriegen - wat wi in enige Kuntreien in Nedersassen al lang hebbt, wenn ik maal so in de Süden kiek of hier na Hannover kiek -, dat uns - - -

(Zuruf von Ministerin Frauke Heiligenstadt)

- Froo Ministerin, in hör Region word dat al wat dünn mit Plattdüütsch. Aber daar köönt de Lüü nix

för, wiel dat Probleem in de Tied van uns Ollen entstahn is, in de Generation van mien Ollen: Domaals hebbt de Mesters, de in de Scholen komen sünd, faststellt: Daar sitten junge Lüü, de Plattdüütsch köönt un de keen Düütsch köönt. Daarut hebbt se de Konsequenz trucken: Wenn dat hier mit de Unnerricht good gahn sall, dann mutt wi de Kinner verbeden, Plattdüütsch to proten. De muten Düüsch lehren.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist es!)

Un de Ollen hebbt dat verinnerlicht.

Wi hebbt uns tosamen in de Arbeitsgruppe överlegt, wo wi dat Probleem in d' Griff kriegen köönt, dat vör 30, 40, 50 Jahr in de Scholen entstahn is un dat nu Konsequenzen hett: Wiel de Ollengeneration dat Plattdüütsche nich mehr an hör Kinner wiedergeven kann, hebbt wi in een of twee Generationen wahrschienlich ok in Nedersassen so good as keen Plattdüütschproters mehr. Dann hebbt wi keen Plattdüütschen mehr, man blot noch Düütschen.

Wenn wi dat Probleem in d' Griff kriegen willt, dann is de eenzige Weg, dat wi dat an de Stee in d' Griff kriegt, waar dat Probleem entstahn is, nämlich in de Scholen.

Daarum hebbt wi in disse Andrag tosamen en paar Dinge formuleert, up de Grundlaag van dat, wat in de leste drie Landdagsperioden entstahn un geböhrt un wiederentwickelt worden is: up de Grundlaag van uns Erlass „De Region un hör Spraken in d' Unnerricht“; up de Grundlaag van de Beradensstrukturen un de Fortbildenstrukturen van uns Mesters; up de Grundlaag van dat Grundschoolprojekt „Oostfreesland un dat Saterland as Modellregion för fröhe Mehrsprachigheid“; up de Grundlaag van dat Stönen, dat uns Scholen hebbt, wenn se Plattdüütsch un Saterfreesch in hör Schoolprogramme upnehmen; up de Grundlaag van de Kulturprojekte, de wi inföhrt hebbt - PLATTart-Festival, Plattsounds -; up de Grundlaag van dat Online-Plattdüütsch-Woordenbook, wat wi in Oostfreesland entwickelt hebbt un daarmit dat eerste Maal en Schriftspraak standardiseert hebbt. - Up disse Grundlagen willt wi nu de nächste Tree gahn.

Ik finn dat en bietje schaa, dat wi so lang daarför bruukt hebbt. Dat heet nämlich, dat wi in disse Legislaturperiode wahrschienlich nich mehr so wied koomt, dat wi dat umsetzen könen. Man wi hebbt uns - över all veer Fraktionen - daarup verständigt, dat wi in Nedersassen Plattdüütsch as grundständiges Studienfack an de Universität

Oldenbörg inrichten willt - daarmit wi Mesters kriegen, de Plattdüütsch unnerrichten köönt -

(Björn Thümler [CDU]: Sehr gut!)

un dat wi in Nedersassen Plattdüütsch as Unnerrichtsfack inföhren willt. Daarmit gaht wi en Riesentree. Wenn wi dat in de nächste Legislaturperiode umsetzen, dann hebbt wi dat eerste Maal de Situation, dat Plattdüütsch in Scholen richtig unnerricht worden kann,

(Zustimmung von Björn Thümler [CDU])

up sülvige Ogenhöcht as Nederlandsk to 'n Bispööl un ok - wenn dat mit en Staatsvertrag en bietje anners regelt is - mit Franzöösch, also as Wahlpflichtspraak. Daarmit kann man sogaar, wenn man dat to Enn denkt, in wenige Jahren up Plattdüütsch in Nedersassen sien Abitur maken.

(Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Wenn wi dat henkriegen in de Scholen, in de Regionen, waar dat noch Plattdüütschmesters giff, un wenn wi en paar Hunnert Plattdüütschmesters in de Scholen bringen, dann hebbt wi en Chance, dat de tokomend Generation van Kinner un Jugendlichen weer beter Plattdüütsch proten kann, as uns Generation dat kann, wiel wi dat meestieds van uns Ollen gaar nich mehr lehrt hebbt - mit en bietje Glück van uns Grootollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Zustimmung von Andrea Schröder-Ehlers [SPD])

Ik dür mi bi de Kollegen ut de anner Fraktionen, bi de Ministerien, de dat konstruktiv begleitet hebbt, bi de Heimatbund un de Landskuppen van Harten bedanken. Dat sünd konstruktive Gesprecken west. Wi sünd en ganzen Tree wiederkomen.

Ik mutt togeven: Een Punkt hebbt wi utklammert. Renate Geuter, ik glööv, daar wassen wi ok nich up een Bredd komen. Man ik mutt an disse Stee trotzdem seggen: Dat de Landesregeren dat Institut för Nederdüütsche Spraak upgeven hett, ohn en Alternative daarto to entwickeln, de desülvige Qualität levern kann un mindestens desülvige Beradensleistung un wetenskuppelke Arbeit maken kann, is ut uns Perspektive en groten Fehler west.

(Zustimmung bei der CDU)

We hebbt dat in disse Andrag utklammert, wiel wi uns an de Stee nich verkämpfen wullen un wiel man över vergoten Melk ok nich diskuteren sall.

Daar geiht de Tied nu leider över weg. Man anproten will ik dat dennoch an disse Stee, daarmit klaar is: Wi sünd nich mit alls inverstahn, wat disse Landesregeren in Tosamenhang mit Plattdüütsch maken deit.

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Dat hebbt wi us al dacht!)

Wi hebbt twee Jahr lang diskuteert un verhandelt. Nu hebbt wi en Andrag vörliggen, de wi gemeensaam up Weg bringen köönt. Wi hebbt uns vereenbart, dat wi daarto noch en Anhören maken, dat wi dejenigen, de betreffen sünd, de dat Plattdüütsche in de Regionen in Nedersassen vöranbringen willt, de Chance geven, hör Bidrag noch to leisten, wo man de Andrag noch beter maken kann. Ik bün mi seker: Wi finnen in disse Beraden noch en paar Punkten, de wi tosamen erarbeiten köönt. Dat maakt wi na de Sömmerpauus. De Perspektive is, dat wi in 't September-Plenum to en Besluten kommen wullen, all mitnanner.

Wenn wi dat henkregen hebbt, dann mutt wi uphollen, daaröver to proten oder to snacken oder to küren. Dann geiht dat daarom, dat to maken, wat wi hier tosamen erarbeidt hebbt.

Ik frei mi daarup, dat wi en goden Plattdüütsch-Debatte in de Utschüsse för Wetenskupp un för Scholen daarto hebbt. De anner Utschüsse sünd deelwies an 't Kant ok bedeligt.

Ik frei mi, dat wi en gemeinsamen Weg funnen hebbt - so as in disse Landdag immer, wenn dat um dat Plattdüütsche geiht; dat mutt man ja seggen.

Ik frei mi ok daarup - dat is mi persönlich en besünner Anliggen -, dat uns dat gelungen is, uns to verständigen, de Landesregeren - wenn wi dat dann so besluten to 'n Sluss - to verpflichten, dat se en Plattdüütsch-Plaan upsetten mutten, dat se nich blot enkelte Projekte maken, sünnern dat se sük ok en Plaan överleggen un hier in d' Landdag vörleggen mutten, wo se - in welke Tree un in welke tiedlichen Perspektiven - dat Fördern van Plattdüütsch na de Europäische Sprachencharta vöranbringen will.

Besten Dank för de Tosamenarbeit bit hierhen. Ik frei mi up de Beraden in de Utschüsse.

Ik hoop, dat de Schriffführers enigmater mitkregen hebbt, wat ik seggt hebb, un dat up Plattdüütsch protokolleren köönt. Ik hebb dat nämlich nich upschreven. Deit mi leed.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Velen Dank, Ulf. - Ik hebb gaar kien schrieven sehn. Ik glööv, de hebbt gaar nich mitschreven daar vörne. Aver dat word klärt.

Jetzt snackt Renate Geuter för de SPD-Fraktion. Bitte schön!

Renate Geuter (SPD):

Mien leve Heer Präsident! Leve Kolleginnen un Kollegen! In Neddersassen giff dat neben de hoochdüütsche Spraake noch twee annere bannig wichtige Spraken. Hier kann man meistens in Nörden, aver - Ronald luuster mi to - ok af un to in Süden van Neddersassen Plattdüütsch snacken oder proten oder kören un ok - bi mi in Seelterlound - Seeltersk boalen. Disse dree Spraken sind Deel van use Kultur un us Identität, un se dröff nich utstarven.

Dat hett ok ne Tied geven - Ulf Thiele hett daar ok al van snackt -, do wullen de Öllern nich, dat ehre Kinner Plattdüütsch lehrden. Dat holden se för oldbacksch, un se harren Angst, dat dat för de Schoolkinner nich good was.

Dat wöör en groten Fehler; dat weet wi vandage. Dat is ok bedrööv; denn daarom fehlt us vandage ne ganze Masse Plattsnackers.

In de lesten 20 bit 30 Jahr hett sik dat düdlich verbetert. Wi sind uns enig, dat dat Plattdüütsche un dat Seeltersk to Neddersassen höört wie Wind un Water. De Lüer hier möcht dat ok nich missen.

Vandage weet wi ok, dat Kinner, de Plattdüütsch snacken köönt, ok annere Spraken veel eher lehrnt un dat ok beter upneht.

Daar hett ok de Europäische Sprachencharta ut dat Jahr 1998 mit to bidragen, de in 1999 in Düütschland Gesetz wurden is. Daarmit wurd wiest, dat wi de Regionalsprake Platt un de Minderheitensprake Seeltersk bewahren un fördern wullt.

Wi hebbt in de lesten Jahren in Landdag veel tohope up den Wech brocht. Dat is hier in dat Hoge Huus - ik glööv, dat kann man seggen - immer wat Besünners. Daar hebbt all Fraktionen immer mitmaakt.

Siet en paar Jahren hebbt wi nu den Erlass „Die Region und ihre Sprachen im Unterricht“. Daarmit

köönt in use Scholen de Kinner ok Plattdüütsch lehren. De Scholen, de daar mitmaakt, werdt van use Kultusministerin eenmaal in Jahr daarför besünners utteKent.

In Oldenborg an de Universität is in de lesten Jahren - dat hebbt wi unner Rot-Grün maakt - de Lehrstuhl för de nedderdüütsche Sprake up Duur inrichtet wurden. Wer Schoolmeester werden will, kann dat dor ok studeren, un dat werdt ok good nafraagt.

Jüüst för de jüngereren Lüer giff dat Projekte wie PLATTart un Plattsounds. Daar hölpt ok dat Land Neddersassen, dat wi dat towege kriegt. - Ulf, bi en gemeinsamen Andrag giff dat ok Saken, de wi beiden in use Reden hebbt.

Ohne de velen Plattsnackers in dat ganze Land, de sik för disse Sprake insett, ohne ehre Hülpe un Ünnerstützung wören wi aver noch lange nich so wied. An disse Lüer köönt wi alle nur van Harten Dank seggen.

In de lesten Weken un Monate - dat wören bold twee Jahr - hebbt wi us tohopesett mit Lüer ut alle Fraktionen, mit de toständigen Lüer ut de Ministerien. Wi harren ok gode un masse Hülpe van den Heimatbund un van de Vertreter van de unnerschiedlichen Gruppen van Plattsnackers in ganz Neddersassen.

Wi hebbt us fraagt, wat wi nu maken mööt, dat dat mit de plattdüütsche Sprake wiedergeiht. Dat giff bold gaar kiene Familien mehr, waar Öllern un Grootöllern de Kinner de plattdüütsche Sprake bibringen köönt. Waarüm dat so is, hebb ik an Anfang vertellt.

Daar is ok wat bi rutkamen. Dat köönt ji in Hochdüütsch in usen Antrag nalesen. Wi hebbt us ankeken, wat dat nu al giff un wo wi daar wiedermaken köönt.

Dat, wat wi nu al at Projekt in de Grundscholen hebbt, willt wi up Duur fasteschrievn un ok annere Scholen daar mit rinnehen. Wi willt dat ok in de Sekundarstufe I wiedermaken. De Kinner, de in de lesten Jahren in de eersten bit veerten Schooljahre Plattdüütschünnericht harren, koomt nu in de högeren Klassen. Daar, waar dat geiht, schöölt se ok wiedermaken könen.

Wi willt ok, dat mit de Universität Oldenborg snackt werd, dat daar dat Plattdüütsch-Angebot utbauet werd. Denn för Plattdüütschünnericht bruukt wi mehr Schoolmeesters, de de plattdüütsche Spraak ünnerrichten köönt.

Un wi mööt ok en beten mehr doon, dat wi ok de Saken, de in Ünnerricht för Plattdüütsch bruukt werd, sülvst maken köönt. Denn dat giff dat ja nich einfach so to kopen. Mit de Bökers kann man ok nich immer so wiedermaken.

Ich geev to, dat wi ok so en beten na Schleswig-Holstein oder Hamburg luurt hebbt un daar ok en paar Saken övernahmen hebbt.

Bedanken will ik mi ok bi alle, de us daarbi hölpt hebbt, dat wi jo dissen Andrag vandage so vörleggen köönt.

Na un na willt wi daarto komen, dat van Kinnergaarn bit na dat Abitur daar, waar dat geiht, Plattdüütsch anboden werden kann. Daar bruukt wi jo Hülpe un Ünnerstützung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der FDP)

Ji weet, dat ik ut den Landkreis Cloppenburg koom. Deshalb will ik jo besünners ok dat Seeltersk an 't Harte leggen.

"Seelterlound" – so ludt die Nome fon dät Seelterlound in sien ooldfräiske Toal. Een regionoale Bisunnerhaid, nämek een mäd plattdüütske Elemente truchsätte Varität fon ju Fräiske Toal.

As „Litst Toal-Ailound fon Europa“ waas dät Seelterlound 1991 in 't Guinness-Bouk fon do Rekorde fertreden. Ätter een Unnersäikenge uut dät Jier 2000 wäd disse Toal bloot noch fon 2.250 Ljude in Seelterlound boald.

Sänt August 2010 reke sik wäkke Seelterfräizen Moaite, ju Seelter Toal wier tou Lieuwend tou brangen un tou biwoarjen, mäd amtelken un finanziellen Stöän in dät Modellprojekt "Dät Seelterlound as Modellregion foar äddere Moortoaligaid", een Touhopeoarbaid mäd dät Lound Läichsaksen, ju Aastfräiske un ju Ooldenbürgske Loundskup.

Sin is dät Koastere un Jüffere uuttoubildjen, do in ju Seelterske Toal fiks tou moakjen, didaktisk tou skouljen un Materioal hää tou stalen foar dän Skoul- un Baidenstuun-Unnergjucht.

Meine Damen und Herren, für viele von Ihnen sind diese plattdutschen und saterfriesischen Aussagen etwas ungewohnte Klänge. Das gebe ich zu. Daher wird es sicherlich zu meinen mündlichen Aussagen auch eine hochdeutsche Übersetzung geben. Die werde ich dem Stenografischen Dienst zur Verfügung stellen.

Danke, dat ji mi toluustert hebbt, un danke, dat ji us helpen wullt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Velen Dank, Renate. Du hest dat so upschreven up Platt, hebbt wi jüüst sehn. Dat is schon en besonnere Kunst, dat du dat up Platt upschreven kannst.

Jetz hebbt wi den nächsten Redner. Dat is Jan-Christoph Oetjen van de FDP-Fraktion. Bitte schön, Jan! Du hest dat Woord.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Geachte Vörsitter! Leve Froonslüü un leve Mannslüü! Vandaag snackt wi nu över en Andrag, de dat Plattdüütsche un dat Saterfreesch na vörn bringen schüllt. Düssen Andrag bringen de veer Fraktionen hier in Landdag tohopen in. Dat is nich all Dag so. Vun daarher is dat wat Besonderes.

Mien ersten Dank geiht aver nich an de veer Fraktionen, sonnern an den Heimatbund - Julia Schulte to Bühne un de AG för 't Niederdüütsche will ik hier nennen -, de den Answung för düsse Initiative geven hebbt. Wie hebbt bannig maal tohopen seten. Twee Jahr hebbt wi daaröver geklookfiedelt un düssen Andrag beraatslaagt. Nu hebbt wi düsset Ergebnis, wat in düssen Andrag in is. De veer Fraktionen un ok de Lüü ut de Ministerien wöör all kompromissbereit. Daarför segg ik Dankeschön. Hett Spass maakt, met jo to proten.

Plattdüütsch is en wichtigen Deel von use Landeskultur. Aber de Plattsnackers ward nich mehr, sonnern de ward eher weniger. Wenn dat Plattdüütsche aver en lebendige Spraak blieben schüll, denn mööt wi in *alle* Regionen, waar dat Plattdüütsche to Huus is, de Kinnners daarto bringen, dat Plattdüütsche to lehren.

Vandaag weet wi ja, dat Bilingualität wat Positives is. Wi maakt da to Huus ok, nich mit Platt, sonnern mit Französisch. Aver Bilingualität hölpt, dat de Kinnners Spraken lehrt. Dat is ok so, wenn de Kinnners Hoochdüütsch un Plattdüütsch snackt.

Wi mööt ok daarför sorgen, dat dat Plattdüütsche för de Jugendlichen cool is. Daarom hebbt wi PLATTart un Plattsounds un süke Saken. Ik glööv, wenn wi dat Gefühl röverbringt, dat dat Plattdüütsche nich wat Altbacken is oder wat van de

Großöllern, sonnern wat richtig Modernes, dann kriegt wi de Kinnners ok daarto, daar mittomaken.

Dat klappt ganz good in Oostfreesland, in Kreis Staa, in Cuxhoven un ok in dat Oldenborger Münsterland, aver even nich in alle Regionen so as daar. Daar hebbt wi noch en beten wat to doon.

Dat Ziel, dat wi in düssen Andrag nu rinschreven hebbt, is för dat Plattdüütsche fast revolutionär: van Kindergarten bis to 'n Abitur in de Einrichtungen, in de School Platt to snacken un nachher op Plattdüütsch ok dat Abitur to moken. Dat is dat Ziel, un dat is ne Revolution, wenn wi dat hinkriegen köönt. Un de dat wüllt, de schallen ok Plattdüütsch studeren könen. Dat ist noch en langen Weg. Ober mit düssen Andrag giff wi den Startschuss daarför.

Wat steiht daar nu genau in?

De Erlass „Die Region und ihre Sprachen im Unterricht“ ward fortsetzt. Dat hett de Ministerin ok al beschloten. Aver wi bruukt noch mehr Scholen, de daar mitmaken deit.

Wi wüllt Plattdüütsch as Unterrichtsfach in Sekundarstufe I un Sekundarstufe II implementieren. Daarför mööt en Kerncurricula entwickelt werden. Mit düssen Andrag giff wi daarför den Opdrag.

Daarmit wi ok noog Schoolmesters hebbt, de dat Plattdüütsche den Kinnners bibringen köönt, bruukt wie en Studiengang. An de Universität Oldenburg schall daarto dat Institut för Germanistik so utstafteert werden, dat Plattdüütsch en grundständig studierbares Unterrichtsfach ward.

Dat is dat Neje, dat wi hier in düssen Andrag rinschreven hebbt.

För de annern Punkte hebbt ik nu nich mehr noog Tied. Ober ik glööv, dat wi op den richtigen Weg sind, dat wi in 'n Utschuss daar örnlich över diskutieren könen un dat wi an End, in September, in düssen Landdag tohope en Beschluss moken köönt, de för dat Plattdüütsche en richtigen Startschuss ward, dat wi dat Unnerichtsfach Plattdüütsch in de Scholen richtig up Weg bringt. Dat weer richtig ne Revolution för dat Plattdüütsche in Nedersassen.

Danke.

(Beifall)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Velen Dank. - Jetzt hett sik Elke Twesten to Woord mell. Ik wüss gaar nich, dat du Plattdüütsch kannst.

Elke Twesten (GRÜNE):

Ik hebb dat ok uppschreven.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ach so. - Bitte schön!

Elke Twesten (GRÜNE):

Leve Lüüd! Leve Frünnen in dit Hohe Huus, hier in 'n Landdag! Dat Plattdütsche liggt uns all an 'n Hart. Platt is cool. Plattdüütsch is un blifft de Spraak, de hier bi uns in 'n Noorden to Huus is. Daarmit dat so blieven kann un wiel dat so enorm wichtig is, hebbt wi uns tosamensett un en beten wat to Papier bröcht, waaröver wi in Anschluss afstimmen wullt.

Ober waarüm geiht dat nu genau? - Wenn dat um use regionale Identität geiht, dann höört Plattdüütsch bi us in Nedersassen ok hüüt noch ganz klaar mit daarto. De plattdüütsche Spraak is en Teken daarför, dat de Minschen an de Werte un de Traditionen vun 't Land fastholt. In disse Tied sünd dat üm de twee Millionen Minschen, Fraunslüüd un Mannslüüd un Kinners, de Platt snackt. De Minschen in Noorddüütschland möögt Platt.

Doch ganz klaar is mit een van de velen Studien daarto ok worden, dat mehr Lüüd Platt verstaht as sülven Platt snacken köönt. Bi de Ölleren is dat keen Problem, ober vun de Jungen ünner 40 köönt dat nich maal mehr 10 %.

1999 hett dat Land Nedersassen de Europäische Charta van de Regionaal- oder Minnerheitenspraken ünnerschreven. De Charta will, dat de velen Spraken - ok dat Romanes gehöört daarto -

(Beifall bei den GRÜNEN)

överall in Europa nich verloren gaht. Bi uns hier geiht dat um dat Plattdütsche un dat Saterfreesische. Een jeden mutt dat snacken können. Een jeden mutt dat lieren können, un een jeden schall dat daar maken können, waar sien oder ehr plattdüütsche Heimat is: to Huus, in de School, up 'n Amt, in de Wirtschaft or in 't kulturelle Leven.

Allns vöran dröff dat nicht afhänden komen. Ut düssen Grund mööt wi dat Ganze up ene vernünftige Basis stellen. Wi wullt dat behollen: Dat Plattdütsche un dat Saterfreesische gehöört to uns as

de Heid to Lüneborg. Wi willt, dat man düsse Spraken ok regelrecht lieren kann. Wenn man dat besünners good kann, schall man daarmit sogaar ok sien Abitur maken können.

Dat Ganze willt wi uns ok wat kösten laten. Wi wullt dat nich nur so to 'n Spaaß, sonnern dat Ganze hat en ernsten Hinnergrund - neeidüütsch: Background -: Wenn wi dat nicht maakt un wenn wi dat nicht markt, denn geiht uns dat verloren.

Wie dat gahn kann, daarför hebbt wi gode Voraussetzungen schafft. Up use Scholen, de dat schon lang mit veel Elan maakt, sünd wi bannig stolz. Denn daarför gifft dat sogaar schon Priese. Wi hebbt 65 Projektscholen, an de dat Plattdütsche überhaupt nich mehr wegdenken is.

In 'n Kulturbereich, leve Lüüd, sünd neben Heidi Kabel un dat Ohnsorg-Theater in Hamborg un ok de plattdüütsch Grupp „Godewind“, PLATTart un Plattsounds wohl jetzt de Garanten daarför, dat wi düsset Kulturgut in de nächste Generation rindrägen köönt. Daar heet dat denn ganz modern „Plattdüütsch 2.0“.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz besonnners bruukt wi düsse Spraken för use Ollen - för de, de noch good to Weg sünd, aver ok för de Kranken. „Plattdüütsch in de Pleeg“ is en Teken: Daar is ene, de mi versteiht. Dat is en, wie ik finnen doo, schöne Upgaav.

En feine Upgaav is dat Ganze aver ok för use Schoolmeisters un -meisterinnen. De dreept sik nu sogaar eenmaal in Jahr to en plattdüütschen Schoolmeisterdag bi mi in Scheeßel un överleggt, wie man de Charta an besten ümsetten kann.

Nu fraagt ji jo villicht, waarüm ik hier hüüt stah un nich mien Kolleg Bajus ut 'n Utschuss. Ganz einfach: De kann noch keen Platt. Aver he hett mi verraden, he möög dat ganz gern können. Ok för him - genau för düsse Lüüd - maakt wi düssen Andrag - daarmit he de Gelegenheit bekummt, Platt to lieren.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist das!)

Volker, dat nächste Maal willt wi vun di hören, dat dat klappt hett!

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Volker Bajus [GRÜNE]: Oh, nee! Nee!)

Bevör he anfangen kann, möög ik gern noch twee Worte to use Landschaften seggen. Ohne de wören wi mit de ganzen Spraken nich daar, waar se sünd. De Ollenborgische Landschaft steiht allen

Plattdüütschen un Saterfreesischen mit Hölp to Sied. Se nütt de ganzen Nettwerken un hett gode Ideen för neje Aktionen. Groten Dank daarför! Wieder so!

Velen Dank nu, dat ji mi tohöört hebbt. Un seihst nu to, dat de Andrag dörchgeiht!

(Beifall)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Kollegin Twesten. - Heer Kollege Toepffer, wüsst du ok noch wat daarto seggen up Platt, hannoversket Platt? - Nein? Okay.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich habe gerade gehört, dass die Fraktionen übereingekommen sind, dass nicht der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur federführend sein soll, sondern der Kultusausschuss.

(Johanne Modder [SPD]: Ja!)

- Gut.

Dann lautet also die Empfehlung, federführend an den Kultusausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu überweisen. Wer so abstimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Gibt es nicht. Dann ist das auch so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 10:

Abschließende Beratung:

Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages - Beschlussempfehlung des Ältestenrates - Drs. 17/8229

Der Ältestenrat hat dem Landtag gemäß § 100 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags in der Beschlussempfehlung in der Drucksache 17/8229 einen Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung vorgelegt. Derartige Vorschläge behandelt der Landtag gleich in zweiter Beratung.

Inhaltlich geht es bei den vorgesehenen Änderungen im Wesentlichen darum, die Entschließung umzusetzen, die der Landtag im November des letzten Jahres unter der Überschrift „Das Petitionswesen in Niedersachsen - angekommen im 21. Jahrhundert“ gefasst hat. Zudem sind einige redaktionelle Anpassungen vorgenommen worden.

Im Hinblick auf die Vorbereitungen, die für die technische und organisatorische Umsetzung der Änderungen im Petitionswesen erforderlich sind, ist vorgesehen, dass die Geschäftsordnung mit Wirkung vom 1. September 2017 geändert wird. Darauf weise ich besonders hin, weil das Inkrafttreten in diesem Fall - abweichend von der üblichen Handhabung - nicht in einer eigenen Vorschrift geregelt ist.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass die Änderung der Geschäftsordnung ohne allgemeine Aussprache verabschiedet werden soll. - Ich höre und sehe keinen Widerspruch.

Wir kommen daher gleich zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

§§ 45, 50 bis 52, 54, 93 und 95. - Hierzu liegen Änderungsempfehlungen des Ältestenrats vor. Wer ihnen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Einstimmig.

Überschrift und Regelungen über das Inkrafttreten. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ältestenrats vor. Wer dieser Änderungsempfehlung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Einstimmig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer der Änderung der Geschäftsordnung zustimmen will, den bitte ich, sich jetzt vom Platz zu erheben. - Das waren alle. Damit ist das einstimmig beschlossen. Ich danke Ihnen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit sind wir am Schluss der heutigen Sitzung. Vielleicht sehen wir uns gleich beim Parlamentarischen Abend wieder. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr.